



Wolfgang Schroeder,
Bernhard Weißels

Radikalisiert und etabliert

Die AfD vor dem Superwahljahr 2024

OBS-Arbeitspapier 59
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autoren:

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Professur für Politisches System der BRD
Universität Kassel
E-Mail: wolfgang.schroeder@uni-kassel.de

Prof. Dr. Bernhard Weßels
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
E-Mail: bernhard.wessels@wzb.eu

Redaktion:

Robin Koss (OBS)

Lektorat:

Ulrike Stephan
<https://www.lektoren.de/profil/ulrike-stephan>

Satz und Gestaltung:

Isabel Grammes, think and act

Druck:

AC medienhaus GmbH, Wiesbaden

Titelbild:

picture alliance/dpa | Sebastian Kahnert

Redaktionsschluss:

26. Juni 2023

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:



Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, geremixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angegeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Vor gut drei Jahren drohte ein Foto die Republik zu erschüttern: Der Faschist Björn Höcke gratulierte dem FDP-Politiker Thomas Kemmerich, der sich zuvor mit den Stimmen der AfD zum thüringischen Ministerpräsidenten hatte wählen lassen. Ginge es nach AfD-Parteichefin Alice Weidel, dann gratuliert Kemmerich im nächsten Jahr Höcke. Zumindest rief sie von der Bühne einer Wahlkampfveranstaltung in Erfurt, bei der sie erstmals mit ihrem rechtsextremen Parteikollegen auftrat, dass in Thüringen zukünftig nicht mehr an der AfD vorbeiregiert werden könne. Der *Spiegel* wertete dies als eindeutiges Zeichen: „Höcke hat sich durchgesetzt, ohne ihn geht es nicht“.

Die AfD hat sich seit ihrer Gründung 2013 immer weiter radikalisiert – und ist inzwischen fest im deutschen Parteiensystem etabliert. Sie sitzt in 14 von 16 Landtagen, im Bundestag und im Europaparlament. Spätestens seit dem Parteitag 2022 ist deutlich erkennbar, dass der völkisch-nationalistische ‚Flügel‘ die Ausrichtung der Partei dominiert. Setzten die neoliberalen und nationalkonservativen Netzwerke in der AfD lange auf eine Strategie der taktischen Mäßigung und Selbstverharmlosung, hat sich der fundamental-oppositionelle Kurs des offiziell aufgelösten ‚Flügels‘ inzwischen durchgesetzt.

Ende Juli 2023 trifft sich die AfD zu ihrem nächsten Parteitag. Schon im Vorfeld dieses Treffens hat sich der Eindruck verfestigt, dass der Kurs einer Radikalisierung auf Resonanz stößt: In Umfragen steht die Partei derzeit so gut, wie nie zuvor. In Sachsen und Thüringen hat sie derzeit tatsächlich Aussicht, bei den Landtagswahlen in 2024 stärkste Kraft zu werden, im Kreis Sonneberg stellt sie seit Kurzem den Landrat. Bundesweite Umfragen sehen sie gegenwärtig mit der SPD gleichauf. Die Hoffnungen, die Partei würde, wie andere rechtsextreme Projekte, an inneren Widersprüchen scheitern, haben sich nicht erfüllt.

Die Otto Brenner Stiftung hat die Entwicklung der AfD in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich und kritisch beobachtet. Bereits 2014 hat unser erstes Arbeitspapier zur Partei gezeigt, wie eng verwoben die programmatische Euro-Skepsis mit einer nationalchauvinistischen Abwertung der ‚Anderen‘ war. Es folgten Studien, die das Medienverhalten der AfD aufarbeiteten, und Analysen, die immer wieder die engen Verbindungen der Partei, ihrer Abgeordneten und Mitarbeitenden in rechte Netzwerke aufgezeigt haben. Diese Auseinandersetzung führen wir mit dem nun vorliegenden Arbeitspapier fort. Wir freuen uns, mit Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels zwei renommierte Parteiforscher für eine aktuelle Bestandsaufnahme vor dem kommenden ‚Superwahljahr‘ gewonnen zu haben. Die Autoren beurteilen die AfD als eine Partei der „Metamorphosen“,

der es trotz zahlreicher innerparteilicher Konflikte immer wieder gelungen ist, sich durch Anti-Establishment-Rhetorik und Mobilisierung weit verbreiteter Ressentiments als Partei derjenigen zu inszenieren, die sich abgehängt und nicht vertreten fühlen.

Dabei richten die Autoren den analytischen Blick insbesondere auf die vergangenen drei Jahre, die wegweisend waren: Während der Corona-Pandemie gelang es der Partei nicht, die rechten Proteste auf der Straße für eigene Wahlerfolge zu nutzen. Erstmals musste sie Stimmenverluste verzeichnen. Hinzu kam, dass der Verfassungsschutz nach einer langen Nicht-Beachtung der Partei zu einer verschärften Beobachtung überging. Deutlich wird, dass der ‚Flügel‘ diese Entwicklungen nutzte, um die innerparteilichen Richtungskämpfe für sich zu entscheiden. Ausführlich behandelt das Arbeitspapier auch die vielfältigen Verflechtungen zwischen AfD und russischen Regierungsmitgliedern sowie entsprechenden Netzwerken, wobei Russland als gesellschaftspolitisch ideologischer Fixpunkt der Partei erkennbar wird.

Mit Blick auf die Wählerschaft der Partei kann auf Basis der Auswertung von Umfragen verdeutlicht werden, dass der Wahlentscheidung für die AfD substantielle Orientierungen und Einstellungen zu Grunde liegen. Klar wird: Wer die AfD wählt, entscheidet sich bewusst für die Programmatik und die populistische Ausrichtung dieser Partei. Damit liefern die Autoren wichtige Einsichten für die öffentliche Debatte, in der immer wieder die (alte) These vertreten wurde, die AfD werde vor allem aus Protest und Orientierungslosigkeit gewählt. Dagegen gilt es endlich anzuerkennen, dass sich auf Bundesebene um die 18 Prozent und in manchen Bundesländern bis zu 30 Prozent Wähler:innen bewusst dazu entscheiden, ihre Stimme einer in Teilen rechtsextremen Partei zu geben.

Konsterniert hielt die Journalistin Antonie Rietzschel jüngst im ARD-Pressclub fest, dass die anderen Parteien der AfD auch nach zehn Jahren ohnmächtig gegenüberstehen würden. Einen Masterplan, wie mit der AfD umzugehen ist, liefert auch das vorliegende Arbeitspapier nicht. Ein solcher sei, den Autoren zufolge, auch nicht möglich, dafür sei die Partei zu beweglich. Es bedürfe spezifischer und situativer Antworten. Sicher ist jedoch, dass die Lösung nicht darin bestehen kann, sich inhaltlich und rhetorisch der AfD anzunähern, wie es insbesondere bei den konservativen und liberalen Parteien, aber auch in den Bestrebungen einer möglicherweise neuen Partei um Sahra Wagenknecht derzeit zu beobachten ist.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Juli 2023

Inhalt

1	Einleitung – Zehn Jahre AfD: Was nun?	5
2	Die Metamorphosen der AfD	8
2.1	Entstehung und Entwicklung: Zwischen Parlaments- und Bewegungsorientierung.....	9
2.2	Programmatische Entwicklung und innerparteiliche Strömungen.....	12
2.3	Organisation	13
2.4	Parlamentarisierung: Landtage, Europaparlament und Bundestag	16
2.5	Fazit.....	17
3	Die AfD und ihre Position am Wählermarkt	19
3.1	Wie sind die AfD-Wähler:innen sozial positioniert?	22
3.2	Einstellungen von AfD-Wähler:innen im Vergleich.....	25
3.3	Fazit.....	28
4	Rechtsextremismus, Verfassungsschutz, AfD	30
4.1	Rechtsextremismusdefinition des Verfassungsschutzes	30
4.2	Verhältnis des Verfassungsschutzes zur AfD.....	31
4.3	Wie die AfD den Verfassungsschutz sieht	35
4.4	Fazit.....	39
5	Die AfD und die Pandemie	41
5.1	Nicht jede Krise stärkt die AfD	41
5.2	Corona und die Bundestagswahl 2021.....	43
5.3	AFD-Wahlentscheidung und Corona-Geschehen	44
5.4	Fazit.....	48
6	Die AfD und Russland	51
6.1	Die programmatische Verharmlosung Russlands	52
6.2	Direkte Kontakte zwischen AfD und Russland	53

6.3	Die AfD und der russische Angriffskrieg	54
6.4	Der innerparteiliche Streit um Russland	58
6.5	Fazit.....	59
7	Der Umgang mit der AfD – Ein ‚Moving Target‘?	60
7.1	Umgang in den Parlamenten	60
7.2	Umgang mit den AfD-Unterstützer:innen	61
7.3	Fazit.....	63
8	Die Zukunft der AfD: Widersprüchlich, zerrissen und konsolidiert	64
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	66
	Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen.....	74
	Hinweise zu den Autoren.....	75

1 Einleitung – Zehn Jahre AfD: Was nun?

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) wurde vor zehn Jahren gegründet. In diesem Zeitraum hat sie vielfältige Metamorphosen durchlaufen, die auf unterschiedlichen Ursachen beruhen. Die wichtigste ist wohl der mehrfache Führungswechsel in der Partei, aber auch der Wandel der elektoralen Unterstützungsbasis spielt eine entscheidende Rolle. Im Ergebnis haben diese Wandlungen die Partei immer weiter nach rechts geführt. Eine Entwicklung, die mit Konflikten vielfältiger Art einherging – im äußeren Spannungsverhältnis zum Verfassungsschutz und im inneren zwischen Strömungen, Landesverbänden, aber auch zwischen Fraktionsspitze und Fraktion im Bundestag. Die damit verbundene konfliktreiche Debatte über ihre Abgrenzung zu rechtsextremen Akteur:innen und Positionen stand lange Zeit im Zentrum der parteiinternen Auseinandersetzungen. Austritte und Fragen nach der inneren Kohärenz der AfD beherrschten phasenweise die Debatte um den Charakter und die Zukunft dieser Partei neuen Typs rechtspopulistischer Art in dem Sinn, dass sich mit ihr eine neue rechte Kampagnenfähigkeit entwickelt hat, die bei einzelnen Themen wie der Migration oder der Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Auch die zum Teil existentiellen innerparteilichen Konfliktlagen haben an dieser Kampagnen- und Anschlussfähigkeit nichts geändert: Das äußere Bild der Partei ist durch einen elektoralen

Erfolgsweg bestimmt, wie ihn keine andere der in den letzten zwei Jahrzehnten neu gegründeten Parteien aufweisen kann.

Im September 2013 ist die AfD zum ersten Mal für die Wahl in den Bundestag angetreten und verfehlte die Fünf-Prozent-Hürde damals knapp. Dafür war ihr Einzug 2017 umso weniger gefährdet. Das Ergebnis von 4,7 Prozent bei der Wahl von 2013 konnte 2017 mit 12,6 Prozent fast verdreifacht werden. Damit wurde sie die drittgrößte Fraktion im Deutschen Bundestag vor den Parteien FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Diesem erfolgreichen Einzug in den Bundestag war die parlamentarische Etablierung auf der Ebene der Bundesländer vorausgegangen. Zwischen den Bundestagswahlen von 2013 und 2017 zog die AfD erfolgreich in 13 der 16 Landtage ein, Niedersachsen folgte im Oktober 2017, Bayern und Hessen dann 2018. In mehr als der Hälfte der 16 Landtagswahlen, nämlich in 9, erzielte die AfD mehr als 10 Prozent der Stimmen. Seitdem verfehlte die AfD nur im Oktober 2022 in Schleswig-Holstein den Wiedereinzug in einen Landtag. Im Durchschnitt aller Wahlen zwischen 2013 und Ende 2022 erzielte die Partei 11,4 Prozent der Stimmen, dabei den kleinsten Anteil mit 4,1 Prozent 2013 in Hessen und den höchsten Anteil mit 27,5 Prozent 2018 in Sachsen. Das ist über die zehn Jahre des Bestehens der Partei eine bemerkenswerte elektorale Erfolgsbilanz.

Vor dem Hintergrund der von der Partei durchlaufenen Krisen, die zumindest zeitweise den Eindruck erweckten, sie stehe kurz vor ihrer Auflösung, stellen sich eine Reihe von Fragen. Eine davon ist, inwieweit rechtsextreme Kräfte innerhalb der Partei den Kurs angeben oder ob es vielmehr rechtsextreme Einflussnahmen von außen sind, die die AfD ins Extreme treiben. Falls Letzteres der Fall sein sollte, richtet sich der Blick auf die externen Kräfte. Demnach würde die Frage lauten: Kann die AfD es verhindern, anders als frühere, politisch weit rechts stehende Parteien, an und in den Fängen rechtsextremer Kräfte zu zerbrechen? Die zum Teil intensiven Verbindungen, die die Partei in rechtsextreme Netzwerke pflegt, legen nahe, dass es ihr im Zeitverlauf immer schwerer fällt, sich klar von rechtsextremen Akteur:innen und Positionen abzugrenzen. Wenn sie aber gleichwohl trotzdem nicht in die Fußstapfen der NSDAP tritt und treten will, ist sie dann einfach ‚nur‘ eine CDU vor ihrer Modernisierung durch Heiner Geißler und Angela Merkel – oder gar etwas Drittes? Und wenn ja, was ist dieses Dritte?

Mit ihrer Infragestellung grundlegender demokratischer Werte und ihren rückwärtsgewandten Gesellschaftsvorstellungen treibt die AfD soziale und politische Spaltungen immer weiter voran, so die gängige Lesart. Freilich muss dabei jedoch beachtet werden, wie die Partei dabei an weitreichende Strukturveränderungen in Gesellschaft und Politik anknüpft. Zu fragen ist, ob die AfD die Partei ist, der es im Parteienwettbewerb derzeit am erfolgreichsten gelingt, zentrale Unsicherheiten und Ängste (vor allem durch allgegenwärtige Anforderungen an Neuorientierung,

Anpassung und Veränderungsbereitschaft) einer sich globalisierenden Moderne aufzugreifen, um die damit einhergehenden Zumutungen für ihre eigene völkisch-autoritäre Politik zu nutzen.

Antworten auf diese Fragen erlauben Aussagen über den Hintergrund des Erfolgs der AfD und die Zukunft der Partei. Mit Blick auf die Zukunft sind grundsätzlich zwei Möglichkeiten denkbar: Die AfD kann sich an den inneren Widersprüchen zwischen der Strategie einer Parlamentsorientierung einerseits und dem Anspruch, Sprachrohr rechter Bewegungen andererseits zu sein, selbst zerreiben. Dieses Schicksal ist den meisten rechten Parteien in Deutschland widerfahren (Decker 2000, Lewandowsky 2012). Ebenso ist aber denkbar, dass gerade in dieser Bipolarität zwischen Parlament und Straße, zwischen Populismus und Extremismus, eine hinreichend belastbare Attraktivität für Wähler:innen steckt, die für sich selbst eine Repräsentationslücke im übrigen Parteienspektrum wahrnehmen. Dass diese Repräsentationslücke von rechts und nicht von links gefüllt werden konnte, hängt vermutlich damit zusammen, dass linke diskursive Angebote auf die benannten Herausforderungen sozioökonomischer Art sind, während rechte Angebote soziokultureller Art sind. Die stärker emotional und lebensweltlich angelegte soziokulturelle Zuspitzung der AfD auf Ressentiments und hierarchische Einordnungen sowie die nationalstaatliche Fokussierung waren offensichtlich im politischen Zyklus der letzten zehn Jahre für einen Teil der Wählerschaft attraktiver und plausibler. Aber ob diese konjunkturellen gesellschaftlichen Anschlussfähigkeiten bestimmter AfD-Diskurse

wiederum hinreichend sind, um die innere Struktur der AfD zu befrieden, ist damit noch nicht gesagt.

Klar ist: Die AfD ist komplex, widersprüchlich und mehrdimensional. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel des Arbeitspapiers, einige dieser Widersprüchlichkeiten zu rekonstruieren und die mehrfachen Metamorphosen der Partei zu analysieren. Wo kommt die AfD her? Wie hat sie sich organisatorisch und personell entwickelt? Mit welchen programmatischen Entwicklungen und innerparteilichen Strömungen war dies verbunden? Wie hat sie sich parlamentarisch etabliert? Das sind Fragen, die in Kapitel 2 behandelt werden. Kapitel 3 fragt nach der Struktur und den Orientierungen der AfD-Wählerschaft und unternimmt eine Lokalisierung der Lücke in der Repräsentation, die von den etablierten Parteien nicht abgedeckt wurde. Es ist auch zu klären, wie sich die AfD am Wählermarkt behauptet und welchen Wandel es auf der elektoralen Seite gegeben hat. Hier liegt aus unserer Sicht letztlich der Schlüssel für das Verständnis von Entstehung, Entwicklung und Zukunft der AfD. Der personelle Wandel in der Partei und ihre zunehmende Bewegung nach rechts, aber auch der Wandel in der Wählerschaft haben immer wieder innerparteiliche Konflikte hervorgerufen. In diesem Prozess wurde das Verhältnis von Verfassungsschutz und AfD zu einem zentralen Konfliktpunkt in der innerparteilichen Dynamik. Kapitel 4 untersucht dieses Verhältnis im Verlauf der Radikalisierung der Partei. Dabei stellt die Verfassungsschutzfrage eine der zentralen innerparteilichen Konfliktlinien dar, aber nicht die einzige. In der Corona-Frage stand die Partei ebenfalls vor einer Zerreißprobe. Obwohl

bis zur Pandemie eindeutig eine Partei, die Krisen immer für ihre Mobilisierung nutzen konnte, war das bei der Corona-Pandemie zumindest anfänglich kaum der Fall. Warum konnte die AfD aus dieser Krise kaum einen Nutzen für sich ziehen? Das ist die zentrale Frage in Kapitel 5. Und wie sieht es bei der AfD hinsichtlich der jüngsten Krise aus, dem Angriff Russlands auf die Ukraine? Das Verhältnis der AfD oder zentraler Vertreter:innen der Partei zu Russland ist weitaus besser als für eine rechte Partei zu vermuten ist – das zeigt sich nicht zuletzt auch in der scheinbaren Anschlussfähigkeit an die antifaschistische Lesart der russischen Geschichte. So folgte Parteichef Tino Chrupalla einer Einladung in die russische Botschaft zum ‚Tag des Sieges‘ über Nazideutschland, trotz der angespannten diplomatischen Lage aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine. Das Verhältnis von AfD und Moskau ist unter mehreren Aspekten, die Kapitel 6 untersucht, für die Partei von hoher Bedeutung.

Wie mit einem Akteur umzugehen ist, der sich in einer Bipolarität von Parlaments- und Bewegungsorientierung präsentiert, nicht vor extremen Positionen, Provokationen und Tabubrüchen zurückschreckt und die etablierten politischen Kräfte ein ums andere Mal öffentlich herausfordert, dessen Protagonist:innen zum Teil offen rechts-extrem agieren, der aber trotzdem oder gerade deswegen ein so großes Wählerpotential bindet, ist eine zentrale aber schwer zu beantwortende Frage für unsere Demokratie und die Zukunft des Parteienwettbewerbs. Die Schwierigkeiten im Umgang mit diesem beweglichen politischen Gegner thematisiert Kapitel 7. Mit Thesen zu den zuvor dargelegten Befunden schließt diese Studie ab.

2 Die Metamorphosen der AfD

Die AfD war von Anfang an eine heterogene Koalition, die sich unter dem Label, gegen das ‚Establishment‘ zu kämpfen, zusammengefunden hat. Dabei standen und stehen sich stets zwei Lager gegenüber: Einerseits die AfD als konservativ-radikale Partei jenseits der CDU, die darauf zielt, koalitions- und regierungsfähig zu werden; andererseits die AfD als Bewegungspartei, die sich als parlamentarischer Arm einer rechten Bewegung gegen die repräsentative Demokratie positioniert. Beide Positionen treten keinesfalls in reiner Form auf. Vielmehr nutzen sie wechselseitig Stilelemente der anderen Seite, um sich stärker zu machen als sie jeweils alleine sind und um in ihrer Bipolarität immer auch für die jeweils andere Seite akzeptabel zu sein. Zugleich bekämpfen sich diese Richtungen immer wieder auch ‚bis aufs Messer‘ – schließlich geht es darum, den eigenen Kurs durchzusetzen und die eigenen Leute abzusichern.

Das ‚Phänomen‘ AfD ist nicht einfach zu greifen. Dafür ist die Partei zu vielschichtig, entsprechend divers wird sie auch etikettiert: als Anti-Systempartei, ‚Dagegen-Partei‘, deutsch-nationale Patrioten, rechtsextrem, rechtspopulistisch, fremdenfeindlich, autoritär, Anti-Establishment, Gegner der ‚Lügenpresse‘, Partei der Modernisierungsverlierer, Partei des Zorns, ein Chamäleon, die rechte Alternative zur Union, NPD 2.0 oder gar antiautoritär. Manche dieser Etiketten beansprucht sie selbst für sich.

Zentral für die politische Linie der Partei ist ein Polarisierungsansatz, der vor allem zwischen Bevölkerung und ‚Establishment‘ sowie deutscher und ‚nichtdeutscher‘ Bevölkerung eingesetzt wird. ‚Deutsch‘ wird dabei durchaus völkisch verstanden, es werden somit auch diejenigen als ‚nichtdeutsch‘ klassifiziert, die ‚nur‘ eine deutsche Staatsbürgerschaft haben. War anfänglich noch ein Euro-Skeptizismus der zentrale politische Motor, bewegte sich die Partei in den Jahren nach ihrer Gründung sukzessive immer weiter nach rechts. Ursächlich war hierfür nicht zuletzt der Wegfall des Euro-Themas, da Deutschland vergleichsweise gut durch die Wirtschaftskrise steuerte. Noch entscheidender waren das Aufkommen der Kontroversen um ‚Pegida‘ ab 2014 und die sogenannte Flüchtlingskrise 2015. Die AfD bediente sich zunehmend einer rechtspopulistischen Politikstrategie und vergrößerte damit ihr Wählerpotential (Decker 2016: 12). Sie mobilisierte mit dem angeblichen Kampf der Regierung gegen die Bevölkerung, mit Anti-Elitismus und Volkszentrierung. Mit dieser Polarisierungsstrategie versucht die AfD in allen Politikfeldern ein Alleinstellungsmerkmal zu etablieren – insbesondere in der Europa-, Migrations- und Sicherheitspolitik oder auch hinsichtlich einer neuen konservativen Familien- und Gesellschaftspolitik.

Die AfD hat mit ihrem bipolar ausgerichteten Politikverständnis und ihrer emotionalisierenden

den, auf Affekte zielenden Mobilisierung nicht nur tiefe Spuren im Parteiensystem hinterlassen. Ihr Wirken knüpft auch an relativ weitreichende Strukturveränderungen in Gesellschaft und Politik an. Dreh- und Angelpunkt zum besseren Verständnis des Phänomens AfD sind also die gesellschaftlichen Widersprüche, die sie pointierter aufgreift und ‚anstößiger‘ formuliert als es ihren parteipolitischen Mitbewerber:innen lieb ist. Mit ihrer Infragestellung grundlegender sozialer Werte und ihrer rückwärtsgewandten politischen Vision treibt die AfD die gesellschaftliche Spaltung weiter voran, so die gängige Lesart. Es ist zu prüfen, ob ‚der Fall‘ AfD als ein gesellschaftliches Phänomen zu begreifen ist, das im Parteienwettbewerb aktuell für die zentralen ungelösten Fragen einer sich globalisierenden Moderne steht.

2.1 Entstehung und Entwicklung: Zwischen Parlaments- und Bewegungsorientierung

Mit ihrer Gründung im April 2013 positionierte sich die AfD zunächst als Partei rechts der CDU – programmatisch wirtschaftsliberal, mit einer deutlich nationalkonservativen Gewichtung. Damit gelang es schnell, sich als eine Alternative für enttäuschte Parteimitglieder aus den rechten Lagern von CDU und FDP zu etablieren. Zulauf erhielt die Partei ebenfalls von Bürger:innen, die generell nicht mehr mit dem politischen Kurs der etablierten Parteien zufrieden waren.

Programmatisch ist diese erste Phase der Gründung und Etablierung durch die Kritik an der Handhabung der anhaltenden Euro-Krise durch

die Bundesregierung unter Angela Merkel geprägt (vgl. Häusler/Roeser 2015: 13 f.). In Abgrenzung zum sogenannten ‚Establishment‘ wurde das Scheitern der europäischen Währungsunion proklamiert, womit man wachsenden Anklang in der bundesdeutschen Gesellschaft fand. Basierend darauf gelang es, sich als Stimme der unter der angespannten Finanzpolitik leidenden Steuerzahler:innen zu positionieren und als politische Kraft zu inszenieren, die die Bürger:innen vor der teuren und als überflüssig betrachteten Rettung von großen Banken und EU-Staaten bewahren könne (Hollasky et al. 2018: 95 f.).

Gleichwohl spielten bereits in der Gründungskonstellation migrationspolitische Themen und revisionistische Deutungen der deutschen Geschichte eine Rolle. In der Partei gab es entsprechende Akteur:innen, wenngleich sie noch nicht in der ersten Reihe standen. Es lässt sich deshalb durchaus konstatieren, dass schon 2013 „die kritische Haltung der Wähler gegenüber der Zuwanderung ein stärkeres Motiv für die Wahl der AfD abgab als deren euroskeptische Positionen, die im Mittelpunkt des Wahlprogramms standen“ (Decker 2016: 18; vgl. auch Bebnowski/Förster 2014).

Strategisch waren diese zwei thematischen Schwerpunkte von Beginn an verbunden mit einem Konflikt zwischen den parlaments- und stärker bewegungsorientierten Akteur:innen in der Partei. Während die ‚Parlamentsorientierten‘ vor allem das Ziel verfolgen, im Parteiensystem einen dauerhaften Platz rechts von der Union zu besetzen und koalitionsfähig zu werden, sind die ‚Bewegungsorientierten‘ stärker

daran interessiert, als Sprachrohr rechter Vorfeldorganisationen zu agieren und politische Schlagkraft darüber zu generieren, die eigene Anhängerschaft auf der Straße und insbesondere im Netz zu mobilisieren (Schroeder/Weßels 2019: 21–23). Die Spannungen zwischen beiden Politikstrategien traten erstmals Anfang 2015 deutlich zutage, als die mehrheitlich ordoliberalen Parteiführer immer mehr den Rückhalt in der Partei verlor. Trotz Bernd Luckes Versuchen, als Mitbegründer und Bundessprecher der Partei das Ruder noch einmal herumzureißen, entwickelte sich in der AfD ein Prozess der inneren Radikalisierung, der im März 2015 mit der ‚Erfurter Resolution‘ offenbar wurde. Erstmals meldete der rechte Parteiflügel öffentlich die eigenen innerparteilichen Ansprüche an. Angeführt von Björn Höcke forderte der sogenannte ‚Flügel‘, die AfD als Widerstandsbewegung gegen den Status quo zu etablieren, als politische Kraft, die „eine grundsätzliche politische Wende in Deutschland“ (Der Flügel 2015) befördern solle. Darauf folgte der Essener Parteitag im Juli 2015, auf dem Frauke Petry zur neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde. Ergebnis des Parteitags war ein Rechtsruck der AfD, der mit ersten Spaltungsprozessen einherging. Als Reaktion auf die Abwahl Luckes verließen dieser, Hans-Olaf Henkel und rund ein Fünftel der Parteimitglieder bis August 2015 die Partei.

Natürlich können diese zuweilen außerordentlich hart geführten innerparteilichen Auseinandersetzungen als quasi zwangsläufige Begleiterscheinung einer noch jungen Partei begriffen werden. Gleichwohl zeigten sie auch, dass die

parteiinterne Koalition zwischen sogenannten gemäßigten und radikalen Kräften zwei Positionen zusammenbrachte, die zwar um des Erfolges willen aufeinander angewiesen, deren konkrete Werte, Ziele und Instrumente allerdings nicht immer kompatibel waren.

Eine Weile sah es so aus, als würde die AfD, wie vergleichbare Vorläufer, an diesen inneren Widersprüchen scheitern und in der Bedeutungslosigkeit versinken. Die Kehrtwende brachte dann aber die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘, die der Partei einen zuvor nicht absehbaren Zulauf bescherte. Alexander Gauland, zu diesem Zeitpunkt Vize-Sprecher der Partei, sagte dazu im Dezember 2015 in einem Gespräch mit dem *Spiegel*: „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise [...]. Man kann diese Krise ein Geschenk für uns nennen [...]. Sie war sehr hilfreich.“ (Spiegel 2015).

Vor allem mit migrationsfeindlicher und rassistischer Politik gelang der AfD zwischen 2013 und 2017 der Einzug in 14 Landtage. Das Zeichen, das dieser Erfolg setzte: Ein Aufschwung der Partei war trotz oder vielleicht sogar wegen des Rechtsrucks möglich. Der parlamentsorientierte Teil der AfD geriet damit weiter unter Druck, was letztlich in die Abwahl Frauke Petrys auf dem Kölner Parteitag 2017 mündete. Petry hatte sich für einen Abgrenzungskurs der Partei von rechtsextremen Positionen stark gemacht und ging, wie Lucke, als Verliererin aus dem Streit um die Ausrichtung der Partei hervor. Wie Lucke gründete Petry nach ihrem Austritt aus der AfD eine neue Partei. Doch ähnlich wie dessen ‚Allianz für Fortschritt und

Aufbruch‘ (ALFA) war auch Petrys ‚Blaue Partei‘ von Beginn an bedeutungslos.

Petrys Abwahl war ein eindeutiger Sieg der bewegungsorientierten rechten Kräfte in der Partei, insgesamt jedoch war die parteiinterne Situation von 2015 bis 2020 durch eine Pattsituation zwischen den parlaments- und den bewegungsorientierten Lagern gekennzeichnet. Beide Seiten wussten zu dieser Zeit um ihre gegenseitige Abhängigkeit, forcierten zugleich aber auch immer wieder den inhaltlichen Richtungsstreit, jeweils in der Hoffnung, von diesem Streit profitieren zu können.

Symptomatisch hierfür ist die 2015/2016 geführte Auseinandersetzung darüber, wie mit der ‚Pegida‘-Bewegung umzugehen sei. Während sie für das eine Lager eine natürliche Bündnispartnerin der AfD darstellte, sah das andere Lager in einer zu engen Beziehung zur Bewegung eine inakzeptable Belastung, die der Wählbarkeit der Partei in breiteren gesellschaftlichen Kreisen mehr schade als nutze. Hinter diesem Streit stand und steht das für rechtspopulistische oder -konservative Parteien notorische Problem der Abgrenzung zum Rechtsextremismus. Der entsprechende Unvereinbarkeitsbeschluss in der Satzung wurde in den Parteigliederungen der AfD von Beginn an unterschiedlich gehandhabt und führte in fast allen Landesverbänden zu organisatorischen Verwerfungen. Im Saarland kam es 2016 sogar zur Auflösung des Landesverbandes durch die Bundespartei, was vom Bundesschiedsgericht der Partei später zurückgenommen wurde.

Ihren vorläufigen Endpunkt fand die Fortentwicklung der parteiinternen Bipolarität während der Corona-Pandemie. Im Kontext der immer deutlicher werdenden Radikalisierung großer Teile der Partei und unter dem Damoklesschwert einer ausgeweiteten Gesamtbeobachtung durch den Verfassungsschutz, begann der damalige Vorsitzende Jörg Meuthen vermehrt für einen Abgrenzungskurs gegenüber rechtsextremen Positionen zu werben. Nach einer Brandrede auf dem Parteitag in Kalkar 2020 und monatelangem medialen Werben für einen Kurswechsel, trat Meuthen aber letztlich mangels Erfolg aus der AfD aus. Mit seinem Austritt war nunmehr eine dritte Phase in der Entwicklung der Partei angebrochen: Bestand das Ziel in der ersten Phase bis 2015 darin, die Partei als parlamentarische Kraft rechts der Union zu etablieren und war die zweite Phase bis 2020 durch die Pattposition zwischen den Flügeln in der Partei gekennzeichnet, hatte nunmehr eine starke Orientierung an (rechtsextremen) Protestbewegungen enorm an Bedeutung gewonnen. Diese sich auch programmatisch widerspiegelnde Orientierung wurde bereits während der Corona-Pandemie deutlich und setzt sich im Zuge des aktuellen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine nahtlos fort. Sie führte dazu, dass der Bundesverfassungsschutz die Partei inzwischen vom Prüf- zum Verdachtsfall heraufgestuft hat. Auf die internen Radikalisierungen der Partei während der Corona-Pandemie und im Zuge des russischen Angriffskrieges gehen wir im fünften und sechsten Kapitel spezifischer ein. Der Beziehung zwischen AfD und Verfassungsschutz wenden wir uns im vierten Kapitel zu.

2.2 ProgrammatISCHE ENTWICKLUNG UND INNERPARTEILICHE STRÖMUNGEN

Inhaltlich positioniert sich die AfD, wie sie oft selbst betont, gegen das ‚Establishment‘. Zugleich versucht sie, sich über einen Einsatz für basisdemokratische Wahlsysteme zu profilieren. Schließlich ist ihre Orientierung an einer Politik der nationalen Engführung prägend, nach der die Bundesrepublik ihre Interessen stärker akzentuieren („Deutschland zuerst“) und sich damit insbesondere auch unabhängig von den USA und der EU positionieren sollte. Parallelen zu anderen Parteien zeigen sich unter anderem in der starken wirtschaftsliberalen Ausrichtung, wie sie auch der FDP eigen ist. Zwischen AfD und CDU/CSU sind Überschneidungen in Bezug auf gewisse konservative Ordnungsvorstellungen und politische Stilmittel zu erkennen, auch wenn diese Schnittmenge klein ist. Insbesondere die konservativen Ordnungsvorstellungen sind bei der AfD weitaus stärker ausgeprägt als bei CDU/CSU (Decker 2016: 11).

Für die Partei programmatisch sind weiter die ablehnende Haltung gegenüber Migration sowie die flüchtlings- und islamfeindlichen Positionen und Rhetoriken. Sie bilden den ‚Markenkern‘ der AfD (Lewandowsky 2018: 166 f.). Sowohl in der Corona-Pandemie (Lehmann/Zehntner 2022) als auch im Zuge des Ukraine-Krieges und der damit zusammenhängenden Energie- und Inflationskrise inszenierte sich die Partei als Opposition zu allen anderen Parteien und präsentierte ihre Positionen jeweils als Alleinstellungsmerkmal. Dies zeigt, dass die AfD in der Lage ist, neu

aufkommende Themen zu bearbeiten und hierzu im Sinne der eigenen Ideologie Positionen zu entwickeln, die für ihre Anhänger:innen attraktiv sind.

Auch die verstärkte Positionierung als Klimawandelskeptikerin und gegen den vermehrten Ausbau erneuerbarer Energien unterstreicht diese Strategie. Die AfD nutzt das Thema als Polarisierungsmöglichkeit und entwickelt sich dabei immer stärker zu einer Anti-Grünen-Partei (Otteni/Weisskircher 2022).

Im Kern ist die AfD inhaltlich weiter durch die drei Strömungsgruppen geprägt, die von Beginn an für die politische Programmatik relevant waren. Dazu zählen Skeptiker:innen der europäischen Währungsunion (neoliberaler Teil), das national-konservative Spektrum und die Gruppe, die sich aus den rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen rekrutiert. Wurde diese in der Startphase der AfD unter anderem von Parteimitgründer Alexander Gauland noch als unliebsames Anhängsel gesehen, von dem er die Befürchtung hatte, dass es das Parteibild zu sehr vereinnahmen könnte (Häusler/Roeser 2015: 15 f.), gibt sie nun zentral den Ton an. Neben diesen drei Strömungen, existier(t)en informelle Gruppen, wie der Pforzheimer Kreis, die Patriotische Plattform oder Christen in der AfD, die inhaltlich sowohl in der ‚Alternativen Mitte‘ als auch im ‚Flügel‘ Anknüpfungspunkte fanden. Insgesamt besteht, trotz mancher Unschärfen, in der wissenschaftlichen Debatte Konsens darüber, dass sich die Partei im Zeitverlauf enorm radikalisiert hat, so dass die Zuordnung zur rechtspopulistischen

Parteienfamilie als angemessen erachtet wird (Lewandowsky et al. 2016; Lewandowsky 2018; Biskamp 2021; Decker 2021).

2.3 Organisation

Mit Blick auf die Entwicklung der Parteistrukturen in den letzten zehn Jahren lässt sich festhalten: Die AfD ist keine klassische Mitgliederpartei, die auf Expansion ihrer Mitgliederzahlen setzt und darin auch eine wesentliche Ressource für die öffentliche Präsentation der Partei sieht. Eher ist sie eine Wähler- und Fraktionspartei, die von öffentlichen Geldern und privaten Spenden lebt. Gerade vor dem Hintergrund des elektoralen Erfolgs ist die schwache Mitgliederbasis der AfD, die sich sogar zunehmend verkleinert, bemerkenswert. Hatte die Partei zwischen 2013 und 2019 noch ein Wachstum von 17.687 auf 34.000 Mitglieder zu verzeichnen, lag die Zahl Ende 2021 nur noch bei knapp 30.000 (s. u. Tabelle 1). Damit hat die AfD nicht einmal halb so viele Mitglieder wie die traditionell mitglieder-schwache FDP. Dennoch verfügt sie mittlerweile über einen professionellen Parteiapparat. Dieser finanziert sich aus der Wahlkampfkostenerstattung und Spenden von Privatpersonen und Unternehmen, deren genaue Herkunft bis heute teilweise nicht vollständig geklärt werden konnte. Darunter waren auch mediale Dienstleistungen, die im Wahlkampf in Form von Plakatkampagnen oder Zeitungen im AfD-Design für die Partei warben, aber nicht als Spenden benannt wurden (Bensmann et al. 2021). Erhebliche Ressourcen stehen der Partei mit den Geldern und Personen zur Verfügung, die über die

Parlamentarisierung generiert wurden. Nimmt man alle politischen und apparativen Ebenen zusammen, kann die AfD mittlerweile auf ein Netzwerk von vielen hunderten hauptamtlichen Mandatsträger:innen und Mitarbeiter:innen zurückgreifen. Unterstützt wurde eine schnelle Professionalisierung der noch jungen Partei, deren Abgeordnete größtenteils kaum politische Erfahrungen hatten, auch durch externe Unterstützung von Beratungsfirmen und anderen Dienstleister:innen.

Die AfD lässt sich als typische rechtspopulistische Männerpartei charakterisieren: Der Frauenanteil unter der Mitgliedschaft liegt bei 17 Prozent. In Bezug auf andere Merkmale fällt die Einordnung in die Parteiensystematik jedoch schwerer. Zwei Beispiele illustrieren die Problematik: Aufgrund eines basisdemokratischen Selbstverständnisses wurden in der Anfangszeit keine Delegiertenparteitage durchgeführt, sondern Mitglieder-versammlungen. Auch nach dem Wegfall der Mitgliederversammlungen (ab November 2015) wurde weiterhin eine hohe innerparteiliche Wertschätzung gegenüber der Basis kultiviert, was bis heute mit expliziter Kritik an der repräsentativen Demokratie und einer Bewerbung der direkten Demokratie einhergeht. Weiterhin sind die Doppelspitzen in der Bundespartei und Bundestagsfraktion ein Organisationselement, das zuvor nur unter linken Parteien bekannt war. Einerseits kann damit der innerparteiliche Richtungsproporz abgebildet, andererseits deutlich gemacht werden, dass die hegemoniale Partei neuen Typs im rechten Lager keine klassische Führerpartei darstellt.

Klassisch zeigt sich dagegen die Organisationsstruktur der AfD in der Aufteilung auf Bundes-, Landes- und Kommunalverbände. Dabei fußt die Organisation auf vier zentralen Pfeilern: Bundesparteitag, Konvent, Bundesvorstand und Europaversammlung. In der Gründungsphase der Partei stellte ein eigener ‚Wissenschaftlicher Beirat‘ eine Art Alleinstellungsmerkmal dar. Der Beirat wurde mit dem Rückzug Luckes als ‚Sachverständigenrat‘ weitergeführt, ist heute jedoch bedeutungslos.

Das oberste Organ der Partei ist der jährlich stattfindende Bundesparteitag. 600 Delegierte der Landesverbände und der Bundesvorstand entscheiden dort über das Parteiprogramm, die Bundessatzung sowie über die für die gesamte Bundespartei maßgeblichen Ordnungen. Zudem kann der Bundesparteitag über die Auflösung des Bundesverbandes oder einzelner Landesverbände und über die Fusion mit anderen Parteien entscheiden. Bei Bedarf kann zusätzlich ein ‚kleiner Parteitag‘ (Konvent) einberufen werden. Dieser besteht aus fünfzig Vertreter:innen der Landesverbände, der:dem Bundesschatzmeister:in und vier vom Bundesvorstand zu wählenden Mitgliedern. Der Konvent hat zwei gleichberechtigte Vorsitzende, die von den Mitgliedern des Bundesvorstandes und von den Vertreter:innen der Landesverbände aus ihrer Mitte gewählt werden. Er ist für alle aktuellen politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei zuständig und beschließt insbesondere über die Gründung von Vereinigungen, die Geschäftsordnungen der Gremien, die Verfahrensordnung für

Mitgliederentscheide, die Verteilung staatlicher Mittel, die Haushalts- und Finanzplanung sowie über die vom Bundesparteitag überwiesenen Anträge. Dem Bundesvorstand, dem die Leitung der Partei obliegt, gehören zwei oder drei gleichberechtigte Sprecher:innen, drei stellvertretende Sprecher:innen, ein:e Schatzmeister:in mit Stellvertreter:in, ein:e Schriftführer:in und sechs weitere Beisitzende an (AfD o.J.). Die Europawahlversammlung besteht aus Delegierten der Landesverbände. Ihr kommt die Aufgabe zu, die Bewerber:innen der AfD für die Wahl zum Europäischen Parlament zu bestimmen. Zudem berät und beschließt sie das Wahlprogramm der Partei zur Europawahl.

Unter den Vereinigungen der AfD kommt der Jugendorganisation Junge Alternative (JA) eine besondere Rolle zu. In der Bundessatzung der Partei wird sie als „Innovationsmotor der AfD“ bezeichnet. Sie diene dazu, das „Gedankengut der Partei in ihrem Wirkungskreis zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der Jugend innerhalb der AfD zu vertreten“ (AfD 2022: 17). Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht in der JA dagegen ein rechtsextrems Netzwerk und stuft die Jugendorganisation inzwischen als gesichert rechtsextreme Bestrebung ein (BfV 2023). Zuvor war sie seit 2019 bereits als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt worden. Dass sie nun als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, bedeutet, dass sich die „Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung inzwischen zur Gewissheit verdichtet haben“ (BfV 2023).

Unter den Landesverbänden der Partei sind die nach Mitgliederzahlen größten, die Verbände in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland vereinen hingegen die wenigsten Mitglieder. Dabei spiegeln sich die Richtungsstreitigkeiten auf Bundesebene auch in den Landesverbänden wider. Besonders hervorzuheben sind dabei die Unterschiede zwischen den Profilen der ost- und der westdeut-

schen Landesverbände. Während die ostdeutsche AfD radikaler auftritt und bei den Wahlen erfolgreicher abschneidet, ist ihre Mitgliederbasis im Vergleich zu den westdeutschen Verbänden außerordentlich schwach entwickelt. Dabei ist auch zu beachten, dass die Wahlbeteiligung insbesondere in Ostdeutschland zunehmend niedriger wird, was der beständigen AfD-Wählerschaft prozentual größere Gewinne einbringt.

Tabelle 1:
Parteimitglieder der AfD nach Bundesländern im Jahr 2021

Bundesland	Anzahl	Anteil in Prozent
Nordrhein-Westfalen	5.125	17,1
Bayern	4.405	14,7
Baden-Württemberg	3.915	13,1
Niedersachsen	2.459	8,2
Hessen	2.315	7,7
Sachsen	2.252	7,5
Rheinland-Pfalz	1.785	6,0
Brandenburg	1.398	4,7
Sachsen-Anhalt	1.379	4,6
Thüringen	1.271	4,2
Berlin	1.191	4,0
Schleswig-Holstein	831	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	665	2,2
Saarland	447	1,5
Hamburg	403	1,3
Bremen	105	0,4
gesamt	29.946	100,0

Quelle: Statista 2022, eigene Darstellung.

Die fünf Ost-Landesverbände (ohne Berlin) sind zwar am erfolgreichsten bei den Wahlen, zugleich ist ihr Mitgliederpotential jedoch nicht so stark, dass sie in der Bundespartei eine quantitative Dominanz für sich reklamieren können. Dafür brauchen sie Bündnispartner im Westen. Die ostdeutschen Landesverbände sind also Hochburgen von AfD-Wählenden ohne eine ausgeprägte Mitgliederbasis. Allerdings ist auch festzuhalten, dass das Mitgliederniveau aller Parteien in den ostdeutschen Landesverbänden niedriger ist. Vergleicht man diese, entspricht das ostdeutsche Mitgliederniveau der AfD in etwa dem dortigen Niveau der anderen Parteien. Zugleich ist ihr politischer Einfluss auf Bundesebene weitaus höher als der Mitgliederanteil von rund 23,2 Prozent (mit Berlin 27,2 Prozent) dies erwarten ließe.

Zentral ist, dass die ost- und westdeutschen AfD-Landesverbände politisch unterschiedliche Rollen spielen. Wenngleich auch in anderen Parteien deutliche Unterschiede in Ausrichtung und Ausstattung zwischen ost- und westdeutschen Verbänden bestehen, so hat dies bei der AfD gegenwärtig einen anderen Charakter. Denn während die westdeutschen AfD-Landesverbände parlamentarisch bedeutungslos sind, handelt es sich bei den ostdeutschen tendenziell um Volksparteien neuen Typs. Von der AfD als einer ‚Partei neuen Typs‘ sprach bereits Bernd Lucke auf dem Gründungsparteitag (Gebhardt 2013). Entscheidend ist hier jedoch, dass diese Bezeichnung in der Forschung inzwischen als loser Sammelbegriff für Parteien genutzt wird, denen es in besonderer Form gelingt, die eigene Programmatik mit modernsten Formen der Kommunikation

und effektiver Öffentlichkeits- und Medienarbeit zu vermitteln. Dies ist auch für die AfD prägend (Melcher 2019) und es sind insbesondere die ostdeutschen Landesverbände, denen es gelingt, hierüber breite Wählerschichten anzusprechen. Entsprechend rangieren sie bei Umfragen in allen ostdeutschen Ländern zwischen Platz eins und drei. Vor allem in von Abwanderung und negativen ökonomischen Transformationen betroffenen ländlichen Regionen Ostdeutschlands kann die AfD punkten (Decker 2022). Dabei gelingt es ihr besonders gut, sich als Vertreterin ostdeutscher Gefühlslagen zu inszenieren und auf die von vielen Ostdeutschen empfundene mangelnde Repräsentation ihrer Interessen zu reagieren (Weisskircher 2020). Entsprechend nimmt die AfD für sich in Anspruch, eine Art Sprachrohr der dortigen Bevölkerung zu sein, sowohl mit Blick auf die jeweilige Landesregierung, aber auch gegenüber der Bundesregierung.

Die Unterschiede zwischen den Landesverbänden im Osten und denen im Westen stellen auch hohe Anforderungen an die Integrationsfähigkeit der AfD im föderalen Staat. Denn um dauerhaft erfolgreich zu sein, müsste sich die Partei auch in den westdeutschen Ländern behaupten, um nicht zur reinen Regionalpartei Ost zu verkümmern.

2.4 Parlamentarisierung: Landtage, Europaparlament und Bundestag

Die AfD ist mittlerweile in den kommunalen Parlamenten, den Landtagen, im Europaparlament und im Bundestag angekommen, jedoch mit stark

variierendem Erfolg. Die Hochburgen der AfD liegen klar in den ostdeutschen Ländern. Daneben erzielt sie auch in Süddeutschland starke Ergebnisse. Im Norden ist sie dagegen bisher auffallend schwach. In Schleswig-Holstein misslang 2022 sogar der Wiedereinzug ins Landesparlament.

Insbesondere nach der erstmaligen Wahl der AfD in den Bundestag wurde diskutiert, ob die Rechtspopulisten aufgrund von diversen inneren und äußeren Konflikten (Geschäftsordnungen, zunehmend abgenutzter Provokationspolitik und wechselseitigen innerparteilichen Blockaden) bald wieder aus den Landes- und Bundesparlamenten verschwinden würden. Starke Verwerfungen in den AfD-Landtagsfraktionen in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sowie im Europaparlament befeuerten diese Erwartungen. Dennoch muss heute konstatiert werden, dass sich die Partei bei einer stabilen Basis von Wähler:innen eingependelt und sich als feste Größe in der Parteienlandschaft etabliert hat. Offensichtlich ist auch, dass es der AfD immer wieder gelungen ist, die Bundestagsfraktion, trotz aller Konflikte, weitgehend zusammenzuhalten. Ursächlich hierfür könnte der vielfältige massive äußere Druck sein, der sowohl im Spannungsverhältnis mit den Landesverbänden, aber auch durch den Verfassungsschutz entsteht, der das Zusammenrücken nicht nur erleichtert, sondern sogar erzwingt. Ob die erreichte innere Integration auch das Ergebnis eines effizienten innerfraktionellen Managements von Konflikten ist, bedarf der empirischen Analyse. Bislang gelang es der AfD im Bundestag, sich formell zu etablieren, ohne sich dabei gänzlich anpassen zu

müssen. Die Fraktion wurde durch das Parlament bisher weder – wie einige Kommentator:innen im Vorfeld der Parlamentarisierung prognostizierten – ‚weichgeschliffen‘, noch fällt sie durch massive innerfraktionelle Konflikte auf.

Im parlamentarischen Auftreten zeichnet die AfD ein aggressiver und konfrontativer Stil aus, der aus der Sicht anderer Fraktionen und Beobachter:innen in den meisten Parlamenten einen Wandel des Arbeitsklimas bewirkt hat. Die AfD nutzt vor allem das Plenum als Bühne, während sie in Arenen des Arbeitsparlaments, mit wenigen Ausnahmen, kaum wahrnehmbar ist (Schroeder et al. 2018). Zwar sind einzelne Abgeordnete in ihren Positionen nicht so weit von denen der übrigen Parteien entfernt (z. B. bei den Debatten um den Solidaritätszuschlag), stilbildend für die parlamentarische Arbeit der Partei bleibt aber dennoch ihr Selbstverständnis, einzige ‚echte‘ Oppositionspartei zu sein. Das zeigt sich vor allem in der eher unterdurchschnittlichen Nutzung parlamentarischer Instrumente. Wenn diese doch genutzt werden, findet es selten im Sinne einer konstruktiven Parlamentsarbeit statt, sondern zumeist, um sich selbst öffentlich als fundamentaloppositionelle Kraft zu inszenieren (ebd.). Diese parlamentarische Inszenierung wird durch die strategische Nutzung sozialer Medien verstärkt (siehe dazu auch Kapitel 3).

2.5 Fazit

Der Erfolg der AfD besteht darin, dass sie durch schnelles Reagieren auf neue Verhältnisse jeweils neue Gruppen von Mitgliedern und Wäh-

ler:innen für sich erschließen konnte. Auf der Basis der schnellen Anpassung an veränderte Umwelten gelang ihr eine nachhaltige Beeinflussung der öffentlichen Debatten, auf der ihre Wahlerfolge beruhen. Und das, obwohl es über Jahrzehnte hinweg für unwahrscheinlich gehalten wurde, dass sich eine Partei rechts der Union dauerhaft im deutschen Parteiensystem verankern könne. Dieser Erfolg ist gleichwohl kein Selbstläufer. Schon die heterogene Koalition von bewegungs- und parlamentsorientierten Kräften mit ihren zuweilen widersprüchlichen Haltungen und Zielen brachte die Partei immer wieder in tiefgreifende Krisen. Doch die Entwicklungen der letzten Jahre deuten darauf hin, dass sich die Partei mit einer festen Basis von Wähler:innen im deutschen Parteiensystem etabliert hat. Diese Basis scheint sich trotz der Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz kaum zu verkleinern. Zudem sind die parteiinternen Richtungskämpfe seit dem Rückzug Meuthens vorerst entschieden: Fürsprecher:innen einer Abgrenzung nach rechts außen existieren in der Partei nicht mehr oder finden kein öffentliches Gehör.

Wie schon zu Beginn ihrer noch jungen Geschichte, nutzt die AfD weiterhin politische Krisen geschickt und positioniert sich als fundamentaloppositionelle Kraft, wo auch immer die übrigen Parteien Repräsentationslücken entstehen lassen. Zum Euro-Skeptizismus und der deutsch-nationalen Abschottungspolitik gegenüber Migrant:innen und dem Islam ist in

den letzten drei Jahren der Kampf gegen eine vermeintliche ‚Impfdiktatur‘ und aktuell die Inszenierung als kriegskritische Kraft im Russland-Ukraine-Konflikt hinzugetreten (siehe hierzu Kapitel 6.3).

Die Setzung fundamentaloppositioneller Positionen in Kombination mit einer Strategie der Polarisierung macht die Partei weiterhin attraktiv für unterschiedliche Wählerschichten. Seit Beginn des Russland-Ukraine-Konflikts befindet sich die AfD erneut in einem Aufschwung. Laut aktuellen Umfragen im Juni 2023 würde sie bei Bundestagswahlen 18 Prozent der Stimmen erreichen (Infratest dimap 2023). Damit ist die AfD derzeit so stark wie zuletzt im September 2018 – und dies trotz oder vielleicht auch gerade wegen ihrer mittlerweile nicht mehr vorhandenen Abgrenzung zum Rechtsextremismus. Vor dem Hintergrund der schwelenden Krisen, zu denen auch der Klima- und der demografische Wandel gehören, avanciert die Partei mehr und mehr zur Drohkulisse für die deutsche Demokratie. Viel wird darauf ankommen, ob es den demokratischen Kräften gelingt, selbst mobilisierende Gegenantworten auf die Programmatik der AfD zu entwickeln. Zugleich wird sich aber auch die AfD weiterhin innerhalb des Parlamentarismus als dynamisches und handlungsfähiges Konstrukt beweisen müssen, um bestehen zu bleiben. Ob ihr das in Anbetracht der unvermeidlich auftretenden und auch in Deutschland spürbaren politischen Veränderungen gelingt, bleibt abzuwarten.

3 Die AfD und ihre Position am Wählermarkt

Dass die AfD nach ihrem Fast-Einzug in den Deutschen Bundestag 2013 und ihrem erfolgreichen Einzug 2017 den Wiedereinzug 2021 schaffen würde, daran zweifelte kaum jemand. Die AfD war ‚gekommen, um zu bleiben‘ – eine Formel, die die Medien, die Partei selbst und auch die Wissenschaft immer wieder nutzen. Aber ebenso deutlich ist, dass sich die Position der AfD am Wählermarkt und das Segment an Wählenden, das sie bedient, im Zeitverlauf verändert hat.

Während es 2013 unter Bernd Lucke maßgeblich um eine Anti-EU-Positionierung ging, die zwar schon populistische Züge und auch Merkmale ideologisch rechter Politik aufwies, kam es im Windschatten der Führungswechsel zu Frauke Petry und dann Jörg Meuthen zu einem weiteren Rechtsruck in der Partei. Entsprechend entwickelte sich die Wahlprogrammatik. In der klassischen ökonomischen Links-Rechts-Positionierung ist die AfD relativ stabil weit rechts außen im bundesdeutschen Parteiensystem zu verorten. In der soziokulturellen Konfliktdimension mit den Polen liberal-progressiv und konservativ-autoritär hat sie sich weit nach rechts, also auf den konservativ-autoritären Pol hinbewegt (Zehnter/Schwichtenberg 2021). Auch die Bürger:innen haben diese Bewegung nach immer weiter rechts außen wahrgenommen. Während

befragte Wahlberechtigte die AfD 2013 noch als nur einen Punkt (7) weiter rechts als die Mitte auf einer Skala mit 11 Punkten verorteten, sahen sie sie 2016 nur noch einen Punkt vom extremen Pol entfernt (Giebler et al. 2021). Diese Bewegung nach rechts außen im politischen Raum ist ebenso Teil der Metamorphosen der AfD wie die Veränderung ihrer Wählerbasis.

Die repräsentative Wahlstatistik gibt verlässlich Auskunft über Alter und Geschlecht der Wähler:innen der Parteien (Bundeswahlleiterin 2023). Bei der Bundestagswahl 2021 waren, wie schon 2017, die Stimmenanteile für die AfD unter Männern deutlich höher als bei den Frauen. Zudem erlangte die Partei 2021 überdurchschnittlich hohe Wähleranteile bei den 35- bis 69-Jährigen (10,7 und 14,1 Prozent gegenüber dem Gesamtergebnis von 10,3 Prozent). Deutlich weniger erfolgreich war sie sowohl 2017 als auch 2021 bei den jüngsten und ältesten Wähler:innen. Am auffälligsten sind die Unterschiede zwischen Ost und West. In Ostdeutschland lag der AfD-Anteil 2021 über 20 Prozent, im Westen unter 10 Prozent. Auch 2017 war der Stimmenanteil im Osten doppelt so hoch wie im Westen. Und die AfD wurde sowohl 2017 als auch 2021 unter den wählenden Männern in Ostdeutschland mit 27,6 bzw. 25,2 Prozent die stärkste von allen Parteien. Weitere Informatio-

nen über die Sozialprofile der Wählenden stehen in der repräsentativen Wahlstatistik nicht zur Verfügung. Hier muss auf Umfragedaten zurückgegriffen werden. Die Zahlen von ‚Infra-test dimap‘ verweisen darauf, dass die AfD 2021 leicht überdurchschnittlich (13 Prozent) unter Bürger:innen mit einfacher Bildung und stark unterdurchschnittlich unter hoch gebildeten (6 Prozent) abschnitt. Stark überdurchschnittlich gewann die Partei zudem Wähler:innen unter Arbeiter:innen (21 Prozent) und Arbeitslosen (17 Prozent). Die Wählerwanderungsbilanz war 2021 jedoch angesichts des Rückgangs des AfD-Anteils um 3 Prozentpunkte negativ im Gegensatz zur vorherigen Bundestagswahl: 2017 gewann die AfD Wähler:innen von allen Parteien und vor allem aus dem Lager der bisherigen Nichtwähler:innen. 2021 war das Saldo zwischen AfD und den anderen Parteien sowie den Nichtwählenden hingegen negativ. Nur von der Partei Die Linke wurden rund 90.000 Stimmen hinzugewonnen.

Diese Bewegungen von den vormaligen Nichtwähler:innen zur AfD im Jahr 2017 und von der Linken zur AfD 2021 können dahingehend interpretiert werden, dass sich gerade Wähler:innen für sie entscheiden, die sich durch andere Parteien nicht vertreten fühlen – eine Beobachtung, die die These von der Repräsentationslücke im vormals etablierten Parteiensystem bestärkt. Dafür spricht auch der deutlich größere Wahlerfolg im Osten Deutschlands, in dem sich immer noch große Teile der Bevölkerung in der Selbstwahrnehmung gegenüber dem Westen benachteiligt sehen. Ein Kennzeichen für das

Gefühl der Nicht-Vertretung durch die als solche empfundenen politischen Eliten sind populistische Orientierungen, die zu einem konstanten Merkmal der AfD-Wählenden gehören. Populismus wird in der Forschung unter anderem als ‚dünne Ideologie‘ begriffen, deren Kern die Unterscheidung zwischen ‚Volk‘ und ‚Elite‘ ist (Decker 2016: 11). Dabei verstehen sich Populist:innen als authentischer Teil des Volkes, der für sich in Anspruch nimmt, den ‚Volkswillen‘ durchzusetzen. ‚Anti-Elitismus‘ und ‚Volksorientierung‘ sind die Kerne des Populismus, die für verschiedene ideologische Richtungen offen sind. Die AfD wird dem rechtspopulistischen Lager zugerechnet. Nach der letzten ‚Mitte-Studie‘ der Friedrich-Ebert-Stiftung von Zick und Küpper (2021) ist das rechtspopulistische Potential in Westdeutschland auf etwa 11 und in Ostdeutschland auf etwa 21 Prozent zu taxieren. Demnach hätte die AfD das rechtspopulistische Potential an Wähler:innen gegenwärtig stark ausgeschöpft. Wenn es um Populismus generell geht, liegen die gemessenen Anteile höher – 21 Prozent im Westen, 37 Prozent im Osten. Nach der ‚Mitte-Studie‘ können knapp 82 Prozent der AfD-Wählenden als populistisch eingestellt eingestuft werden.

Es gibt nicht nur eine geographische Deckung zwischen der Verteilung (rechts-)populistischer Einstellungen und der Wahlentscheidung für die AfD, sondern auch bezogen auf rechtsextreme Einstellungen. Diese sind unter anderem in Sachsen weit verbreitet, dort, wo auch die AfD bislang ihre höchsten Anteile und die meisten Direktmandate bei Bundestagswahlen erzielte

(Bundeswahlleiterin 2021). In Sachsen erhielt die Partei bei der Bundestagswahl 2021 24,6 und in Thüringen 24 Prozent der Stimmen. In den anderen ostdeutschen Bundesländern lagen die Anteile bei knapp 20 Prozent, im Westen wiederum lagen die Stimmenanteile bei 10 Prozent oder niedriger. Das Wahlergebnis bei der letzten Bundestagswahl wurde gekrönt durch die Steigerung der Direktmandate im Bundestag von 3 (2017) auf 16 (2021). Davon wurden mehr als die Hälfte der Direktmandate allein in Sachsen gewonnen (10). Auch die restlichen Direktmandate wurden im Osten errungen – 4 in Thüringen und 2 in Sachsen-Anhalt (Bundeswahlleiterin 2021).

Der AfD gelingt es also, eine beständige Basis unter den bundesdeutschen Wähler:innen zu mobilisieren. Insbesondere in Ostdeutschland hat sie der Partei Die Linke vielfach den Rang abgelaufen und sich bis zu einem Ausmaß eine lokale Basis aufgebaut, dass ihr von einer beachtlichen Zahl an Wähler:innen ein Prädikat zugesprochen wird, das vorher für Die Linke galt: sich um Sorgen der Menschen im ländlichen Raum zu kümmern.

Dieses Bild pflegt die AfD auch in den sozialen Medien. Mehr als jede andere Partei setzt sie auf *Facebook* oder *YouTube* und kann dort nach Analysen der Organisation ‚Hope Not Hate‘ im Vergleich auch auf sehr viel größere Reichweiten verweisen. Der Pressesprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Marcus Schmidt, merkte in einem Interview mit der *Deutschen Welle* dazu an: „Ohne Facebook, glaube ich, wäre die AfD nicht

so schnell so erfolgreich geworden“ (Deutsche Welle 2021). Tatsächlich erreicht die Partei ihre Zielgruppen über die Social-Media-Plattformen in einem beachtlich hohen Tempo und mit großer Zielsicherheit (Trautmann/Kumkar 2021; Melcher 2019). Dabei richten sich die Kommunikations- und Mobilisierungsstrategien der verbreiteten Inhalte stark an populistischen als auch krisenbezogenen Aussagen aus. Unter den populistischen Botschaften, die nach einer Untersuchung von Schürmann und Gründl insgesamt 55,3 Prozent der Botschaften betreffen, finden sich ‚Anti-Elitismus‘, ‚Volkszentriertheit‘ und ‚Souveränität‘. Krisenbezogenes findet sich in 60,2 Prozent der Botschaften. Sehr häufig werden Krisenthemen populistisch aufbereitet, eine Praxis, mit der die AfD eindeutig häufiger als alle anderen Bundestagsparteien agiert (Schürmann/Gründl 2022). Über *Facebook* hinaus nutzt die Partei inzwischen vor allem auch die Plattformen *TikTok* und *Instagram* (aber auch Messenger wie z. B. *Telegram*) für die Mobilisierung ihrer Wähler:innen.

Nicht nur, aber auch mit den sozialen Medien hat die AfD es geschafft, eine vermeintliche Repräsentationslücke zu formulieren und nicht wenige Bürger:innen haben diese Lücke augenscheinlich für sich selbst gesehen – anders ist der große Zuwachs an Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler:innen 2017 kaum zu erklären. Damit hat die AfD sich eine nachhaltige Basis geschaffen: Sie spricht Personen an, die davon ausgehen, dass ‚die da oben‘ nicht ihre Interessen vertreten und sich durch ein Einstellungsprofil auszeichnen, das sich deutlich von dem

anderer Wählerschaften unterscheidet, wie weiter unten gezeigt wird (3.2); es sind Menschen, die sich – existentiell oder kulturell – in einer bedrohten Situation sehen. Dementsprechend mobilisiert die AfD mit wahrgenommenen Sorgen und Ängsten nicht zuletzt in Krisen. Das ist ihr unter anderem bei der Ankunft von Menschen auf der Flucht, von Migrant:innen und Schutzsuchenden 2015/2016 gelungen. Aber auch bei der Bundestagswahl 2021 war die AfD die Partei, deren Wähler:innen sich am stärksten in ihren persönlichen politischen Ansichten von der von ihnen gewählten Partei gut vertreten sahen; ganze 90 Prozent der AfD-Wählenden gaben dies in Umfragen an. Im Durchschnitt waren es bei den anderen Parteien 79 Prozent (GLES 2022).

3.1 Wie sind die AfD-Wähler:innen sozial positioniert?

Genau wie die Partei selbst, war in den letzten zehn Jahren auch die soziale Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft von Bewegung geprägt. Bei der Bundestagswahl 2013 konnte noch konstatiert werden, dass die Wähler:innen bezogen auf die Schulbildung genau im Durchschnitt der Bevölkerung lagen. Dies galt ebenso für den Arbeitslosen- und den Angestelltenanteil; auch bei den Arbeiter:innen waren es nur leicht mehr Wähler:innen als im Durchschnitt (Weßels 2014: 197). Doch schon zur Bundestagswahl 2017 veränderte sich die Zusammensetzung in Richtung der sozial nicht so gut Situierten (Weßels 2019: 196). 2021 hat sich die Entwicklung zu einem

steigenden Anteil der sozial eher im unteren Drittel der Gesellschaft Stehenden verstärkt. Auch bezogen auf die Schulbildung zeigte sich bei der letzten Bundestagswahl ein deutlich geringerer Anteil an Wähler:innen mit Abitur als im Durchschnitt: 69 Prozent der AfD-Wählenden haben Schulbildungsabschlüsse bis zur mittleren Reife, entsprechend etwa 30 Prozent Abitur oder Fachhochschulreife, gegenüber 54 Prozent unter den Wähler:innen der anderen Parteien (GLES 2022).

Arbeitslosigkeit ist unter AfD-Wählenden im Vergleich zu denen anderer Parteien fast doppelt so stark ausgeprägt. In den letzten zehn Jahren waren Wähler:innen der AfD im Durchschnitt 17,8 Wochen arbeitslos, bei den anderen Parteien waren es 8,5 Wochen (GLES 2022).

Auch bezogen auf die beruflichen Ausbildungsabschlüsse sind Unterschiede zu anderen Parteien zu beobachten. Bei Ausbildungsabschlüssen, die handwerkliche Berufe umfassen, liegt der Anteil unter AfD-Wählenden bei 46,4 Prozent, bei den anderen Parteien im Durchschnitt bei 25,4 Prozent. Weiterhin ist der Anteil der Berufsfachschulabschlüsse bei Wähler:innen anderer Parteien mehr als doppelt so hoch (31,7 Prozent gegenüber 14,2 Prozent bei AfD-Wählenden). Hingegen ist der Anteil der AfD-Wähler:innen mit Promotion mit 13,8 Prozent etwa halb so hoch wie bei anderen Parteien (27,2 Prozent; s. Tabelle 2).

Zudem ist zu beobachten, dass die AfD bei Männern sehr viel mehr Resonanz findet als

Tabelle 2:

Berufliche Qualifikationen von Wähler:innen der AfD und anderer Parteien in Prozent

Berufliche Qualifikation	AfD-Wähler:innen	andere Wähler:innen
beruflich-betriebliche Anlernzeit mit Abschlusszeugnis, aber keine Lehre	1,6	1,8
Teilfacharbeiterabschluss	2,2	0,9
abgeschlossene gewerbliche oder landwirtschaftliche Lehre	30,1	16,8
abgeschlossene kaufmännische Lehre	10,4	22,6
berufliches Praktikum, Volontariat	1,6	1,4
Berufsfachschulabschluss	31,7	14,2
Fachakademie-/Berufsakademieabschluss	1,5	3,5
Fachschulabschluss	8,2	8,7
Meister:in, Technikerabschluss	16,4	8,5
Fachhochschulabschluss	8,7	10,4
Hochschulabschluss: Bachelor	5,7	16,4
Hochschulabschluss: Master, Diplom, Magister, Staatsexamen	3,1	7,9
Promotion	13,8	27,2
anderen beruflichen Ausbildungsabschluss	0,8	3,7
noch in beruflicher Ausbildung	2,2	5,8
keine abgeschlossene Ausbildung	1,6	2,8
handwerkliche Abschlüsse (konservative Annahme*)	46,4	25,4

Quelle: Eigene Analyse nach GLES (2022).

*Bestimmung nur anhand der Berufsangaben mit expliziter Bezugnahme auf Handwerk.

Tabelle 3:

Mitgliedschaft von Wähler:innen der AfD und anderer Parteien in Vereinen, Verbänden, Organisationen in Prozent

Mitgliedschaft in ...	AfD-Wähler:innen	andere Wähler:innen
Gewerkschaft	19,2	15,8
Unternehmer-/Arbeitgeberverband	1,9	2,4
Berufsvereinigung/-verband	4,5	11,2
Bauern- bzw. Landwirtschaftsverband	2,5	1,9
religiöse/kirchliche Gruppe(n)	9,1	18,4
Sport-/Hobbyverein(e)	33,5	45,9
Umweltschutzgruppe(n)	0,6	7,8
globalisierungskritische(s) Organ(e), z. B. ATTAC	0,6	1,2
„Querdenker“-Bewegung	0,6	0,1
Partei	3,8	5,0
mittlere Anzahl Mitgliedschaften (absolut)	0,6	0,9
maximale Anzahl (absolut)	4	10
mindestens eine Mitgliedschaft (in Prozent)	44,5	57,3

Quelle: Eigene Analyse nach GLES (2022).

bei Frauen. Der Anteil an Männern unter den AfD-Wählenden beträgt seit 2017 mehr oder minder konstant knapp 63 Prozent. Das trifft in etwa auf beide Teile Deutschlands, Ost wie West, zu. Diese Geschlechterdominanz unter der Wählerschaft führt dazu, dass die AfD bei den Bundestagswahlen 2021 in Ostdeutschland unter männlichen Wählenden mit 25,2 Prozent die stärkste Kraft war – knapp vor

der SPD. Die AfD war und ist in wesentlichen Teilen eine Männerpartei (Overdieck 2014; Sauer/Penz 2023); und wenn auch nicht in absoluten Zahlen, so aber doch relativ, eine Partei des Ostens mit einem Stimmenanteil von 20,5 gegenüber 8,2 Prozent im Westen (alle Zahlen dieses Absatzes nach repräsentativer Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2021, Bundeswahlleiterin 2021).

Die Wählerschaft der AfD zeichnet sich also durch eine schwächere soziale Stellung als die anderer Parteien aus, was sich auch in der sozialen Teilhabe und sozialen Integration in die Zivilgesellschaft ausdrückt. Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen sind unter den Wähler:innen der AfD in fast allen Bereichen geringer ausgeprägt als bei den Wähler:innen anderer Parteien. Ausnahme sind die Mitgliedschaften in Gewerkschaften und bei ‚Querdenken‘ (s. Tabelle 3). Die mittlere Anzahl von Mitgliedschaften beträgt bei AfD-Wählenden 0,64, bei den anderen Parteien 0,91. Die maximale Zahl an Mitgliedschaften beläuft sich in der AfD-Wählerschaft auf 4, im übrigen Spektrum auf 10. Und der Anteil derjenigen, die mindestens eine Mitgliedschaft aufweisen, ist bei AfD-Wählenden mit 44,5 Prozent deutlich geringer als bei den anderen (57,3 Prozent).

3.2 Einstellungen von AfD-Wähler:innen im Vergleich

Nicht nur sozial gibt es Unterschiede zwischen dem Durchschnitt der Wähler:innen anderer Parteien und denen der AfD, sondern auch bezogen auf die politischen Einstellungen und Orientierungen. Was waren bisher die Motive, die zu einer Wahlentscheidung für die AfD geführt haben? Sind es, wie noch immer gelegentlich zu lesen ist, Protestwählende, die für die AfD stimmen oder sind substanzielle, also tief-erliegende Motive erkennbar? Nach den Ergebnissen von Wagner et al. (2015) ist die Antwort für die Wahlentscheidungen vor 2015 eindeutig:

Wahlwahrscheinlichkeiten für die AfD von etwa 90 Prozent werden durch substanzielle Gründe wie Orientierungen zur EU, zum Sozialstaat, zur Migration und die Zuschreibung von Lösungskompetenzen erreicht. Faktoren der Protestwahl oder Wahl als Legitimationskritik wie ‚Vertrauen in die Institutionen‘, ‚Wunsch nach direkter Demokratie‘, ‚Performanz der Regierenden‘ kommen in dieser Untersuchung nicht über eine Vorhersage der Wahlwahrscheinlichkeit in Höhe von 30 Prozent hinaus. Zentraler Faktor für die Wahlentscheidung zugunsten der AfD war also von Beginn an keineswegs die Protestwahl, wenngleich ein entsprechender Anteil immer auch enthalten war (s. auch Schwarzbözl/Fatke 2016). Nach der Bundestagswahl 2013 haben sich die Motive für die Wahl der AfD unter ihren Wähler:innen weiter akzentuiert, was sich mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 im Vergleich der Einstellungen und Orientierungen der AfD-Wählenden mit denen der restlichen Wählerschaft zeigen lässt.

Eine große Differenz zeigt sich beispielsweise hinsichtlich der unter AfD-Wählenden verbreiteten Einschätzung, dass die Institutionen nicht so funktionieren wie sie sollten. Auch schätzen sie ihre persönlichen Einflussmöglichkeiten im Vergleich geringer ein, ebenso wie die Wirkung von Wahlen und den Effekt der Zusammensetzung der Regierung auf die Politik: Mehr als ein Viertel der AfD-Wählenden geht davon aus, dass es keinen Unterschied macht, welche Partei man wählt oder wer regiert, im Rest der Wählerschaft sind es 9 bzw. 6 Prozent (s. Tabelle 4).

Tabelle 4:

Politische Einstellungen von AfD-Wähler:innen im Vergleich in Prozent

	% der AfD-Wähler:innen	% Wähler:innen anderer Parteien
<i>Es macht kaum einen/keinen Unterschied</i>		
■ wer regiert	27,6	9,0
■ was man wählt	26,7	6,4
<i>Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu</i>		
■ faire Repräsentation im Wahlkreis	41,4	9,1
■ Bundestagswahl korrekt und fair	24,1	3,9
■ Briefwahl sicheres Verfahren	31,7	4,8
<i>Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu:</i>		
■ allgemeine Impfpflicht	66,0	27,7
■ Einführung gesetzl. Frauenquote Aufsichtsräte	63,2	37,3
<i>Stimme eher/voll und ganz zu</i>		
■ Maßnahmen zur Gleichstellung gehen zu weit	31,0	9,3
■ Einwander:innen sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen	78,5	35,9
<i>Stimme eher/voll und ganz zu</i>		
■ Kompromiss ist Prinzipienverrat	54,8	20,8
■ Das Volk, nicht die Politiker:innen sollen entscheiden	69,8	28,7
■ Abgeordnete müssen den Willen des Volkes umsetzen	92,1	67,1
■ Politische Unterschiede zwischen Eliten und Volk sind größer als innerhalb des Volkes	78,1	48,3

Quelle: Eigene Analyse nach GLES (2022).

Auch herrscht eine relativ große Skepsis gegenüber den Wahlinstitutionen und -verfahren. Etwas mehr als 40 Prozent der AfD-Wählenden meinen, dass es keine faire Repräsentation im Wahlkreis gebe, ein Viertel geht davon aus, dass die Bundestagswahl 2021 eher nicht korrekt und fair verlief und knapp ein Drittel zweifelt an der Sicherheit der Briefwahl. Das Zutrauen der AfD-Wähler:innen in die repräsentativen Institutionen, Akteur:innen und Verfahren ist also sehr gering, während der restliche Durchschnitt hier jeweils unter 10 Prozent liegt. Aus der Perspektive der AfD-Wählenden auf die politischen Institutionen scheinen diese nicht geeignet, politische Repräsentation zu garantieren. Entsprechend zeigt sich bei mehr als der Hälfte von ihnen eine Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (s. Tabelle 5).

Mit Blick auf das Vertrauen in die Bundesregierung, den Bundestag, die Parteien und die gewählten Politiker:innen zeigt sich, dass dieses wie das Vertrauen in die gegebenen Institutionen und Verfahren bei den AfD-Wählenden gering ausgeprägt ist. Auch wenn sich insgesamt schwache Vertrauenswerte in der gesamten Wählerschaft beobachten lassen, liegen die Werte bei den Wähler:innen anderer Parteien doch deutlich über denen der AfD-Wählenden (s. Tabelle 4 und 5).

Nun scheint diese deutliche Kritik an Institutionen und politischen Akteur:innen doch nahe zu legen, dass es sich bei AfD-Wählenden um demokratiekritische Protestwähler:innen handelt. Das wäre jedoch eine zu schnelle Schlussfolgerung, denn es sind vor allem substantielle Ziel-

Tabelle 5:
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und Vertrauen in Akteur:innen und Institutionen politischer Repräsentation

	AfD-Wähler:innen	Wähler:innen anderer Parteien
Unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie	55,7%	9,0%
<i>Vertrauen</i>	<i>0 (geringstes)</i>	<i>10 (größtes)</i>
■ Bundesregierung	3,4	6,6
■ Bundestag	3,6	6,7
■ Parteien	3,3	5,5
■ Politiker:innen	3,1	5,3

Quelle: Eigene Darstellung nach GLES (2022).

setzungen, die zur Wahl der AfD motivieren. So lehnen etwa zwei Drittel der AfD-Wählenden eine allgemeine Impfpflicht ab, im Rest der Bevölkerung ist es nur etwas mehr als ein Viertel. Auch die Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten stößt ganz überwiegend auf Ablehnung. Entsprechend sieht es mit der Zustimmung zu der Aussage aus, dass ‚bisherige Maßnahmen zur Gleichstellung zu weit gehen würden‘. Knapp ein Drittel der AfD-Wählerschaft stimmt dem zu, bei den Wähler:innen anderer Parteien sind es lediglich 9 Prozent. Die Anpassung von Einwander:innen an die deutsche Kultur wird von mehr als drei Vierteln der AfD-Wählenden gefordert, in der restlichen Wählerschaft sind es etwas mehr als ein Drittel (s. Tabelle 4). Es gibt also ein deutlich antiliberales und anti-emanzipatorisches Einstellungs-Set bei den Wähler:innen der AfD.

Was wollen die AfD-Wählenden anders handhaben? Ihre Veränderungswünsche lassen sich neben anderen substanziellen Politikzielen an dem ablesen, was gemeinhin als Populismus bezeichnet wird. Dahinter verbirgt sich eine Vorstellung von Politik, die den gewählten Repräsentant:innen, den sogenannten ‚Eliten‘, extrem kritisch gegenübersteht und dem Volk die unmittelbare Macht zuspricht. Unter den AfD-Wählenden ist diese Einstellung sehr viel stärker ausgeprägt als bei denen der anderen Parteien. Entgegen der grundgesetzlichen Vorstellung von der Freiheit der Abgeordneten erwarten über 90 Prozent der AfD-Wähler:innen die unmittelbare Umsetzung des ‚Volkswillens‘ durch die Abgeordneten. Knapp 70 Prozent meinen, das Volk solle entscheiden, nicht die

Politiker:innen – dem stimmt von der übrigen Wählerschaft nur etwas mehr als ein Viertel zu. Kompromisse in der Politik werden mehrheitlich als Verrat angesehen. Auch wird der Unterschied zwischen der ‚normalen‘ Bevölkerung und den ‚Eliten‘ von 78,1 Prozent der AfD-Wählenden als größer angesehen als die Unterschiede innerhalb der Bevölkerung, eine Einschätzung, der im Vergleich nur knapp die Hälfte der Wähler:innen anderer Parteien zustimmt (s. Tabelle 4).

Diese Ergebnisse zeigen, dass AfD-Wählende im Vergleich deutlich andere Zielsetzungen und Vorstellungen zu politischen Entscheidungsprozessen präferieren. Die Stimme für die AfD ist somit nicht als eine demokratiekritische Protestwahl zu bewerten. Vielmehr folgt die Wahlentscheidung für die AfD substanziellen Überzeugungen zugunsten einer anderen Politik und auch einer anderen politischen Ordnung als die der repräsentativen Demokratie.

3.3 Fazit

Zu den Metamorphosen der AfD in den zehn Jahren ihres Bestehens gehört die Veränderung der soziodemographischen Zusammensetzung ihrer Wähler:innen. Schon zur Bundestagswahl 2017 hatte sie sich im Vergleich zu 2013 von einer eher durchschnittlichen, zum Teil etwas besser gestellten Wählerschaft, in Richtung einer sozial eher weniger gut gestellten verändert. Hinter dieser Veränderung lässt sich ein Deprivationserleben vermuten, das in der Wahl der AfD seinen Ausdruck findet. Dafür sprechen auch die deutlich größeren Erfolge der Par-

tei in den ostdeutschen Bundesländern. Alle 22 Wahlkreise, in denen die AfD unter 5 Prozent blieb, liegen zumeist in westdeutschen Großstädten. Gestützt wird die These, dass Gefühle der Nichtberücksichtigung und des Abgehängt-Seins eine entscheidende Rolle bei der Wahlentscheidung für die AfD spielen, auch durch die Tatsache, dass die Partei bei der Bundestagswahl 2021 in den Städten weit weniger punkten konnte als in den häufig peripheren ländlichen Wahlkreisen. In den städtischen Wahlkreisen lag ihr Zweitstimmenanteil

bei 8 Prozent, in den ländlichen hingegen bei 12 Prozent (Bundeswahlleiterin 2021).

Aber es ist nicht nur soziales, sondern auch politisches Deprivationserleben – oder anders ausgedrückt: die Wahrnehmung einer Repräsentationslücke. Das drückt sich in der großen Skepsis gegenüber Wahlen und Zweifel an deren Fairness ebenso aus, wie in dem Misstrauen gegenüber Organisationen und Institutionen politischer Repräsentation sowie einem ausgesprochen elitekritischen Populismus.

4 Rechtsextremismus, Verfassungsschutz, AfD

Bis zum Ende der Zeit von Jörg Meuthen als Vorsitzendem der Bundespartei (28.1.2021) hat die AfD einiges versucht, um den Zugriff des Verfassungsschutzes zu vermeiden. Immer wieder war das Verhältnis zum Verfassungsschutz und seine konkreten Aktivitäten Teil der innerparteilichen Kämpfe um Führung, Personen, inhaltliche Ausrichtung und Politikstil bis hin zur Frage der Vernetzungs- und Bündnispraxis. Nachdem es der Partei lange gelungen war, der Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen, ist sie seit 2021 als Verdachtsfall eingeordnet. Dies hängt nicht zuletzt auch mit dem Personalwechsel an der Spitze des Bundesverfassungsschutzes von Hans-Georg Maaßen zu Thomas Haldenwang zusammen. Im Folgenden diskutieren wir, inwiefern die AfD im Rahmen der Definition des Verfassungsschutzes als rechtsextremistisch einzustufen ist und wie sich das Verhältnis der Partei zur Behörde im Verlauf der letzten Jahre verändert hat.

4.1 Rechtsextremismusdefinition des Verfassungsschutzes

Der Begriff des ‚Rechtsextremismus‘ löste in den 1970er Jahren den Ausdruck ‚Rechttradikalismus‘ als geläufigen Terminus des Verfassungsschutzes ab (Salzborn 2020: 16; Virchow 2016: 14). Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) behandelt den Rechtsextremismus als eine Ideolo-

gie, die im Kern davon ausgeht, „dass die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Nation über den tatsächlichen Wert eines Menschen entscheide“ (BfV 2022c). Weitere Elemente rechtsextremer Ideologie sind nach dieser Arbeitsdefinition Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, wobei diese je nach Erscheinungsform in unterschiedlich ausgeprägtem Maße auftreten können (ebd.). Zudem bestehe bei den meisten Rechtsextremisten „ein autoritär geprägtes Staatsverständnis“, welches „mit einer Ablehnung der in Demokratien üblichen Gewaltenteilung“ (ebd.) einhergehe. Insgesamt, so das BfV, konterkariere „[d]ieses Werteverständnis [...] das Prinzip der freiheitlich demokratischen Grundordnung und steh[e] damit in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz“ (ebd.).

In den letzten Jahren ist die AfD vor allem als rechtspopulistische Partei eingeordnet und beschrieben worden. Doch wie ist das Verhältnis von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus einzuordnen? Es besteht eine unbestreitbare weltanschauliche Nähe zwischen beiden, insbesondere in der Ablehnung von Zuwanderung, der Betonung nationaler Identität und dem Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft (Virchow 2016: 19). Gleichwohl ist das Verhältnis des Rechtspopulismus zur Demokratie etwas anders gelagert. So steht beispielsweise im Zentrum der

Programmatik der AfD nicht der Wunsch nach einem autoritären Staat, sondern die Forderung nach direkter Demokratie (AfD 2021: 12–14; AfD 2017: 9f.). Kennzeichnend für diese Forderung sind eine Kritik der repräsentativen Demokratie und die Betonung von Volkssouveränität. Ob der Verzicht auf explizit rechtsextreme Forderungen, wie die nach einer Diktatur, vor allem strategisch begründet ist und in diesem Sinne einer kalkulierten Selbstverharmlosung gleichkommt, ist eine offene Frage. Bereits in den 1960er Jahren beobachtete Theodor W. Adorno in Bezug auf die neue Rechte: „Das offen Antidemokratische fällt weg. Im Gegenteil: Man beruft sich auf die wahre Demokratie und schildert die anderen als antidemokratisch“ (Adorno 2019 [1967]: 37). Damit beschrieb er eine zentrale Entwicklung innerhalb des deutschen Rechtsextremismus, der sich seit den 1960er Jahren neu ausrichtete. Von der Einsicht ausgehend, dass explizit rechtsextreme Forderungen kaum mehr Zustimmung finden, versuchen entscheidende rechte Akteur:innen seither auf solche zu verzichten, um strategische Geländegewinne zu erzielen (Semsrott/Jakubowski 2021: 26). Viele Elemente dieser Strategie finden sich im heutigen Rechtspopulismus im Allgemeinen und bei der AfD im Besonderen wieder. Auch die Forderung nach direkter Demokratie kann als Ergebnis dieses Prozesses verstanden werden. Bereits die Analyse der Motive und Einstellungen, die zu einer Wahl der Partei führen, hat gezeigt, dass die Partei mit dieser Strategie Wähler:innen zu mobilisieren vermag (s. Kapitel 3). Jedoch ist es wichtig festzuhalten, dass diese Forderung nur oberflächlich demokratisch ist: Das rechtspopulistische Rufen nach

einer Stärkung der Volkssouveränität und direkter Demokratie ist eng verknüpft mit der Idee eines homogenen und eindeutigen ‚Volkswillens‘. Auch dies wurde in der bisherigen Analyse bereits deutlich. In dieser Idee kommt dem demokratischen Streit und der Deliberation kein Platz für die Meinungs- und Willensbildung zu, vielmehr wird der Exekutive die Aufgabe zugesprochen, den vermeintlich einheitlichen ‚Volkswillen‘ autoritär durchzusetzen. Restlos aufzuklären ist das Verhältnis von Rechtspopulismus und Demokratie letztlich aber nicht, weshalb auch weniger von zwei sich gegenüberstehenden Positionen auszugehen ist, als vielmehr von einem Kontinuum, dessen Umschlagspunkte sich häufig erst ‚ex post‘ definieren lassen. Der Rechtspopulismus ist ein komplexes Phänomen. Das mag auch einer der Gründe sein, warum das BfV lange Zeit große Schwierigkeiten bei der Bewertung der AfD hatte.

4.2 Verhältnis des Verfassungsschutzes zur AfD

Die Einschätzungen des BfV zur AfD lassen sich anhand der jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte sowie durch Publikationen des BfV und öffentliche Äußerungen der zuständigen Akteur:innen nachvollziehen. Rückblickend können zwei Phasen des Verhältnisses zwischen BfV und AfD unterschieden werden: Die erste Phase, zwischen der Gründung 2013 und dem Einzug der AfD in den Bundestag 2017, lässt sich als weitgehende Ignoranz des BfV gegenüber rechtsextremen Tendenzen innerhalb der Partei beschreiben. Die zweite Phase, welche mit

dem Wechsel von Hans-Georg Maaßen zu Thomas Haldenwang als Präsident des BfV zeitlich zusammenfällt, zeichnet sich dagegen durch eine deutlich intensivierte Beobachtung der AfD durch das BfV aus.

4.2.1 Bewertung der AfD unter Hans-Georg Maaßen

Hans-Georg Maaßen war von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Wir blicken im Folgenden zunächst auf die jährlichen Berichte des Amtes in der Zeit unter Maaßen und befassen uns anschließend mit konkreten Aktivitäten des Präsidenten gegenüber der AfD.

Mit ‚Pegida‘ tauchte im Verfassungsschutzbericht 2015 erstmalig eine der AfD nahestehende Bewegung auf, der das BfV teilweise „fremden- und islamfeindliche Tendenzen“ (BfV 2015: 64) sowie „Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten“ (ebd.: 65) attestierte. Zudem stellte das BfV einen „populistische[n] ‚unten-gegen-oben‘ Diskurs“ (ebd.: 56) innerhalb der Anti-Asyl-Bewegung fest. Zum Verhältnis der AfD zu ‚Pegida‘ und ihrer Rolle innerhalb der ‚Pegida‘-Proteste finden sich in dem Bericht dagegen keinerlei Äußerungen.

Im Jahr 2016 attestierte der Verfassungsschutz den Anti-Asyl-Demonstrationen erneut „ideologische Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten“ sowie „fremden- und islamfeindliche Tendenzen“ (BfV 2016: 67), sah aber, wie im Jahr 2015, keine tatsächlich hinreichenden Anhaltspunkte für eine Verfassungsfeindlichkeit (BfV 2015: 64 f.; BfV 2016: 67). Eine Einordnung der Rolle der AfD innerhalb der Anti-Asyl-Proteste

lieferte der Verfassungsschutzbericht 2016 erneut nicht. Zwar konstatierte das BfV, dass die AfD teilweise mit rechtsextremen Parteien um dasselbe Wählerklientel konkurriere (BfV 2016: 39), lieferte aber an keiner anderen Stelle Ausführungen zum Rechtsextremismus innerhalb der AfD. Wenn die Partei im Verfassungsschutzbericht 2016 auftaucht, dann vor allem als Ziel linksextremistischer Aktionen (BfV 2016: 105; 122).

Auch im Bericht von 2017 finden sich zu den Verbindungen der AfD in die rechtsextremistische Szene keinerlei Ausführungen. Omnipräsent ist dagegen die Erwähnung der AfD als Angriffsziel linksextremistischer Aktivitäten (BfV 2017: 102 f.; 107; 122–125). Zudem finden sich in dem Bericht Formulierungen, die die AfD implizit vom Rechtsextremismus abgrenzen:

„Im Aktionsfeld des ‚Antifaschismus‘ lag der Schwerpunkt – *neben dem andauernden ‚Kampf‘ gegen Rechtsextremisten* – gerade vor dem Hintergrund der Bundestagswahl auf der Mobilisierung gegen die AfD“ (BfV 2017: 103; Hervorhebungen WS).

Diese Passage lässt sich nur so lesen, dass das BfV AfD-Mitglieder zu diesem Zeitpunkt nicht zum Kreis potentieller Rechtsextremist:innen zählte, gegen den sich linksextreme Aktionen richten. Aussagen darüber, wie die AfD einzuordnen sei, wenn nicht als rechtsextremistisch, finden sich im Bericht jedoch nicht. Auch im Verfassungsschutzbericht 2018 wird die AfD hauptsächlich als Opfer linksextremer Aktionen

behandelt. Darüber hinaus finden sich sogar Formulierungen, die das Etikett ‚rechtsextremistisch‘ als ‚linksextreme‘ Zuschreibung auffassen:

„Im Jahr 2018 standen neben Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien weiterhin die *von Linksextremisten pauschal als rechtsextremistisch deklarierte Alternative für Deutschland* [...] im Mittelpunkt linksextremistischer Agitationen“ (BfV 2018: 111f.; Hervorhebungen WS).

Im gesamten Zeitraum zwischen 2015 und 2018 benannte das BfV die AfD nicht einmal im Zusammenhang mit Rechtsextremismus. Erstaunlich – vielleicht erklärbar durch den Unvereinbarkeitsbeschluss der Partei mit ‚Pegida‘ – ist dies vor allem deshalb, weil das BfV im selben Zeitraum ‚Pegida‘, deren Verbindungen zur AfD offensichtlich waren, zumindest rechtsextremistische Anknüpfungspunkte attestierte. Zudem führt das BfV die ‚Identitäre Bewegung‘ (IB) seit 2017 als rechtsextremistischen Verdachtsfall (BfV 2017: 80 f.; BfV 2018: 82–85), erwähnt aber an keiner Stelle die ebenfalls offensichtlichen Verbindungen zwischen IB und AfD und zieht auch daraus keine Rückschlüsse auf rechtsextremistische Tendenzen innerhalb der Partei. Auch der 2015 gegründete ‚Flügel‘, dessen Initiatoren spätestens 2017 mit rechtsextremen Äußerungen (Höcke: „Denkmal der Schande“) auffielen oder, wie im Fall von Andreas Kalbitz, eine eindeutig rechtsextreme Vergangenheit haben, fand bis 2018 keine Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten.

Mittlerweile gibt es Hinweise darauf, dass Maaßen selbst darauf hingewirkt haben könnte, dass sich das BfV nicht systematisch mit den rechtsextremen Tendenzen in der AfD befasste. So erhob die ehemalige Vorsitzende der Jungen Alternative (JA) Sachsen, Franziska Schreiber, den Vorwurf, dass Maaßen sich gegenüber der AfD als Berater eingebracht habe. In mehreren Treffen mit AfD-Funktionär:innen – darunter Frauke Petry, Alexander Gauland und der Höcke-Vertraute Stephan Brandner – habe Maaßen unter anderem den Ratschlag erteilt, Björn Höcke aus der Partei auszuschließen, um eine Beobachtung durch das BfV zu vermeiden (Spiegel 2018b). Sowohl das BfV als auch Maaßen selbst bestreiten, dass es derartige Beratungen gegeben habe. Zwar habe es Treffen gegeben, doch Maaßen zufolge hätten diese ausschließlich sicherheitspolitischen Themen gegolten (Zeit Online 2018). Die tatsächlichen Inhalte der Gespräche sind bis heute nicht zweifelsfrei geklärt. Weitere Berichte erhoben zudem den Vorwurf, dass Maaßen durch seine Machtposition verhindert habe, dass das BfV gegenüber der AfD aktiv wurde. So habe Maaßen 2016 auf die Einlassungen des Chefs des Thüringer Landesverfassungsschutzes, dass Björn Höckes Äußerungen genügten, um die AfD zum Prüffall zu erklären, geantwortet, dass da nichts sei und nichts unternommen werden müsse (Müller-Neuhof 2019).

In dieses Bild reihten sich dann auch Maaßens Äußerungen zu Demonstrationen in Chemnitz im September 2018 ein. Videos von den Demonstrationen dokumentierten rassistische Parolen und Ausschreitungen gegenüber Migrant:innen

(Tagesschau 2018) und wurden medial recht bald als rassistisch motivierte Hetzjagden eingeordnet. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Videos äußerte sich Hans-Georg Maaßen gegenüber der *Bild*-Zeitung mit der Einschätzung, dass es sich dabei möglicherweise um „gezielte Falschinformation“ (zit. nach Spiegel 2018c) handele. Es lägen „keine Belege dafür vor, dass das im Internet kursierende Video zu diesem angeblichen Vorfall authentisch“ sei, weshalb „[d]ie Skepsis gegenüber den Medienberichten zu rechtsextremen Hetzjagden in Chemnitz“ (ebd.) von ihm geteilt werde. Diese und weitere Äußerungen Maaßens führten zu einer enormen medialen Aufmerksamkeit, die letztlich einen Stein ins Rollen brachte, an dessen Ende seine Entlassung als Präsident des BfV am 8. November 2018 stand. Ersetzt wurde Maaßen durch seinen vormaligen Stellvertreter Thomas Haldenwang, der am 15. November 2018 offiziell als neuer Präsident des BfV bestätigt wurde. Maaßens eigene Nähe zu rechtsextremen Positionen wurde nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Präsidenten des BfV auch öffentlich deutlich. Immer wieder meldet er sich mit Beiträgen zu Wort, die eindeutig verschwörungstheoretisch, rassistisch und antisemitisch sind.

4.2.2 Bewertung der AfD unter Thomas Haldenwang

Unter Thomas Haldenwang zeichnete sich schnell eine deutlich veränderte Haltung des BfV gegenüber der AfD ab. Gleich im ersten Verfassungsschutzbericht, der unter der Verantwortung von Haldenwang entstand, tauchten mit dem ‚Flügel‘ und der Jungen Alternative (JA) erstmals Teile der

AfD als rechtsextreme Verdachtsfälle auf (BfV 2019: 83–89). Der Verfassungsschutzbericht 2019 stellte fest, dass das Politikkonzept des ‚Flügels‘ auf die Rechtlosstellung und Verächtlichmachung von Migrant:innen, Muslim:innen und politisch Andersdenkenden ziele und ein ethnisch-homogenes Staatsverständnis sowie sekundären Antisemitismus beinhalte. Dies, so das BfV, stehe im Widerspruch zur Menschenwürde und dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip (ebd.: 84–86). Auch für die JA stellt das BfV fest, dass ihre „Positionen [...] tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ lieferten (ebd.: 88).

Ein halbes Jahr nach Erscheinen des Verfassungsschutzberichtes 2019 verkündete Thomas Haldenwang in einer Pressekonferenz, dass das BfV den ‚Flügel‘ als eine erwiesene extremistische Bestrebung einstufe (Tagesschau 2020). Außerdem, so Haldenwang, seien die Vorsitzenden der AfD-Landesverbände in Thüringen (Björn Höcke) und Brandenburg (zu diesem Zeitpunkt noch Andreas Kalbitz) Rechtsextremisten (Spiegel 2020). Diese Einschätzung schlug sich dann auch im Verfassungsschutzbericht 2020 nieder, in dem der (offiziell aufgelöste) ‚Flügel‘ als gesichert rechtsextremes Beobachtungsobjekt geführt wird (BfV 2020: 93). Weiterhin führt das BfV 2020 auch die JA als rechtsextremen Verdachtsfall (BfV 2020: 96). Dass sich in diesem Bericht erstmalig auch ein Kapitel zu den Netzwerken und Akteuren der ‚Neuen Rechten‘ findet, spricht Bände. Dort werden das Magazin *Compact*, das ‚Institut für Staatspolitik‘, der Verein ‚Ein Pro-

zent‘ und die ‚Identitäre Bewegung‘ als rechts-extreme Verdachtsfälle aufgeführt und deren personelle und ideologische Vernetzung mit der AfD beschrieben (BfV 2020: 74–85).

Seit dem 8. März 2022 wird die AfD vom BfV nunmehr als Verdachtsfall geführt, da es laut BfV ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen innerhalb der Partei gebe. Auf dieser Grundlage kann der Verfassungsschutz V-Leute aus der AfD anwerben und legal einsetzen. Zweitens können Beamt:innen, Polizist:innen und Soldat:innen dienstrechtliche Schwierigkeiten bekommen, wenn sie Mitglied der Partei sind. Drittens wird es für die Mitglieder und öffentlich bekannten Unterstützer:innen der AfD schwieriger werden, eine behördliche Waffenerlaubnis zu erhalten (Steinke 2022). Eine noch weitergehende Einordnung nahm der Verfassungsschutz Anfang Mai 2023 für die Junge Alternative vor. Seit diesem Zeitpunkt stuft das BfV sie sogar als gesichert rechtsextremistisch ein. Für den BfV-Präsidenten Thomas Haldenwang verfolgt die Junge Alternative „ein völkisches Gesellschaftskonzept, das auf biologistischen Grundannahmen beruht“; zudem gehe es ihr nicht um eine Auseinandersetzung in der Sache, sondern „um eine generelle Herabwürdigung des demokratischen Systems“ (zit. nach Müller 2023).

4.3 Wie die AfD den Verfassungsschutz sieht

In der AfD waren Rechtsextreme von Anfang an mit ‚an Bord‘, was von den Führungsakteur:innen

der ersten Stunde als Problem betrachtet, wenngleich unterschätzt wurde. Von Beginn an war auf Bundes- und Landesebenen umstritten, inwiefern eine klare Abgrenzung von Rechtsextremist:innen notwendig sei, um bei den Wähler:innen erfolgreich zu sein. Noch unter Parteimitbegründer Lucke gab es einen Aufnahmestopp für ehemalige Mitglieder rechtsextremer Gruppen, die in einer stetig erweiterten Unvereinbarkeitsliste mündete.

Jörg Meuthen wiederum initiierte in seiner Zeit als Parteivorsitzender mehrere Aktivitäten, die eine Beobachtung durch das BfV verhindern sollten. So gab die AfD noch vor dem Wechsel an der BfV-Führungsspitze von Maaßen zu Haldenwang im September 2018 bekannt, eine Arbeitsgruppe Verfassungsschutz einzurichten, die sich mit der strategischen Frage einer möglichen Beobachtung durch das BfV befassen sollte (AfD 2018). Als konkrete Ziele der Arbeitsgruppe benannte deren Leiter, Roland Hartwig, die Koordination von Klagen gegen das BfV sowie die parteiinterne Aufklärungsarbeit darüber, „wie sich künftig Aussagen von AfD-Politikern vermeiden lassen, die ungeschickt formuliert sind oder gegebenenfalls zweideutig aufzufassen sind“ (AfD 2019). Außerdem wolle man sich „mit den wenigen Fällen, in denen tatsächlich eine problematische Äußerung oder Verhaltensweise vorzuliegen scheint“ (ebd.) befassen. Hierfür sei geplant, Landesbeauftragte für Verfassungsschutz in den Landesvorständen zu ernennen. Ob diese Landesbeauftragten tatsächlich existieren oder existiert haben, lässt sich mit öffentlich zugänglichen Quellen nicht belegen. Doch trotz dieser

von Meuthen angestoßenen Initiativen wurde spätestens mit dem gescheiterten Ausschlussverfahren gegen Björn Höcke im gleichen Jahr mehr als deutlich, dass sich die Partei auch öffentlich immer weiter nach rechts außen öffnete.

Im Richtungsstreit zwischen Meuthen und Höcke ließ die ‚Alternative Mitte‘ in der AfD im Oktober 2018 noch einmal verlauten, Höcke sei „ein Größenwahnsinniger, der ein einzigartiges Zerstörungswerk in Deutschland verrichtet, indem er die AfD [...], für breitere Wählerschichten unwählbar macht. Parteien, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, verlieren Mitglieder, gewinnen keine Mehrheiten und verschwinden schließlich in der Bedeutungslosigkeit.“ Um sich vom Vorwurf des Extremismus zu befreien, müsse man deshalb „Björn Höcke endlich in hohem Bogen aus der Partei werfen und darauf hoffen, dass ihn die Mehrzahl völkischer Nationalisten freiwillig begleitet“ (Alternative Mitte 2018).

Der ‚Flügel‘ entgegnete wiederum in Person Höckes, dass die „Verfassungsschutzkeule [...] die vorgeblich ‚radikalen‘ Kräfte in der Partei schocken und die ‚gemäßigten‘ Kräfte locken“ (Höcke 2019) solle. An anderer Stelle ließ Höcke verlauten, dass die Beobachtung durch das BfV „eine unzulässige, freiheits- und demokratiefeindliche Instrumentalisierung einer staatlichen Behörde zwecks Niederhaltung einer parteipolitischen Opposition“ darstelle. Teile der AfD würden auf eine „‚Bereinigung‘ von ungeliebten, patriotischen Kräften“ zielen. Diese „‚Feindzeugen‘“ belasteten Parteikollegen „mit zumeist völlig unhaltbaren ‚Extremismus‘-Vorwürfen“, mit

dem Ziel, innerparteiliche Machtkämpfe zu instrumentalisieren. Damit aber würde dem „politischen Gegner und den VS-Behörden in die Hände“ gespielt werden (zit. nach Höcke 2019).

Diese innerparteiliche Konfliktdynamik um die Abgrenzung nach rechts außen spitzte sich in den Folgejahren mit der Ernennung zum Prüffall 2019 sowie der Corona-Pandemie und der drohenden Erklärung zum Verdachtsfall durch das BfV weiter zu. Auf dem Parteitag der AfD 2020 in Kalkar hielt Meuthen noch einmal eine Brandrede, in der er sich gegen die Zusammenarbeit mit sogenannten ‚Querdenkern‘ stellte. Denn diese würden „zum Teil auch offen systemfeindliche Positionen und Ansichten“ (zit. nach Klaus 2020) vertreten. Zudem appellierte er an seine Partei, von Begriffen wie ‚Corona-Diktatur‘ abzurücken (ebd.).

In seinen Versuchen, sich von rechtsextremen Akteur:innen abzugrenzen, orientierte sich Meuthen an einem, bereits 2018 von der AfD in Auftrag gegebenen, Rechtsgutachten. Das Gutachten des Freiburger Juraprofessors Dietrich Murswiek trägt den Titel „Rechtliche Voraussetzungen für die Beobachtung einer politischen Partei durch den Verfassungsschutz. Kurzgutachten und Handlungsempfehlungen für die AfD“. Murswiek empfahl darin, dass die AfD Beschimpfungen gegen Politiker:innen und Parteien, pauschale Negativurteile sowie extremistische Reizworte vermeiden solle (Murswiek 2018: 40 f.). Zudem riet Murswiek, „keine Kontakte und keine Zusammenarbeit mit Organisationen zu pflegen, die in den Verfassungsschutzberichten als extremistisch [...] bezeichnet [...] werden“ (ebd.: 43).

Offenbar fürchtete Meuthen, dass man durch das gemeinsame Auftreten mit Rechtsextremist:innen bei ‚Querdenken‘-Demos dem BfV zusätzliche Belege für die Verfassungsfeindlichkeit der AfD liefern könnte. Freilich lässt sich festhalten, dass Meuthens Abgrenzungsversuche weniger davon motiviert waren, die grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung seiner Partei zu ändern, als vielmehr davon, seine eigene Position in der Partei zu stärken und einer Beobachtung durch das BfV zu entgehen.

Mit der Auflösung der ‚Alternativen Mitte‘ 2019 und dem Austritt Jörg Meuthens 2021 kamen die von ihnen forcierten strategischen Bemühungen, sich zumindest verbal von rechtsextremen Akteur:innen abzugrenzen, gänzlich zum Erliegen. Inzwischen existieren innerhalb der AfD keine Gruppierungen mehr, die offen für einen Abgrenzungskurs gegenüber rechtsextremen Akteur:innen und Positionen werben. Dagegen hat sich die Position des ‚Flügels‘ und Höckes durchgesetzt: Nun positioniert man sich offensiv gegen den Verfassungsschutz. Dies zeigt ein Blick auf die letzten Wahlprogramme.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Konfliktdynamik ist es wenig überraschend, dass der Verfassungsschutz zum ersten Mal zur Bundestagswahl 2021 eine Rolle im AfD-Programm spielte. Dort hieß es:

„Der behördlich organisierte Verfassungsschutz muss schnellstmöglich auf den Prüfstand gestellt und so reformiert werden, dass er in Zukunft nicht mehr als parteipolitisches

Instrument gegen politische Gegner missbraucht werden kann“ (AfD 2021: 16).

Die AfD sieht das BfV demnach als ein politisch beeinflusstes Instrument, dass in erster Linie zur Unterdrückung politischer Opposition durch die Regierung eingesetzt werde. Noch deutlicher wird dies in den Ausführungen einiger AfD-Landesverbände. So steht beispielsweise im Landtagswahlprogramm 2021 der AfD Sachsen-Anhalt, dass der Auftrag des Verfassungsschutzes

„mehr und mehr als Vorwand genutzt [wird], um die Opposition, vor allem die patriotische Opposition, zu diskreditieren und zu schwächen. Bürgerliche Proteste und friedliche, demokratische Meinungsäußerung werden willkürlich als ‚extremistisch‘ gebrandmarkt, sobald sie mit den zunehmend linksradikalen Kerndogmen der Altparteien nicht mehr vereinbar sind“ (AfD Sachsen-Anhalt 2021: 16).

Die AfD Sachsen-Anhalt vertritt also die Auffassung, dass der Verfassungsschutz von den „Altparteien“ dazu missbraucht werde, jede „nicht-linksextremistische“ Opposition zu unterdrücken. Die AfD Thüringen bereitete dieses Narrativ bereits 2019 in ihrem Wahlprogramm mit der Aussage vor, dass der Verfassungsschutz „Unterstellungen und Bewertungen linksextremer Autoren“ (AfD Thüringen 2019: 18) übernehme. Außerdem, so die AfD Thüringen, fehle „weitgehend die Überwachung von gewalttätigen Extremisten aus dem regierungsnahen linken Lager“ (ebd.). Die Auffassung, dass der Verfassungsschutz von der Regierung dazu genutzt

werde, um jede ‚nicht-linke‘ Opposition zu unterdrücken, sich von linksextremen Überzeugungen leiten lasse und er Linksextremen nicht die gleiche Aufmerksamkeit zukommen lasse wie Rechtsextremen, wird von allen Ost-Verbänden der AfD geteilt.

Beim Blick auf die West-Verbände zeigt sich inzwischen ein ähnliches Bild. Zwar lässt sich erkennen, dass die Ost-Verbände in der Art der Formulierung deutlich radikaler auftreten, das grundsätzliche Narrativ wird aber auch in den Verlautbarungen der West-Verbände geteilt. So schreibt die AfD Saarland in ihrem Wahlprogramm 2022:

„Zur besseren Wahrung seiner Neutralitätspflicht muss der Landesverfassungsschutz aus dem saarländischen Innenministerium ausgegliedert und in eine eigenständige Behörde umgewandelt werden. Diese hat jede Form von extremistischer Betätigung entschieden zu bekämpfen“ (AfD Saarland 2022: 47).

Der Formulierungsstil ist hier zwar wesentlich nüchterner, aber in der narrativen Struktur gleicht die hier formulierte Kritik am Verfassungsschutz der Position der AfD-Ost-Verbände. So wird unterstellt, dass der Verfassungsschutz politisch gesteuert sei und unterschiedliche Formen des Extremismus nicht gleichbehandle. Am NRW-Landesverband zeigt sich wiederum, dass auch in den West-Verbänden der AfD vergleichbar zugespitzte Formulierungen, wie sie gemeinhin bei den Ost-Verbänden

vorzufinden sind, ebenfalls mehrheitsfähig zu sein scheinen. So werde, laut AfD NRW, der Verfassungsschutz

„zunehmend genutzt, um politische Opposition zu erschweren und so die Regierung zu stützen. [...] Gleichzeitig werden mannigfaltige und wechselseitige Bezüge der Grünen Jugend und der Jusos der SPD in den offenen Linksextremismus ignoriert“ (AfD NRW 2021: 11).

Wird diese Formulierung mit einer der oben ausgeführten Formulierungen der Ost-Verbände verglichen, lässt sich sicherlich immer noch eine etwas weniger extreme Wortwahl feststellen. Im Kern vertritt die AfD NRW aber eine Position zum Verfassungsschutz, welche von der der AfD-Ost-Verbände kaum zu unterscheiden ist.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle aber auch, dass einige West-Verbände der AfD über keine ausformulierte Position zum Verfassungsschutz verfügen. So finden sich beispielsweise bei der AfD Hessen und Bayern (bisher) keine Ausführungen zum Verfassungsschutz. Vermutlich hängt dies auch damit zusammen, dass die aktuellen Programme dieser Verbände entstanden sind, bevor das BfV die Beobachtung der AfD intensiviert und bevor Meuthen aus der Partei austrat. Dass diese Landesverbände in den kommenden Wahlprogrammen eine dezidiert andere Position gegenüber dem Verfassungsschutz einnehmen, scheint nach der vorangegangenen Analyse eher unwahrscheinlich.

Mehrheitlich wird somit inzwischen in der AfD die Haltung vertreten, dass der Verfassungsschutz ein parteipolitisch beeinflusstes Instrument der Regierung sei, mit dem jede nicht linke Opposition unterdrückt werden soll. Dabei lasse sich der Verfassungsschutz von linksextremen Dogmen leiten und ignoriere die Gefahr des Linksextremismus.

4.4 Fazit

Das Verhältnis von Verfassungsschutz und AfD hat sich seit 2018 entscheidend gewandelt – sowohl auf Seiten des BfV als auch seitens der AfD. Für das BfV ließ sich zeigen, dass es zwischen 2013 und 2018 eine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber rechtsextremen Tendenzen in der AfD an den Tag legte und damit seine auch präventive Rolle nicht wahrnahm. In keiner Weise zeigte sich die Behörde in diesem Zeitraum in der Lage, das dynamische und komplexe Phänomen AfD richtig einzuschätzen. Vielmehr wurde in den Berichten gar ein Extremismus gegen die AfD identifiziert – ein doch sehr eigenwilliges Extremismusverständnis. Ursächlich hierfür dürfte vor allem die Besetzung der BfV-Präsidentschaft mit Hans-Georg Maaßen gewesen sein, der heute mit permanenten Grenzüberschreitungen in das rechtsextreme Lager auffällt und in seiner Funktion als Präsident eine entscheidende Rolle beim Umgang des BfV mit der AfD gespielt hat. Anders lässt sich der Kurswechsel des BfV nach seinem Abtritt kaum erklären. Seit 2018 agiert das BfV sensibel gegenüber rechtsextremen Personen, Netzwerken und Tendenzen innerhalb der AfD.

Auf Seiten der AfD konnte gezeigt werden, dass im Zeitverlauf die Abgrenzungsbemühungen gegenüber rechtsextremen Positionen und Kräften schwächer geworden sind. Indem extremen Positionen innerhalb der AfD Tore und Türen geöffnet wurden, erfolgte eine auch programmatische Radikalisierung. Hatte man unter Lucke noch einen Kurs vertreten, um offen rechtsextreme Akteur:innen aus der Partei zu halten bzw. deren Positionen nicht unwidersprochen zu lassen, veränderte sich dies im Laufe der Jahre zunehmend. Spätestens mit dem Austritt Jörg Meuthens war die Praxis einer auch öffentlich nachvollziehbaren Politik der Abgrenzung nach rechts außen zum Erliegen gekommen. Nicht zuletzt das völlige Ausbleiben von Kritik und Distanzierung gegenüber der im Herbst 2022 aufgedeckten ‚Reichsbürger‘-Zelle, an der auch eine ehemalige AfD-Abgeordnete beteiligt war, verdeutlicht dies nachdrücklich. Die derzeitige Bundestagsfraktion der AfD besteht laut *Monitor*-Recherchen mittlerweile mehrheitlich aus ‚Flügel‘-nahen AfD-Mitgliedern (Monitor 2022). Ein entschiedenes Eintreten für einen verfassungskonformen Kurs der AfD ist derzeit nicht abzusehen. Stattdessen scheint sich die Partei einvernehmlich darauf geeinigt zu haben, Extremismuskritik als linksextremes Dogma abzutun und den Verfassungsschutz als regierungsgesteuertes Instrument der Repression zu bezeichnen.

Insofern lässt sich der Wandel des Verhältnisses zwischen AfD und BfV durchaus als paradox beschreiben: Die offensivere Gangart der Behörde gegenüber der Partei trug scheinbar eher mit

dazu bei, die Position der Rechtsextremen in der AfD zu stärken.

Offen ist, ob der Einsatz von geheimdienstlichen Mitteln, zu dem das BfV nunmehr rechtlich legitimiert ist, dazu beitragen kann, das ‚AfD-Verfassungsschutz-Paradox‘ aufzubrechen. Derzeit deutet alles darauf hin, dass der Verdacht, dass es sich bei der AfD im Gesamten um eine rechts-

extreme Bestrebung handelt, weiter bestätigt werden dürfte. Für die Zukunft stellt sich weniger die Frage ob, sondern eher wann das BfV dazu übergehen wird, die AfD als gesichert rechtsextreme Bestrebung einzustufen. Spätestens dann dürften auf die deutsche Demokratie bewegte Zeiten zukommen, liefe damit doch eine Partei, die derzeit rund fünf Millionen Menschen repräsentiert, Gefahr, verboten zu werden.

5 Die AfD und die Pandemie

Die AfD ist mit ihrer populistischen und rechts-extremen Ausrichtung eine Partei, die versucht, aus Krisen und Ängsten politisches Kapital zu schlagen. Das Paradebeispiel für eine erfolgreiche Instrumentalisierung von Angst und eine dadurch erreichte Mobilisierung ist die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ ab September 2015. Wie die Analyse in Kapitel 3 gezeigt hat, war die Polarisierungs- und Mobilisierungsstrategie mit flüchtlingsfeindlichen und entsprechenden verteilungspolitischen Aussagen eine Identitätsstiftung im Sinne ‚Wir‘ gegen ‚die Anderen‘ zu etablieren, insbesondere bei Wähler:innen mit niedrigem sozioökonomischen Status erfolgreich.

Die offensichtliche Fähigkeit, krisenhafte Prozesse und folgenreiche Großereignisse für die Mobilisierung von Gegnerschaft gegen die ‚Etablierten‘ auszunutzen, ließ vermuten, dass diese Strategie auch in anderen Fällen erfolgreich sein könnte. Das Spiel der AfD mit vorhandenen Vorbehalten in der Bevölkerung gegen die Regierenden und mit Ängsten vor Verlusten jeglicher Art, ob sozial, kulturell oder wirtschaftlich, ließ es wahrscheinlich erscheinen, dass die AfD auch aus der Corona-Pandemie Kapital für sich schlagen können würde. Es kam jedoch anders.

5.1 Nicht jede Krise stärkt die AfD

Mit der Corona-Pandemie schien eine neue Krisensituation zu entstehen, von der befürchtet wurde, sie könne der AfD in die Hände spielen. Es kam die Frage auf, ob die AfD aus dieser Konstellation offensiv Kapital schlagen könne, um auf der Straße, in Umfragen und Wahlen zu mobilisieren. Zunächst reagierte die Partei indifferent. Zu Pandemiebeginn stand die AfD den Positionen der Regierung relativ nahe. Das betraf auch ihr Auftreten im Zusammenhang mit dem Thema im Deutschen Bundestag. Wie Lewandowsky et al. (2023: 239) anhand einer Inhaltsanalyse der Reden von AfD-Abgeordneten zeigen konnten, warf die AfD im ersten Monat, in dem COVID-19 sich in Deutschland immer weiter verbreitete, der Regierung vor, zu wenig für den Schutz der Bevölkerung zu tun. So stellte Alice Weidel im März 2020 fest, dass die Regierung nichts unternahme, um die Risiken für die Bevölkerung zu minimieren (Weidel 2020). Insgesamt unterschieden sich ihre Positionen zu dem Thema jedoch kaum von denen der Regierung. In einem ersten Positionspapier vom 8. April 2020 unterstützte die Partei Maßnahmen wie Vorsorgeuntersuchungen, Entwicklung von Impfstoffen und soziale Distanzierung. Doch bald darauf folgte die Kritik an Shutdown-Maßnahmen sowie die Forderung,

die Grenzen zu schließen. Das zweite Positionspapier vom Mai verstärkte die Kritik am Shutdown von Wirtschaft, Freizeit und Tourismus und forderte stattdessen die sofortige Öffnung dieser Bereiche. Soziale Distanzierung und Masken sollten auf freiwilliger Basis weiter beibehalten werden. Schon in diesen beiden Papieren spiegelt sich die ambivalente und nicht widerspruchsfreie Positionierung der AfD-Bundestagsfraktion zur Corona-Politik wider.

Eine Widersprüchlichkeit, die auf eine Spaltung zum Thema innerhalb der Fraktion zurückzuführen war. Das darin liegende Konfliktpotential zeigte sich besonders deutlich, als am 7. April 2020 eine Gruppe von AfD-Abgeordneten eine Sondersitzung der Fraktion zum Umgang mit der Pandemie erzwang. Gegen den Willen der Vorsitzenden Alice Weidel und Alexander Gauland und trotz epidemiologisch kritischer Lage trafen sich 70 von 89 AfD-Abgeordneten im Reichstagsgebäude. Im niedergeschriebenen Fazit des Treffens wurde darauf verwiesen, dass eine Kombination aus Industriesterben, Versorgungskrise und Grundrechtseinschränkungen weit gefährlicher wäre als die Corona-Krise (Zeit Online 2020a).

Im Verlauf des Sommers 2020 positionierte sich die AfD zunehmend radikaler in der Frage der Corona-Politik. Alexander Gauland sprach ganz im Sinne vieler regionaler Gliederungen der Partei von einer „Corona-Diktatur auf Widerruf“ (Zeit Online 2020b). Der freigestellte Polizist und Abgeordnete Karsten Hilse forderte gleich

nach Beginn der Pandemie in einem offenen Brief, den er als „Karsten Hilse, Mitglied des Deutschen Bundestages“ unterzeichnete, die Polizist:innen in Deutschland dazu auf, nicht gegen Demonstrant:innen auf Anti-Lockdown- und Anti-Maßnahmen-Protesten vorzugehen. Vielmehr sollten sie gegenüber den eigenen Vorgesetzten Bedenken anmelden (Leister 2021). Doch die Corona-Positionierungen blieben widersprüchlich, sodass eine Spaltung zwischen den Lagern recht nahe rückte. Gegen Positionen wie die Gaulands oder Hilses wendete sich zum Beispiel der Vorsitzende Meuthen: Von einem „Ermächtigungsgesetz“ zu reden sei genauso falsch wie von einer „Corona-Diktatur“. Zugleich kritisierte er, dass große Teile der Partei eine zu große Nähe zur ‚Querdenken‘-Bewegung hätten (Tagesspiegel 2020a). Meuthen wandte sich damit gegen Bezirksverbände, die in diesem Schulterschluss große Wählerpotentiale vermuteten und entsprechend für die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen mobilisierten.

Dass die Corona-Proteste ein großes Mobilisierungspotential hatten, konnten Grande et al. in einer groß angelegten Studie zeigen (2021). Dass diese Mobilisierungskraft nicht auf rechtsextreme Kräfte beschränkt blieb, zeigten die drei Wellen von Protestereignissen im Mai, August und November 2020, von denen ein kleinerer Teil durch Gruppierungen wie ‚Querdenken‘ organisiert wurde, der größere Teil jedoch nicht einfach zuzuordnen war. Anders sah es bei den Teilnehmer:innen aus. Es dominierten insbesondere ‚Querdenker‘, wobei die soziale Zusam-

mensetzung der Proteste heterogen war. Männer waren in der Mehrheit, vor allem die unter 60-jährigen und eher gering gebildeten (Grande et al. 2021). Im Jahresverlauf 2020 spielte zunehmend Ostdeutschland als soziale Basis der Corona-Proteste eine Rolle. Bei denjenigen, die die Proteste unterstützten, finden sich zu einem Viertel AfD-Wähler:innen und zu etwa einem Drittel solche, die sich nicht repräsentiert fühlen (ebd.). Dabei wurden die Anteile derjenigen, die sich politisch weit rechts positionierten, im Laufe des Jahres 2020 immer größer und erreichten im November einen Anteil von etwa 45 Prozent. Dass die AfD da auch für sich eine Chance sehen musste, war wohl von Anfang an deutlich.

So stellten vor Beginn des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2021 Alice Weidel und Tino Chrupalla als AfD-Spitzenkandidaten die entsprechenden Schwerpunkte der Wahlkampagne vor. Dabei wurde das Zugehen auf Corona-Impfgegner:innen besonders hervorgehoben. Weidel warnte vor einer „Zweiklassengesellschaft“ und dem „Lockdown für Ungeimpfte“. Die Mobilisierung über das Thema Corona wurde zentraler Bestandteil der Wahlkampfstrategie der AfD.

Zudem zeigte sich, dass die Heterogenität der Corona-Proteste ein Möglichkeitsfenster für die Partei darstellte, die eigene Reichweite zu erhöhen. So waren etwa unter den Protestteilnehmenden, die sich regelmäßig in der sächsischen Stadt Pirna versammelten, nicht nur viele AfD-Anhänger:innen und -Mitglieder, sondern auch Neonazis, Verschwörungstheoretiker:in-

nen und Corona-Leugner:innen (Tagesspiegel 2020b). Allerdings wurde auch deutlich, dass es der Partei nur sehr begrenzt gelang, diese Proteste aktiv zu steuern. Auch das abschließende Ergebnis bei der Bundestagswahl 2021 zeigte: Letztlich konnte die AfD nur geringe Krisenmobilisierungs-Erfolge verbuchen.

5.2 Corona und die Bundestagswahl 2021

Vor der unten im Zwischenfazit folgenden Auswertung des AfD-Wahlergebnisses im Hinblick auf die Mobilisierung neuer Wähler:innen, ist es zunächst sinnvoll darzulegen, wie sich die AfD-Wählerschaft in Orientierungen und Einstellungen zur Corona-Politik von der der anderen Parteien unterschied. Das fängt bei der Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung zur Bekämpfung der Pandemie an, zeigt sich bei der Akzeptanz einer Impfpflicht und auch bei der Unterstützung von Corona leugnenden Gruppierungen.

Die Zufriedenheit der nicht die AfD wählenden Bürger:innen mit der Corona-Politik der Bundesregierung fiel zwar insgesamt auch nicht besonders hoch aus, gleichwohl zeigen sich deutliche Unterschiede zu den Wähler:innen der AfD. In der Nachwahlumfrage der deutschen Wahlstudie zur Bundestagswahl 2021 ordnete die Mehrheit der Wähler:innen anderer Parteien die vorgenommenen Maßnahmen als eher zufriedenstellend ein, lediglich 13 Prozent von ihnen gaben an, völlig oder stark unzufrieden zu sein. Anders hingegen das Bild unter den Wäh-

ler:innen der AfD: Hier gaben 54 Prozent an, völlig oder stark unzufrieden mit dem Agieren der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Pandemie zu sein (GLES 2022). Der Forderung nach einer allgemeinen Impfpflicht stimmten die Wähler:innen der AfD nur zu einem Viertel zu, die der anderen Parteien zu 54 Prozent. Entsprechend der Skepsis hinsichtlich der Pandemiepolitik und möglicher Maßnahmen fiel auch die Unterstützung für Corona leugnende Gruppen wie ‚Querdenken-711 Stuttgart‘ aus. 46 Prozent der AfD-Wählenden unterstützten diese Gruppen etwas oder sogar sehr, bei den anderen Wähler:innen waren es lediglich 5 Prozent (s. Tabelle 6). Diese Unterschiede zwischen AfD-Wählenden und denen anderer Parteien waren gleich groß. Es zeigt sich, dass die AfD ihre Wahlkampfstrategie mit Blick auf ihr

Kernklientel ausrichtete und die Inszenierung als Fundamentalopposition gegenüber dem Kurs der Bundesregierung und der Landesregierungen dazu diente, das in der AfD-Wählerschaft weit verbreitete Unbehagen gegenüber den Corona-Maßnahmen zu bedienen.

5.3 AfD-Wahlentscheidung und Corona-Geschehen

Die hohe Corona-Skepsis, die sich in diesen Orientierungen ausdrückt, kann zudem zu der These führen, dass sich regional Zusammenhänge zwischen einem hohen Infektionsgeschehen und einem hohen Anteil an Wähler:innen der AfD zeigen lassen. Bewirkte ein hoher Anteil an AfD-Wählenden in einem Wahlkreis auch eine hohe Inzidenzzahl? Oder war die Kausalrichtung

Tabelle 6:

Corona-bezogene Orientierungen von AfD-Wähler:innen im Vergleich zu allen anderen Wähler:innen

	AfD-Wähler:innen	andere Wähler:innen
Völlig oder stark unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung bei der Pandemiebekämpfung	54 %	13 %
Stimme voll und ganz oder eher zu, dass es in Zeiten einer Pandemie wie Corona eine allgemeine Impfpflicht geben sollte	25 %	54 %
Unterstütze sehr oder etwas Gegner:innen der Corona-Maßnahmen, wie z. B. ‚Querdenken-711 Stuttgart‘	46 %	5 %

Quelle: Eigene Analyse nach GLES (2022).

andersherum: Führt ein intensives Krisenerlebnis aufgrund hoher Inzidenzzahlen zu einer AfD-Wahl?

Nachdem Sachsen im Herbst 2020 zu einem der Corona-Hotspots geworden war, stellten sich auch die Medien diese Frage. Wissenschaftlich ging als einer der ersten Karl-Heinz Reuband (2021) dieser These nach. Hohe Wähler:innenanteile der AfD in Bautzen und entsprechende sonntagmorgendliche Demonstrationen auf der Bundesstraße 96 oder auf dem Kornmarkt der Stadt legten einen Zusammenhang nahe. Seine Analysen der regionalen Wahlergebnisse der AfD bei der Europawahl 2019 zeigen, dass die Corona-Inzidenz in den Regionen Sachsens 2020 höher war, in denen auch die Anteile derer, die 2019 die AfD gewählt hatten, höher waren. Reuband vermerkte in seiner Analyse auch, dass Sachsen hinsichtlich des beschriebenen Zusammenhangs zwischen Verbreitung der AfD-Wahl und Corona-Ausbreitung keinen Sonderfall darstellte, sondern der Zusammenhang zwischen regionalen AfD-Wahl-Präferenzen und Inzidenzen generell festzustellen sei.

Und tatsächlich kann dies für die Bundestagswahl 2021 mithilfe sogenannter ökologischer Analysen gezeigt werden. Die Wahlökologie untersucht den Zusammenhang zwischen Eigenschaften kleinräumlicher Einheiten wie den Wahlkreisen, Gemeinden oder Stimmbezirken und den regionalen Stimmenanteilen. Corona-Infektions- und -Todeszahlen liegen für Wahlkreise nicht vor. Daher wurden entsprechende

Zahlen für die Regierungsbezirke für die für dieses Arbeitspapier vorgenommenen Analysen auf die Wahlkreise umgerechnet. Dies führt zu einer Reduktion der Zahl der zu analysierenden Einheiten von 299 Wahlkreisen auf 282, da in Bremen 2, in Hamburg 5 und in Berlin 11 Wahlkreise zusammengefasst werden mussten.

Die vorgenommene Mehrvariablenanalyse mithilfe des Regressionsansatzes zeigt zum einen den bereits bekannten starken Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit der Wahlkreise zu Ost- und Westdeutschland und den Zweitstimmenanteilen der AfD. Weiterhin lässt sich ein leicht negativer Zusammenhang mit der Bevölkerungsdichte beobachten: Je höher diese ist, desto geringer der AfD-Zweitstimmenanteil.

Ein positiver Zusammenhang zeigt sich zwischen AfD-Zweitstimmenanteil und der kumulierten Zahl der Infektionen in einem Wahlkreis: Je höher die Infektionszahlen, desto höher der AfD-Zweitstimmenanteil. Dies lässt sich insbesondere im Zusammenspiel zwischen Zweitstimmenanteil der AfD und der Zugehörigkeit der Landkreise zu Ostdeutschland nachweisen (s. Abbildung 1). Dieser Erklärungsansatz ist mit knapp 20 Prozent erklärter Varianz des berechneten Modells zwar nicht sehr stark, aber die Tendenz ist deutlich. Wichtig ist, dass weitere Faktoren wie ‚Arbeitslosigkeit‘, ‚Bildung im Wahlkreis‘, ‚Unterstützungsempfänger‘ und andere Charakteristika nicht weiter zur Erklärung der Infektionszahlen beitragen und daher unberücksichtigt bleiben konnten. Bezogen auf

die kumulierten Corona-bedingten Todeszahlen weist das Modell in die gleiche Richtung (hoher AfD-Anteil und höhere Todeszahlen), aber die Erklärungskraft ist mit 41 Prozent erklärter Varianz deutlich stärker (s. Abbildung 1). In einer solchen Perspektive sind Infektions- und Todeszahlen eine Folge von z. B. Impfabstinz, die auf Einstellungsmerkmale zurückzuführen sind, wie sie sich bei den AfD-Wählenden finden.

Diese Ergebnisse deuten also auf folgende Kausalrichtung hin: Je höher der Stimmenanteil für die AfD, desto höher die Inzidenzzahl in einem Wahlkreis. Aber die Kausalrichtung könnte auch umgedreht sein: Nicht das Verhalten von AfD-Wählenden bedingt höhere Inzidenz oder Todeszahlen, sondern stärkeres Corona-Krisenerleben erhöht die Affinität zu einer AfD-Wahl.

Wird die AfD-Wahl als Ergebnis der Stärke der Corona-Infektionen und -Toten in einem Landkreis betrachtet, ergibt sich für Ostdeutschland ein sehr starker, im Westen ein deutlich geringerer Effekt mit einem Anteil erklärter Varianz durch Infektions- bzw. Todeszahlen und Region von jeweils 80 Prozent. Aus dieser Perspektive wird also die Wahrnehmung der Corona-Problemlage zur Determinante der AfD-Wahl. Diese Kausalrichtung lässt sich stark für Ostdeutschland, aber nur kaum für Westdeutschland zeigen.

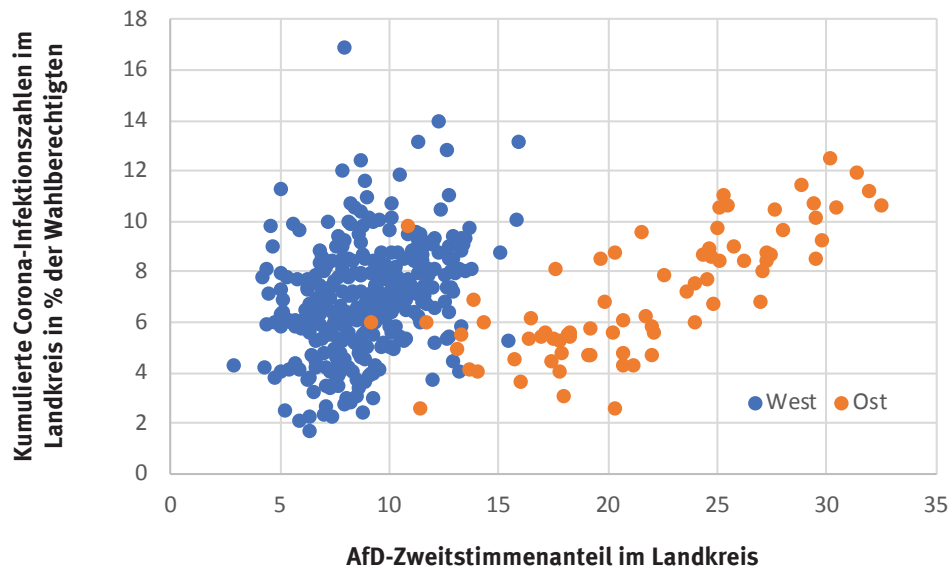
Beide Modelle zeigen somit einen deutlichen Zusammenhang zwischen Corona-Geschehen

und AfD-Wahl. Aber obwohl der Anteil der erklärten Varianz mit den Infektions- und Todeszahlen als ‚erklärender‘ Variable für die AfD-Wahl doppelt so hoch ist, wie im Modell mit der AfD-Wahl als ‚erklärender‘ Variable für hohe Infektions- und Todeszahlen, kann über die Kausalität mit beiden Erklärungsansätzen nichts Definitives ausgesagt werden. Ob das ignorierende Verhalten der Anhänger:innen der AfD die Corona-Zahlen nach oben getrieben hat oder der Corona-Kontext jeweils auch einfach günstig für eine Politisierung und Mobilisierung zugunsten der AfD war, kann also nicht abschließend geklärt werden. Allerdings weisen die von ‚Forsa‘ vorgelegten Ergebnisse einer Befragung zur Bundestagswahl 2021 in eine Richtung, die den Ergebnissen der ersten hier untersuchten Kausalrichtung entspricht (AfD-Wahl als ‚erklärende‘ Variable). Danach haben etwa zwei Drittel aller ungeimpften Wähler:innen bei der Bundestagswahl für Parteien aus dem rechten Spektrum gestimmt, 50 Prozent der Ungeimpften haben die AfD gewählt (Spiegel 2021).

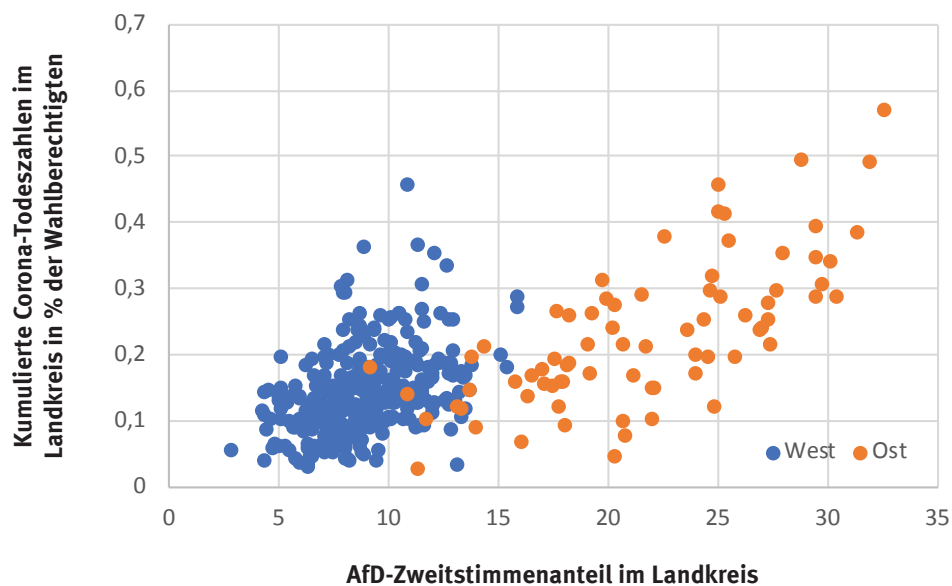
Obwohl diese Kausalrichtung wie dargelegt nicht abschließend bestimmt werden kann, ist vor allem zentral, dass der bereits von Reuband nachgewiesene Zusammenhang zwischen AfD-Wahl und Corona-Geschehen auch für die Bundestagswahl 2021 gezeigt werden kann. Insofern ist festzuhalten, dass die Rechnung der AfD-Spitzenkandidaten Weidel/Chrupalla mit Blick auf Einstellungen und Orientierungen bei den AfD-Wähler:innen zumindest teilweise aufgegangen ist.

Abbildung 1:
Zusammenhang zwischen AfD-Zweitstimmenanteilen und Corona-Geschehen

AfD-Zweitstimme und Infektionszahlen kumuliert – Modellschätzung



AfD-Zweitstimme und Todeszahlen kumuliert – Modellschätzung



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der Bundeswahlleiterin und Infektionsdaten des Robert Koch-Instituts.

5.4 Fazit

Die wankende Positionierung der AfD-Führung von einer kritischen Befürwortung der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung in der Anfangsphase hin zu einer bald darauffolgenden vehementen Opposition gegen die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit sowie die zuweilen deutlichen Spannungen zwischen der Bundesebene und vielen lokalen Parteigliederungen haben Konsequenzen für die Wahlergebnisse der AfD in den Corona-Jahren gehabt.

So konnte die AfD letztlich nur geringe Krisenmobilisierungs-Erfolge verbuchen. Der Stimmenanteil der AfD bei den letzten Wahlen resultierte im Wesentlichen aus einer Re-Mobilisierung. Dies zeigt sich zum einen in Umfrageergebnissen: Nach einem Abstieg von durchschnittlich 14 Prozent potentiellen Zweitstimmenanteilen (zwischen September 2017 und Januar 2020) auf im Durchschnitt etwa 10 Prozent (in der Zeit von Februar 2020 bis Juli 2022) konnte dieser (in der Zeit ab August 2022 bis April 2023) zurück auf einen Durchschnitt von 14 Prozent gehoben werden (Forschungsgruppe Wahlen 2023).

Ähnliches gilt auch beim Blick auf die Wahlergebnisse. Werden alle 34 Wahlen auf Landes- und Bundesebene zwischen 2013 und Ende 2022 betrachtet, ergibt sich das folgende Bild: Bei aufeinanderfolgenden Wahlen in den Ländern und im Bund, die vor dem Februar 2020 liegen, hatte die AfD immer Zuwächse zu verzeichnen. Ihre Ergebnisse lagen in dieser

Periode im Durchschnitt um 9,9 Prozentpunkte höher als bei der jeweils vorangegangenen Wahl im Land oder Bund. Das betrifft die Veränderung zwischen Wahlen im Bund und in 5 Bundesländern, von denen 2 in Ostdeutschland (Brandenburg und Sachsen) liegen. Es gibt bei dem Vergleich der insgesamt 12 Wahlen in diesem Zeitraum in keinem Fall eine negative Veränderung.

Anders sieht es beim Vergleich von Wahlen aus, die vor und nach dem 1. Februar 2020 lagen. 11 Wahlen lagen davor, 11 danach. Im Durchschnitt haben sich die AfD-Anteile nach diesem Datum um 2,6 Prozentpunkte verringert. Dazu gehören auch Wahlen in 2 ostdeutschen Bundesländern, nämlich Sachsen-Anhalt (2021; -3,5 Prozentpunkte) und Mecklenburg-Vorpommern (2021; -4,1 Prozentpunkte). Mit Ausnahme der Wahlen in Niedersachsen (2022; +4,7 Prozentpunkte) sind bei den verbleibenden 10 Wahlvergleichen alle negativ (siehe Tabelle 7). Auch wenn nicht von klaren Kausalitäten gesprochen werden kann, eines ist jedenfalls deutlich: Die Corona-Pandemie konnte von der AfD nicht erfolgreich für eine Mobilisierung neuer Wähler:innen zu ihren Gunsten genutzt werden. Auch bei den Landtagswahlen 2023 kann nur für Berlin ein leichter Zuwachs an AfD-Stimmen verzeichnet werden, die Umfrageergebnisse zu den in diesem Jahr anstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen verweisen nicht auf Verbesserungen gegenüber den vorherigen Wahlergebnissen hin. Und in Bremen hat die AfD es verfehlt, einen gültigen Listenvorschlag einzureichen.

Tabelle 7:
Wahlergebnisse der AfD in den Ländern und im Bund 2013–2023

Wahl	Bundesland	Monat	Jahr	Prozent
LTW	Hessen	9	2013	4,1
BTW	Bundestagswahl	9	2013	4,7
LTW	Sachsen	8	2014	9,7
LTW	Brandenburg	9	2014	12,2
LTW	Thüringen	9	2014	10,6
LTW	Hamburg	2	2015	6,1
LTW	Bremen	5	2015	5,5
LTW	Baden-Württemberg	3	2016	15,1
LTW	Rheinland-Pfalz	3	2016	12,6
LTW	Sachsen-Anhalt	3	2016	24,3
LTW	Berlin	9	2016	14,2
LTW	Mecklenburg-Vorpommern	9	2016	20,8
LTW	Saarland	3	2017	6,2
LTW	Nordrhein-Westfalen	5	2017	7,4
LTW	Schleswig-Holstein	5	2017	5,9
BTW	Bundestagswahl	9	2017	12,6
LTW	Niedersachsen	10	2017	6,2
LTW	Hessen	10	2018	13,1
LTW	Bayern	10	2018	10,2
LTW	Brandenburg	9	2019	23,5
LTW	Bremen	5	2019	6,1
LTW	Sachsen	9	2019	27,5
LTW	Thüringen	10	2019	23,4
LTW*	Hamburg	2	2020	5,3
LTW	Rheinland-Pfalz	3	2021	8,3
LTW	Baden-Württemberg	3	2021	9,7
LTW	Sachsen-Anhalt	6	2021	20,8
LTW	Berlin	9	2021	8
LTW	Mecklenburg-Vorpommern	9	2021	16,7

BTW	Bundestagswahl	9	2021	10,3
LTW	Saarland	3	2022	5,7
LTW	Nordrhein-Westfalen	5	2022	5,4
LTW	Schleswig-Holstein	5	2022	4,4
LTW	Niedersachsen	10	2022	10,9
LTW	Berlin	4	2023	9,1
Gesamtdurchschnitt				11,3
Differenz Wahlergebnisse vor 2/2020 (6 Vergleiche)				9,9
Differenz Wahlergebnis vor 2/2020 und ab 2/2020 (12 Vergleiche)				-2,6
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der offiziellen Internet-Seiten der Landes- und Bundeswahlleiter:innen zu den Wahlergebnissen. *Die rot unterlegte Zeile markiert den Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020.				

Vielleicht muss man angesichts nicht zunehmender Mobilisierung von Wähler:innen für die AfD trotz Krise sagen: ‚Thema verfehlt‘. Zwar haben die oben dargelegten Zustimmungswerte gezeigt, dass die AfD-Wählerschaft die Corona-Politik in hohem Maß ablehnte. Gleichwohl hat eine Umfrage von *ARD* und ‚Infratest dimap‘ vom 26. September 2021 ergeben, dass für die AfD-Wählenden nach wie vor ‚Zuwanderung‘ (40 Prozent) das zentrale Thema war. Erst mit einigem Abstand folgen die Themen ‚Umgang mit Corona‘ (18) und ‚soziale Sicherheit‘ (17) (Tagesschau 2021).

So kann festgehalten werden, dass die Corona-Pandemie für die AfD durchaus eine Zäsur darstellte. Von beständigen Zuwächsen seit 2013

hin zu deutlichen Verlusten und einer mäßigen Re-Mobilisierung auf vorherige Niveaus – das zeigt, dass nicht jede Krise ohne weiteres für rechtspopulistische Mobilisierung genutzt werden kann. Zugleich wird aber auch deutlich, dass die Basis und die regionalen Gliederungen der AfD es in dieser Zeit schafften, eine Radikalisierung auch auf Bundesebene durchzusetzen: Positionierte sich die Bundesführung zunächst eher moderat, wurde schnell auf einen radikaleren Kurs umgeschwenkt. In diesem Sinne kann wohl festgehalten werden: „Die Vor-Corona-AfD existiert nicht mehr“ (Schroeder 2020). Dies gilt insofern, als die Führung lernen musste, mit Misserfolgen umzugehen und sich infolgedessen dem Basisdruck anpasste.

6 Die AfD und Russland

Die AfD verfolgt seit ihrer Gründung eine dezidiert russlandfreundliche Linie, die sich im Laufe der Zeit immer stärker akzentuierte und sich inzwischen fast zu einem Markenkern entwickelt hat. Diese Linie ist im Osten stärker als im Westen verankert. Getragen wird diese positive Orientierung an Russland von einem zum Teil offensiven Antiamerikanismus, woran auch die Sympathie in der AfD für Donald Trump nichts grundsätzlich änderte. Entscheidende Strategen der AfD, wie der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland, gehen davon aus, dass eine enge Bindung an Russland einer historisch gewachsenen geopolitischen Interessenlage Deutschlands entspreche. Folglich tritt die Partei für eine andere internationale Bündnispolitik ein. In diesem Sinne wird auch immer wieder das Ziel kommuniziert, dass die Orientierung an den USA gebrochen werden müsse, damit Deutschland selbst souverän werden könne. Dieser pointierte Antiamerikanismus beinhaltet eine starke Relativierung liberaler Werte, des Pluralismus und der Meinungs- und Pressefreiheit. Entsprechend attestiert die AfD dem russischen Gesellschaftsmodell unter Putin – vor allem bezüglich traditioneller Leitbilder eines vormodernen Frauen-, Familien- und Sexualbildes ohne liberale Gender- und Gleichstellungspolitiken – eine Vorbildfunktion.

Seit seiner 1999 erfolgten Machtübernahme hat Vladimir Putin sukzessive eine antiwestliche und

neoimperiale Politik durchgesetzt. Zu dieser Politik gehört auch, dass die russische Regierung rechte Aktivitäten in Westeuropa finanziert, um die dortigen demokratischen Parteien sowie Institutionen zu schwächen und Russlands Einfluss in den westlichen Gesellschaften zu erhöhen. Diese Interventionen besaßen bislang – soweit bekannt geworden ist – keinen flächendeckenden Charakter; vielmehr waren sie auf spezielle Aktionen, Einflusskanäle (bspw. *RT*, zuvor *Russia Today*) und einzelne Protagonist:innen konzentriert. In diesem Sinne verweist ein 2019 öffentlich gewordenes russisches Strategiepapier aus dem April 2017 auf die Förderung von Organisationen, Kundgebungen, Medienkampagnen und die Vernetzung rechter Parteien in Europa, um die Legitimierung russischer Interessen in der EU zu fördern (Fiedler/von Salzen 2019).

In vielfacher Weise überschneiden sich die politischen Ziele der russischen Führung und der AfD. Wie Erstere zielt auch die AfD auf eine Destabilisierung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab und verfolgt dezidiert das Ziel der Einrichtung einer illiberalen Gesellschaft. Insofern ist die AfD für das russische Ziel einer Destabilisierung der bundesrepublikanischen Regierungspolitik quasi ein natürlicher Bündnispartner. Gleichzeitig sind von AfD-Mitgliedern initiierte Aktivitäten, die von russischer Seite finanziert werden, nicht allein von daher relevant.

Das wäre eine zu einfache Sicht der Dinge. Denn Mitglieder der AfD bemühen sich auch immer wieder aus politischem Eigeninteresse aktiv um eine politische und finanzielle Förderung durch russische Quellen. Doch wie bei anderen Themen ist auch die Haltung zu Russland in der Partei keinesfalls unumstritten. Auch hier lässt sich ein innerparteilicher Ost-West-Konflikt ausmachen.

6.1 Die programmatische Verharmlosung Russlands

Wenngleich die AfD seit ihrer Gründung eine russlandfreundliche Linie verfolgt, schlägt sich dies in ihren öffentlich zugänglichen Parteiprogrammen nur in einer moderaten Form nieder. So steht im Grundsatzprogramm der Partei von 2016:

„Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die NATO von maßgeblicher Bedeutung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen. Wir setzen uns daher dafür ein, Konflikte in Europa friedlich zu regeln und dabei die jeweiligen Interessen zu berücksichtigen“ (AfD 2016: 31).

Ähnlich fiel auch die Formulierung im AfD-Bundestagswahlprogramm 2021 aus:

„Eine stabile europäische Friedensordnung bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland. Dabei sind die legitimen Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten zu berücksichtigen“ (AfD 2021: 62).

In einem guten Verhältnis zu Russland wird die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa gesehen. In diesem Sinne liege es „im deutschen und europäischen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden“ (ebd.: 64). Mit diesen Begründungen trat die AfD auch stets entschieden für eine Aufhebung der EU-Sanktionen und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland ein. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Gasleitung ‚Nord Stream 2‘ werden im Programm von 2021 als „unverzichtbar“ (ebd.: 65) bezeichnet. Über diese Positionen hinaus, die vor dem Krieg in ähnlicher Weise auch von den anderen Parteien formuliert wurden, sah sich die AfD – darauf weist ein (internes) Strategiepapier zur Bundestagswahl 2017 hin – zugleich auch als verlängerten Arm Putins in der Bundesrepublik. Die AfD benennt in diesem Papier nämlich auch das Ziel einer „Diskreditierung“ von Kritiker:innen Moskaus (Amann et al. 2019).

Für eine enge politische Bindung und Orientierung an Russland standen in der AfD in den vergangenen Jahren insbesondere Alexander Gauland und Björn Höcke. Gauland warb bereits in der Frühphase der Partei, in der die Mehrheit der AfD-Führungselite noch im Bereich der sogenannten ‚Atlantiker‘ agierte, für eine positive Haltung zugunsten Russlands, eine Linie, die er später innerparteilich durchsetzte. Eine noch radikalere Variante der Russland-Orientierung als die vor allem historisch und geopolitisch begründete von Gauland ist die gesellschaftspolitisch aufgeladene Position Björn Höckes. Besonders pointiert brachte er diese in seiner

Rede zum ‚Tag der Deutschen Einheit‘ am 3. Oktober 2022 in Gera vor. In dieser teilte Höcke die Welt zwischen ‚nationalen‘ und ‚liberalen‘ Ordnungen auf. Während die USA das Zentrum der liberalen Demokratie darstelle, gehöre Russland zum Kreis der nationalen Demokratien, die Tradition und Autorität achteten. Die USA dagegen bezeichnete er als „Regenbogen-Imperium“, das durch Masseneinwanderung die eigenen Grundlagen unterhöhle und als „raumfremde Macht“ in Europa agiere. Es sei deshalb notwendig, sich von den USA abzugrenzen. Stattdessen forderte Höcke – selbst unter den Bedingungen des russischen Angriffskrieges – einen „Schulterchluss mit Russland“. Russland sei der „natürliche Partner“, weil „die Deutschen und die Russen eine ähnliche seelische Prägung“ hätten (zit. nach Ayyadi 2022).

Obwohl nicht alle in der Partei so klar positioniert sind wie Höcke und Gauland und das Verhältnis zu Russland innerhalb der AfD immer wieder auch kritisch gesehen wird, ist doch zu beobachten, dass solche russlandkritischen Positionen in der Partei nicht in der gleichen Lautstärke vernehmbar sind, wie die prorussischen Positionen. Auch ist zu beobachten, dass in Ostdeutschland die Bereitschaft, sich auf einen prorussischen Kurs einzulassen, weit aus stärker ausgeprägt ist, als im Westen. Trotz durchaus vorhandener Differenzen innerhalb der AfD ist der Russland-Bezug ideologisch und politisch ein Alleinstellungsmerkmal der Partei (Die Linkspartei hat diesen Anspruch nicht; sie ist vielmehr in dieser Frage tief gespalten). Dies ist insbesondere, aber nicht nur, für die Rechts-

extremist:innen in der AfD eine reizvolle Perspektive, um Singularität und Aufmerksamkeit herzustellen.

6.2 Direkte Kontakte zwischen AfD und Russland

Zahlreiche öffentlich bekannt gewordene persönliche Hinweise wie auch Dokumente, darunter vor allem E-Mails, belegen, dass seit mindestens 2015 regelmäßige Kontakte zwischen AfD-Funktionär:innen und russischen Politiker:innen bis in den Kreml hinein bestehen. Durch Besuche in Russland werden diese Kontakte gepflegt und intensiviert. Zugleich zeigen diese Verbindungen, dass es sich bei Kontakten und Auftritten in Russland nicht um Eintagsfliegen handelt. Vielmehr stehen dahinter feste Strukturen und Strategien seitens eines Teils der AfD und auch auf Seiten der russischen Regierung. Aus dem bereits erwähnten russischen Strategiepapier aus dem Jahr 2017, in dem auch ein eigenes Kapitel zur Bundestagswahl 2017 enthalten ist, geht hervor, dass Markus Frohnmaier (damaliger Chef der Jungen Alternative) als vielversprechender AfD-Kandidat unterstützt werden sollte, um im Bundestag die russischen Interessen zu vertreten (Fiedler/von Salzen 2019). Zudem bestand bis vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ein zentrales Element der russischen Strategie in der Einflussnahme über Medien wie *RT* (zuvor *Russia Today*) oder *Sputnik*, die in Deutschland Nachrichten ausstrahlten (Amann et al. 2019). Inzwischen sind sowohl *RT* und *Sputnik* in Deutschland verboten und nicht mehr er-

reichbar. Vor den Einstellungen der Tätigkeiten waren AfD-Funktionär:innen in diesen Medien jedoch ständige Gäste. So zum Beispiel der Bundestagsabgeordnete Steffen Kontré, der auch öfter schon in russischen Staatsmedien aufgetreten ist und seit längerem Verbindungen nach Moskau pflegt (Schmidt 2022). Repräsentant:innen der Partei werden in den russischen Staatsmedien dabei immer wieder als hochrangige Vertreter:innen des deutschen Staates präsentiert. Selbst in Zeiten des Krieges nehmen sie bewusst und kalkuliert diese Aufgabe wahr.

Kontré war auch Teil einer Delegation von AfD-Politiker:innen, die im März 2018 nach Russland reiste, um anschließend öffentlich zu bekunden, dass die Präsidentschaftswahlen „fair und demokratisch“ abgelaufen seien. Neben Kontré nahmen Frohnmaier, Waldemar Herdt, Anton Friesen und Dietmar Friedhoff an dieser Reise teil. Weitere Beispiele für bekannt gewordene Treffen in Russland: Im Oktober 2015 reisten unter anderem Alexander Gauland, Andreas Kalbitz und wiederum Frohnmaier auf Kosten eines russischen Oligarchen nach St. Petersburg, um sich dort mit einem persönlichen Referenten Putins zu treffen. Im Februar 2017 reiste Frauke Petry (zu diesem Zeitpunkt Parteichefin) mit ihrem Ehemann Marcus Pretzell auf Kosten russischer Geldgeber nach Moskau. Auch der aktuelle Vorsitzende Tino Chrupalla scheint eine stärkere Verbundenheit zu Russland zu pflegen, vermutlich mit engen Kontakten seiner Berater bis in den Kreml (Schmidt 2022). Ende 2020 wurde er vom russischen Außenminister Lawrow zum Gespräch nach Russland eingeladen. Hinzu kom-

men noch eine Reihe von Landespolitiker:innen der AfD, die durch eine starke Nähe zu Russland auffallen und in diesem Sinne handeln (Halder/Khamis 2022). Darunter zum Beispiel der aus Kasachstan stammende AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt, der sowohl im ‚Zentralrat der Russlanddeutschen‘ als auch im Verein ‚Vadar‘ tätig ist, zwei Organisationen hiesiger Russlanddeutscher, die in starkem Maße die Position Putins in Deutschland vertreten. Laut *Spiegel* gehörten 2019 von den 16 Mitgliedern, die in den Protokollen der Vereinssitzungen auftauchen, 11 der AfD an (Hoffmeister et al. 2022).

Wie Kontré tritt auch Schmidt regelmäßig im russischen Staatsfernsehen auf. Dort hat er Deutschland bereits wiederholt als ein Land dargestellt, in dem Andersdenkende unterdrückt werden. Zudem erklärte er, dass es in Deutschland keine Demokratie gebe und die Medien komplett von der Regierung kontrolliert seien (Becker/Heil 2022).

6.3 Die AfD und der russische Angriffskrieg

Insbesondere im Zuge der gewaltvollen Expansion in der Ukraine, beginnend mit der Annexion der Krim 2014, hat Russland begonnen, gezielt den Kontakt zu den rechten Parteien in Europa zu suchen. Insofern AfD-Politiker:innen so offen wie kaum andere die Nähe zu Russland aus eigener Initiative suchten, lag eine enge Verbindung zwischen Russland und der AfD auf der Hand, auch im Hinblick auf die Rechtfertigung des russischen Angriffs auf die Ukraine.

So identifizierte Gauland die russische Annexion der Krim im Frühjahr 2014 zwar als völkerrechtswidrig, verkündete jedoch zugleich, dass es sich hierbei um das „Einsammeln russischer Erde“ handele, womit er das russische Vorgehen durchaus legitimierte (zit. nach Weiland 2022). Gleich mehrfach nahmen AfD-Funktionär:innen an Veranstaltungen auf der Krim und in der Ostukraine teil: So reisten im April 2016 Marcus Pretzell (zu diesem Zeitpunkt AfD-Landeschef in Nordrhein-Westfalen) und Markus Frohnmaier zu einem internationalen Wirtschaftsforum nach Jalta. Im Juli 2016 reisten zwei AfD-Landtagsabgeordnete (Thomas Rudy und Udo Stein) in die Ostukraine. Im April 2018 nahm eine größere AfD-Delegation an einem Wirtschaftsforum in Jalta teil. Im November 2018 agierten mehrere AfD-Funktionäre als selbsternannte ‚internationale Wahlbeobachter‘ in der Ostukraine, um die demokratische Struktur der dortigen Wahl zu bestätigen (Amann et al. 2019). Es ist davon auszugehen, dass Moskau diese AfD-Funktionäre nicht besonders motivieren musste, um als Lautsprecher für die eigene ‚Expansionspolitik‘ zu wirken. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass diese Politiker russische Interessen in Deutschland aus eigenem Antrieb propagieren, wozu seit 2014 auch gehört, die Annexion der Krim als rechtmäßig zu beurteilen.

Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine ist eine Zäsur in der bundesdeutschen Politik verbunden, die mit der Rede zur „Zeitenwende“ von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 für alle offensichtlich wurde. Nach dem Willen der Bundesregierung sollte es

nun darum gehen, die Ukraine zu unterstützen, ohne dass dies zu einer Ausdehnung des Krieges in den NATO-Bereich führt – eine Position, die ein Großteil der AfD-Fraktion jedoch nicht teilt. Nur eine kleine Minderheit der Fraktionsmitglieder sprach sich dafür aus, die Ukraine mit Waffenlieferungen zu unterstützen. Dagegen ließ beispielsweise Kontré verkünden, dass der Westen eine gehörige Mitschuld am Ukrainekrieg habe. Dabei bediente er das russische Narrativ, nachdem der Westen das Ziel verfolgt habe, die Ukraine zum „Aufmarschgebiet“ der USA (Stellvertreterkrieg) zu machen, um Russland zu destabilisieren (Schmidt 2022). Es waren schließlich nur 4 AfD-Abgeordnete, die am 28. April 2022 dem bis auf die AfD und Die Linke fraktionsübergreifenden Antrag zur „Umfassenden Unterstützung für die Ukraine“ zustimmten und sich damit nicht der AfD-Fraktionslinie anschlossen (Bensmann/Stoll 2022).

In der Debatte um die Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 stellte sich die AfD-Spitze gegen Olaf Scholz, der mit seiner Rede den „Kalten Krieg reaktiviert“ habe (zit. nach Linden 2022). Alice Weidel verwies auf die „Sicherheitsinteressen aller“, die dadurch gefährdet worden seien, dass der Westen „überheblich Russland den Großmachtstatus abgesprochen“ habe. Damit habe man eine „Kränkung Russlands“ verursacht. Auch Amtskollege Tino Chrupalla pflichtete bei. Die Kriegsursachen seien komplex und nicht losgelöst von der Ausdehnung der NATO zu betrachten. Es dürfe auch „nicht unser Ziel sein, den einen Schuldigen auszumachen“ (zit. nach Linden 2022). Statt also die russische Aggres-

sion zu kritisieren, lobte Chrupalla lieber den russischen Beitrag zur Deutschen Einheit. Zu diesen Aussagen der AfD-Vorsitzenden schrieb der Politikwissenschaftler Markus Linden:

„Schon diese Sätze [...] lesen sich wie aus dem Handbuch für Propaganda und Desinformation, als seien sie von Kommunikationsspezialisten einer angreifenden Macht für die deutsche Öffentlichkeit erdacht. Die Tatsache der russischen Aggression wird durch ‚Scheinkontextualisierung‘ relativiert – bis hin zur Schuldumkehr, denn, so Chrupalla in seiner Rede: ‚Schuldzuschreibungen erzeugen keine Lösung‘“ (Linden 2022).

Mit Argumentationsmustern wie diesen, versucht sich die AfD als Friedensmacht zu inszenieren und bezeichnet sich stellenweise selbst als „Friedenspartei“ (AfD NRW 2023). Zur Strategie der Partei gehört auch die Forderung nach Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland in Berlin, mit der Bundesregierung als neutralem Vermittler. Höcke twitterte gar den Slogan ‚Frieden schaffen ohne Waffen‘: Eine bewusste Vereinnahmung einer Forderung der Friedensbewegung der 1980er Jahre, um über das eigene Kernklientel hinaus mit sprachlichen Aneignungen im gesellschaftlichen Diskurs zu punkten (Weiland 2022).

Bereits seit ihrem Einzug in den Bundestag macht sich die AfD für ein Ende der EU-Sanktionen gegen Russland stark. Der russische Angriff auf die Ukraine hat hieran nichts geändert. Nur vereinzelt sind Stimmen aus der Partei zu hören,

die Sanktionen gegen bestimmte Verantwortliche und Unterstützer:innen des Angriffskrieges zustimmen. Einher mit der Forderung nach einem Ende der Sanktionen geht das Drängen auf eine Inbetriebnahme von ‚Nord Stream 2‘. Hinzu kommt, dass die Partei kein offenes Bekenntnis zur NATO formuliert, gleichwohl aber Klagen über zunehmende Diskriminierungen gegenüber russischsprachigen Bürger:innen in Deutschland vorbringt und einzelne Abgeordnete sogar vor Gefahren warnen, die von ukrainischen Flüchtlingen ausgehen würden: So hetzte beispielweise ein AfD-Mitglied bei einem Treffen der AfD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag offen gegen ukrainische Flüchtlinge: „Jeder weitere ukrainische Flüchtling, der nach Deutschland kommt, ist eine Gefahr für uns Russlanddeutsche, für unsere Frauen, für unsere Kinder. Die fangen jetzt schon an, uns zu terrorisieren“ (zit. nach Bensmann/Stoll 2022).

Am 9. Februar 2023 legte die AfD einen Antrag im Bundestag vor, der sich für eine schnelle diplomatische Lösung des Krieges in der Ukraine aussprach und gegen militärische Hilfen für die Ukraine votierte. Dieser als „Friedensinitiative“ titulierte Text führte im Vorfeld schon innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion zu einem Disput, in dessen Folge die inhaltlichen Positionen abgeschwächt wurden. Im Bundestagsplenum folgte eine sehr kontroverse Debatte (FAZ 2023). Im Kern forderte die AfD, sich von der militärischen Logik zu verabschieden, um der diplomatischen Arena Raum zu geben. Zwar beinhaltete der Antrag auch die Forderung, dass sich die russischen Truppen „schrittweise“ zurückziehen sol-

len. Dies wurde jedoch zugleich verbunden mit der Forderung, auch die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Sanktionen gegen Russland zu beenden. Zudem dürfe die Ukraine weder EU- noch NATO-Mitglied werden.

Die Antragstellung der AfD war zeitlich so platziert, dass Brücken zu bislang eher nicht mit der AfD verbundenen politischen Lagern deutlich wurden. Denn zum selben Zeitpunkt zirkulierten Aufrufe mit ähnlichen Forderungen. Wie beispielsweise der von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht, dem sich auch Tino Chrupalla anschloss (Holewik 2023).

Die banalisierende Sicht auf die russische Imperialpolitik, die den vorgelegten Antrag auszeichnet, wird immer wieder auch durch weitere Aktivitäten aus dem Umfeld der AfD verbreitet. Besonders aktiv ist hier der bereits erwähnte Verein ‚Vadar‘, der sich selbst als Menschenrechtsorganisation bezeichnet, für sich beansprucht, sich gegen die Diskriminierung russischsprechender Menschen in Deutschland einzusetzen, sich jedoch im Kern für die Interessen Russlands in Deutschland stark macht. Neben Eugen Schmidt gehören laut Vereinsregister auch der stellvertretende Bundesschatzmeister der AfD, Harald Weyel, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme und die Landesparlamentarier:innen Olga Petersen aus Hamburg sowie Gunnar Lindemann aus Berlin zu den Gründungsmitgliedern des Vereins. Folgende Tätigkeiten stehen exemplarisch für die Arbeit des Vereins: Die pro-russische Influencerin Alina Lipp, gegen die in Deutschland ermittelt wird, weil sie in sozialen

Medien den russischen Angriffskrieg und damit zusammenhängende Straftaten gebilligt und befürwortet haben soll, wird durch den Verein rechtlich und finanziell unterstützt. Ein freiwillig für Russland kämpfender Deutscher, der sich in ukrainischer Kriegsgefangenschaft befindet und der Ukraine Folter vorwirft, wird ebenfalls unterstützt. Der Verein betreibt darüber hinaus einen eigenen *Telegram*-Kanal mit gegenwärtig etwa rund 6.000 Abonnent:innen. Dort zeigen die Mitglieder auch auf, was sie unter Diskriminierung verstehen. So setzen sie sich zum Beispiel dafür ein, den Buchstaben ‚Z‘ als Symbol der Russen für den Angriffskrieg gegen die Ukraine entgegen dem Verbot in Deutschland verwenden zu dürfen (Banholzer et al. 2022).

Dass auch die AfD-Führung die Propaganda des russischen Staates konkret unterstützt, konnte am 80. Jahrestag der Niederlage der deutschen Streitkräfte (‚Wehrmacht‘) in Stalingrad (heute: Wolgograd) beobachtet werden. Tino Chrupalla legte im Februar 2023 gemeinsam mit dem russischen Botschafter Sergei Netschajew einen Kranz an der Gedenkstätte Seelower Höhen (östlich von Berlin) nieder, wo 1945 eine der dramatischsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges stattfand. Anschließend wurde in einer Mitteilung der russischen Botschaft verkündet, Botschafter Netschajew habe gemeinsam mit dem Co-Vorsitzenden der AfD der Soldaten der Roten Armee gedacht, „die im Kampf gegen den deutschen Nazismus gefallen sind“ bis zur „endgültigen Zerschlagung Hitlerdeutschlands“. Selbst die rechtskonservative Zeitung *Junge Freiheit*, aber auch einzelne Vertreter:innen der Bundes-

tagsfraktion warfen Chrupalla vor, sich mit dieser Aktion vor den Karren der russischen Propaganda spannen zu lassen (Joswig 2023).

6.4 Der innerparteiliche Streit um Russland

Trotz allem ist und bleibt das Verhältnis zu Russland in der AfD umstritten: Meist im Westen beheimatete ‚Atlantiker‘, die in der von den USA angeführten NATO die Ankerposition für Frieden und Sicherheit sehen und häufig aus dem Lager der Militärs kommen, stehen denjenigen gegenüber, die sich für eine stärkere Orientierung Deutschlands an Russland einsetzen. Obwohl der Westen Deutschlands hinsichtlich der Anzahl der Mitglieder und Wähler:innen stärker ist, sind die ‚Atlantiker‘ mittlerweile in der Minderheit. Und obwohl hinter den Türen die Konflikte variantenreich ausgefochten werden, dominiert nach außen inzwischen der russlandfreundliche Kurs. Dieser pendelt zwischen einer geopolitischen Stabilitätsposition allgemeiner Art (Frieden und Sicherheit mit Russland) und einer völkisch-gesellschaftlichen Unterstützung der russischen Propaganda. Hinzu kommt, wie gesehen, ein reges Netzwerk von Politiker:innen, Referent:innen und aktiven Mitgliedern, die den direkten Kontakt zu Russland suchen sowie solchen, die sich durch russische Anreize für die dortige Politik und ihre Propaganda gewinnen lassen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Positionen führten immer wieder auch zu Versuchen der Konsensbildung. Ergebnis war unter anderem ein Kompromisspapier

vom März 2022. In diesem Neun-Punkte-Papier wurde eine „einheitliche“ Position zur „Russland-Streitfrage“ vorgelegt (Schmidt 2022). Doch im Ganzen setzten sich im Zeitverlauf eindeutig die radikaleren Pro-Russlandpositionen durch. Dies führte auch dazu, dass sich vereinzelt Akteur:innen zurückzogen oder gar aus der AfD austraten, wie zuletzt die Bundestagsabgeordnete Joana Cotar. Bekannt wurde auch, dass die internen Auseinandersetzungen dazu geführt haben sollen, dass die AfD-Spitze im Bundestag Redebeiträge im Vorfeld prüfte. Wiederholt soll auch über die Einführung eines Sanktionskataloges diskutiert worden sein, ohne dass dies wirklich realisiert wurde (Leithäuser 2022).

Auf die öffentliche Kritik, dass AfD-Politiker:innen durch Russland finanziert würden, reagierte der Bundesvorstand mit dem Versand eines Fragenkatalogs. In dem sollten verdächtige AfD-Politiker:innen erklären, ob sie „Angebote“ von russischer Seite bekommen hätten (Bensmann/Stoll 2022). Die Nachhaltig- und Ernsthaftigkeit einer solchen Aktion ist mehr als fraglich.

In jedem Fall lässt sich festhalten, dass neben den offensichtlich engen Verknüpfungen, die zwischen AfD-Politiker:innen und russischen Akteur:innen bestehen, auch zu beobachten ist, dass sich die AfD in der öffentlichen Debatte so positioniert, wie sie es auch bei anderen Konjunkturthemen macht: Sie artikuliert eine Fundamentalopposition gegenüber der Regierung und den anderen Parteien und versucht so, sich das Alleinstellungsmerkmal ‚gegen die da oben‘ im Parteienwettbewerb zu sichern.

6.5 Fazit

Die AfD ist die lautstärkste bundesdeutsche Partei, die in der Innenpolitik auch während der Kriegszeit die Interessen Russlands aufgreift. Zwar wird der Angriffskrieg nicht offen verteidigt, doch sind prorussische Parteinahme und die Übernahme russischer Narrative durchgehend zu beobachten. Damit knüpft sie, und das ist zentral für ihren Erfolg in den Umfragen und an den Wahlurnen, an die bei einem Teil der deutschen Bevölkerung vorhandene Skepsis an, die nicht will (und befürchtet), dass sich die Bundesregierung weiter in den Krieg Russlands gegen die Ukraine hineinziehen lässt. Nach Umfragen liegt der Anteil der Bürger:innen, die skeptisch

bis ablehnend gegenüber dem deutschen Engagement zugunsten der Ukraine sind, im Frühjahr 2023 recht hoch. So waren es beispielsweise rund 40 Prozent der Befragten, die die Lieferung von ‚Leopard II‘-Panzern an die Ukraine für nicht gut befanden. Zugleich ist die AfD neben der Linkspartei alleine mit der dezidierten Ablehnung dieses Engagements unter den Bundestagsparteien. Russland ist für die AfD aber nicht nur ein Thema, um diese Skepsis jenseits von Regierung und Opposition einzufangen. Die AfD nutzt dieses Thema auch, um die eigene Deutung deutscher Interessen zu untermauern. In diesem Sinne sind Russland und die Politik des Kremls für die AfD auch ein nationales, geopolitisches und gesellschaftspolitisches Thema.

7 Der Umgang mit der AfD – Ein ‚Moving Target‘?

Bisher haben wir die Entwicklung der AfD in den letzten zehn Jahren nachgezeichnet und anhand von drei zentralen Themenfeldern – Verfassungsschutz, Corona-Pandemie, Nähe der Partei zur Politik Russlands – untersucht, wie sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse in dieser Zeit immer weiter nach rechts außen entwickelt haben. Welche Schlussfolgerungen sind hieraus zu ziehen?

Die Frage, wie die etablierten politischen Parteien, die demokratische Zivilgesellschaft, aber auch die Sicherheitsbehörden mit der AfD umgehen sollen und können, stellt sich, unter sich immer wieder ändernden Bedingungen, seit die Partei in die Landtage und in den Bundestag eingezogen ist. Die AfD ist als Partei der zahlreichen Metamorphosen ein ‚bewegliches Ziel‘ (moving target).

Die doppelte Ausrichtung der Partei zwischen Bewegungs- und Parlamentsorientierung, ihre unterschiedliche Erscheinung auf Bundes- und regionaler Ebene, aber auch die unterschiedlichen Positionierungen in Ost und West erschweren den ‚richtigen‘ strategischen Umgang mit ihr erheblich. Aber nicht nur das. Die Radikalisierung und die zunehmende Dominanz rechtsextremer Kräfte in der Partei bis zu dem Grad, sie für den Verfassungsschutz gerichtsfest zum rechtsextremistischen Verdachtsfall werden

zu lassen, erschwert den Umgang mit ihr in den Parlamenten als demokratisch gewählte Kraft.

7.1 Umgang in den Parlamenten

Bis 2017 war in den Landesparlamenten zu beobachten, dass die etablierten Parteien einen Umgang mit der AfD pflegten, der als ‚abgrenzen, ohne auszugrenzen‘ bezeichnet werden kann (Schroeder et al. 2018). Die in dieser Formel steckende Ambivalenz deutet bereits die Schwierigkeit an, eine einfache und eindeutige Strategie zu verfolgen. Darauf verweisen auch die Ergebnisse einer aktuelleren Studie zum Umgang der anderen Parteien mit der AfD aus dem Jahr 2022 (Heinze 2022). In dieser unterscheidet Anna-Sophie Heinze vier formale Umgangsweisen von vier Arten des Umgangs auf der Policy-Ebene. Formal haben die Parteien von der Exklusion über Ad-Hoc-Tolerierung, legislative Kooperation bis zu exekutiver Kooperation vier Alternativen. Auf der Policy-Ebene wiederum können Positionen der AfD ignoriert, entschärft, debattiert oder angenommen werden (ebd.: 336–337). In ihrer Auswertung zeigt Heinze, dass in den verschiedenen Landesparlamenten recht unterschiedliche formale und politikbezogene Reaktionsmuster angewendet wurden. Die Reaktionen unterscheiden sich zwischen den Landtagen stärker als zwischen den Fraktionen in den Landtagen. Auf mittlere Frist tendierten

aber alle Landtagsfraktionen der anderen Parteien dazu, auf der formalen Ebene so etwas wie eine Ad-Hoc-Tolerierung, z. B. bei der Besetzung von Parlamentsposten, zu praktizieren, auf der Policy-Ebene blieb es hingegen in aller Regel bei Abweisung der AfD, zumeist, indem nur eine Person für die jeweilige Fraktion oder für die Regierung sprach (ebd.: 340–346). Heinze erkennt in den Umgangsweisen der anderen Parteien mit der AfD eher kontextuelle Lernprozesse als eine einheitliche und allgemein wirksame Strategie (ebd.: 347). Sie zitiert auch Abgeordnete, die berichten, dass es ihnen auch nach Jahren noch nicht gelungen sei, einen konsistenten Umgang mit der AfD zu finden. Eine Schwierigkeit wird insbesondere darin gesehen, in die Debatte über AfD-Forderungen einzusteigen, ohne zugleich auf deren Provokationen hereinzufallen (ebd.: 346).

Die AfD mobilisiert nach den Worten des BfV eine „heterogene Mischszene“, die aus „Reichsbürgern“ „Selbstverwaltern“, Rechtsextremisten sowie aktiven oder ehemaligen AfD-Mitgliedern besteht (BfV 2022a; 2022b). Diese „rechtsoffene Mischszene“ findet sich auf der regionalen Ebene der Partei, aber auch unter den Bundestagsabgeordneten ist die Vielfalt groß. Unter den 83 Bundestagsabgeordneten der AfD finden sich Rechtsextreme, Corona Leugnende und suspendierte Polizist:innen. Es gibt eine tiefe Kluft zwischen einem gemäßigten, parlamentsorientierten Lager und einem rechtsextremen Lager der Bewegungsorientierten, wobei letztere zunehmend das öffentliche Bild der AfD prägen. Ex-Polizist Steffen Janich war Versammlungslei-

ter untersagter Demonstrationen gegen die Corona-Politik, Christina Baum ist Unterstützerin von Björn Höcke, der gerichtlich bestätigt als Rechtsextremist bezeichnet werden darf. Stefan Keuter teilte Nazi-Fotos inklusive eines Fotos von Hitler mit ausgestrecktem Arm in den sozialen Medien. Stephan Brandner aus Thüringen gilt als Stellvertreter Björn Höckes in Berlin. Die Reihe könnte fortgesetzt werden.

Ein Blick in die Landesverbände der Partei ergibt ein ähnliches Bild der Heterogenität. Auch hier zeigt sich die Strategie der Partei, im Spagat zwischen Radikalität und Mäßigung ihr Potential breit gefächert zu erhalten. Es gibt radikalere und (in Relation zu diesen) gemäßigttere Landesverbände. Zu den eher gemäßigten Landesverbänden gehören 7 aus dem Westen und einer aus dem Osten Deutschlands (Mecklenburg-Vorpommern). Die 7 radikaleren Landesverbände verteilen sich auf Ost (Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) und West (Baden-Württemberg, Bayern, Saarland). Diese heterogene, bipolare Landschaft – personell auf der Bundesebene, organisatorisch zwischen den Landesverbänden – macht einen einheitlichen Umgang und eine klare Strategie der AfD gegenüber schwierig bis nahezu unmöglich.

7.2 Umgang mit den AfD-Unterstützer:innen

Hinzu kommt, dass auch die Wählerschaft der Partei durchaus heterogen ist. Dies insbesondere in Bezug auf Ost- und Westdeutschland: Wie die Analysen im dritten Kapitel gezeigt ha-

ben, sind die regionalen Disparitäten nach wie vor sehr groß. Die Einstellungsforschung zeigt, dass es der AfD insbesondere gelingt, mittels populistischer Einstellungen zu mobilisieren. Dies wurde bereits 2013 ersichtlich, als die Partei aus dem Stand nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde im Bund scheiterte. Die AfD scheint mit ihrem populistischen Politikangebot eine Repräsentationslücke zu füllen, deren Umfang sich durch die Mobilisierung im Lager der zuvor Nichtwählenden bei den Bundestagswahlen 2017 zeigte. Angesprochen werden ein Benachteiligungsempfinden und damit einhergehende Ressentiments gegen alles Fremde und Unbekannte.

Dieses Mobilisierungspotential verdeutlicht unter anderem die ‚Mitte-Studie‘ 2021 (Zick/Küpper 2021): Hiernach weist mehr als ein Viertel der Deutschen nach einem harten Kriterium populistische Einstellungen auf, indem sie allen 9 abgefragten populistischen Einstellungen zustimmen und fast 14 Prozent rechtspopulistische Orientierungen, die sich zusätzlich zu den populistischen Orientierungen noch durch Demokratiemisstrauen und Abwertung von als fremd markierten Gruppen auszeichnen.

Für die demokratischen Parteien stellt sich vor diesem Hintergrund wohl die Aufgabe, nicht nur einen Weg zu finden, mit der AfD umzugehen, sondern auch, für Populismus offene Bürger:innen nicht auszugrenzen und nicht in die radikale Fundamentalopposition zur Demokratie abrutschen zu lassen. Die nach rechts offene Misch-

szene hat mit ihren selbstreferentiellen Kommunikationsnetzwerken ohne Zweifel die Mittel, die Bürger:innen mit Ausgrenzungsgefühlen anzusprechen und entsprechend zu mobilisieren. Medienformate wie *Junge Freiheit*, *Deutschland-Kurier*, das Magazin *Compact* (von Jürgen Elsässer), das österreichische Portal *unzensiert*, *KenFM* (von Ken Jebsen, im Juli 2021 eingestellt), *RT* (2022 eingestellt), das Onlinemedium *Tichys Einblick* und die sozialen Plattformen werden dafür genutzt.

Die Unterstützung rechter Kommunikations-Outlets und -Kanäle durch AfD-Abgeordnete existiert bereits. So gibt z. B. der AfD-Bundestagsabgeordnete Hannes Gnauck öffentlich an, dass er das neurechte Kampagnen-Netzwerk ‚Ein Prozent‘ oder das identitäre ‚Filmkunstkollektiv‘ direkt finanziell unterstützt. Dieses Vorgehen ist auch vor dem Hintergrund der Selbstwahrnehmung der AfD zu sehen, dass sie sich durch die etablierten Medien benachteiligt sieht, was bekanntermaßen seit 2014 auf den ‚Pegida‘-Demonstrationen, aber auch auf Demonstrationen der AfD zur Wiederbelebung der nationalsozialistischen Parole der ‚Lügenpresse‘ geführt hat. So wurde bei einer Kundgebung der AfD in Cottbus 2021 nach einem gewalttätigen Übergriff auf Journalist:innen ‚Lügenpresse‘ von den Demonstrierenden skandiert. Alice Weidel vermerkte im Rahmen des Landesparteitags in Baden-Württemberg im Juli 2022, es gebe keine unabhängigen Medien mehr, die „Journaille“ sei grün-links dominiert, und die AfD daher darauf angewiesen, alter-

native Medienkanäle zu gründen und zu nutzen. Auch Tino Chrupalla hat ein ablehnendes Verhältnis zu den etablierten Medien. In einem Rundbrief an den Kreisverband Görlitz schrieb er von „Feindpropaganda“ und einer „schwarzen Liste“ für „bestimmte Pressevertreter“ (zit. nach Sächsische Zeitung 2019).

Im Großen und Ganzen verbirgt sich hinter diesen Aktivitäten ein Kampf gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner jetzigen Form. Alice Weidel machte in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* dazu ihre Position deutlich: „Wenn überhaupt, dann hat öffentlich-rechtlicher Rundfunk nur in einer in der Senderzahl drastisch reduzierten, auf ein Zehntel seiner jetzigen Größe gestrafften und auf wenige wesentliche Kernaufgaben beschränkten Form noch eine Existenzberechtigung“ (zit. nach Tagesspiegel 2022).

Zusammen mit den Vorwürfen an die Regierung, mit ihrer Corona-Politik eine Diktatur einzuführen, verweist auch dies auf eine Positionierung, von der zumindest ungewiss ist, ob sie sich mit der demokratischen Grundordnung verträgt. Es bleibt bei der Strategie der AfD, die Gesellschaft zu spalten und die Vertrauensdefizite zwischen Regierung und Bürger:innen zu verstärken. Sie ist darauf ausgerichtet, die ‚Krise‘, welche auch immer als Mobilisierungsvehikel dienen kann – Migration, Corona, ‚Lügenpresse‘ – auszunutzen und dabei die selbst etablierte und bislang wirkungsvolle bipolare Lagerung zwischen Bewegungs- und Parlamentsorientierung beizubehalten.

7.3 Fazit

Vor diesem Hintergrund bleibt es eine zentrale Herausforderung für den Umgang mit der AfD, dass es dieser häufig gelingt, jede Kritik und jeden politischen Angriff auf sie zu einem Deprivationsgefühl derjenigen zu machen, die sich als Unterstützer:innen der Partei ansehen. Umso wichtiger ist es, sich mit den Widersprüchen und Bruchlinien in der AfD zu befassen und sich adäquat mit diesen auseinanderzusetzen. Es kann einer Gesellschaft und ihrer Demokratie nicht guttun, ein Sechstel bis zu einem Viertel der Bürger:innen dem Gefühl zu überlassen, (nicht nur) politisch abgehängt zu sein. Die AfD vermag es, diesen Bürger:innen über Emotionalisierung und Affektpolitik das Gefühl zu geben, die empfundene Repräsentationslücke zu füllen. Es sind insbesondere die echten oder sich als solche empfindenden Verlierer:innen der Globalisierung, die durch die AfD mit entsprechenden emotional aufgeladenen Erklärungen und vermeintlichen Lösungen versorgt und dadurch der rationalen politischen Auseinandersetzung zum Teil erfolgreich entzogen werden. Eine politische Gegenansprache ist damit schwierig. Ohne substantielle Antworten auf die Ängste und Nöte dieser Bürger:innen wird deren politische Integration ins Lager der demokratischen Kräfte jedoch vermutlich nicht gelingen. Notwendig ist es, das Gefühl des Abgehängt-Seins und des Nicht-Repräsentiert-Werdens durch entsprechende Politik aufzulösen. Doch konkretere Vorschläge auf die Frage ‚Was tun?‘ sind noch immer nicht zufriedenstellend gefunden worden.

8 Die Zukunft der AfD: Widersprüchlich, zerrissen und konsolidiert

Die AfD ist eine Partei der Widersprüche. Dies ist im Verlauf der hier vorgenommenen Analysen deutlich geworden. Intern einerseits polarisiert zwischen Parlaments- und Bewegungsorientierung, zwischen gemäßigten und extremen Kräften, nach außen bewusst diese Bi-Polaritäten mobilisierend, hat die AfD mehrere Führungswechsel hinter sich, in deren Folge sich ihr politischer Kurs immer weiter nach rechts verschoben hat. Auch in der Wählerschaft ist dieser Wandel mit vollzogen worden. Sie hat sich im Zeitverlauf verändert und zeichnet sich seit einigen Jahren nun durch Merkmale aus, die auf eine hohe soziale und politische Deprivation hindeuten. Dieser Weg nach rechts außen hat nach anfänglicher Ignoranz durch den Verfassungsschutz unter der Leitung von Maaßen nach dem Führungswechsel zu Haldenwang für die AfD zum Status des Beobachtungs- und später Verdachtsfalls geführt. Kann vor diesem Hintergrund und der Radikalisierung der Partei für die Zukunft vermutet werden, dass es nicht die Frage ist, ob die AfD als rechtsextrem eingestuft wird, sondern wann dies der Fall sein wird?

Die Wandlungen der AfD sind kaum prognostizierbar. Das zeigt ihr Verhalten in der Corona-Pandemie. Die begründbare Erwartung war, dass die Partei die Krise für eigene Mobilisierungsbestrebungen nutzen würde. Das hat sie auch getan. Wenngleich der Weg dorthin auf Umwe-

gen erreicht wurde, fiel die Bilanz dieser Strategie zumindest ambivalent bis widersprüchlich aus. Zunächst hat sich die AfD in der Corona-Konstellation in starker Zurückhaltung geübt und die Regierungspolitik sogar gestützt. Erst nach etwa einem halben Jahr hat sie hier ihren stilbildenden Oppositionskurs gefunden. Aber nach der Corona-Krise war die Situation für die AfD eine andere als vorher, als sie mit jeder Wahl Stimmenzuwächse zu verzeichnen hatte. Mit Beginn der Pandemie waren ihre Wahlergebnisse (mit einer Ausnahme) schlechter ausgefallen als vorher. Inzwischen scheint sich die Partei von diesem kleinen ‚Corona-Tief‘ am Wählermarkt wieder erholt zu haben. Zumindest weisen die Umfragen darauf hin, dass die AfD derzeit viele Wähler:innen zu mobilisieren vermag. Es bleibt jedoch so, dass sich durch die starke Bezugnahme auf die Anti-Corona-Front der Straße die Anhängerschaft der Partei unter ideenpolitischen Gesichtspunkten noch einmal verändert hat. Daneben konnten aber auch sehr substantielle Kontinuitäten gezeigt werden, von denen eine sehr bedeutende die von der Gründung an bestehende unterstützende Haltung gegenüber Russland ist, die fast in einer Symbiose mit dem Ziel der Systemdestabilisierung Deutschlands mündet.

Somit bleibt die AfD in ihrem Erscheinungsbild ambivalent. Sie ist sowohl durch Diskontinuitä-

ten wie auch durch Kontinuitäten geprägt. Zu den Diskontinuitäten zählen die Führungswechsel und die sich gleichzeitig verändernde Wählerstruktur. Zur Kontinuität und damit Erkennbarkeit gehört, dass die AfD nach wie vor ihre Bipolarität nicht nur aushält, sondern sie gezielt nutzt, um sowohl eine moderate als auch eine extreme Wählerschaft zu mobilisieren und ihre eigene Resonanzfähigkeit weiter zu sichern. Mit ihrer Radikalität und viel Aufmerksamkeit erzeugenden Provokationsfähigkeit vermag sie sowohl die verunsicherten wie auch die eigenen ideologisch überzeugten Wähler:innen zu binden, die in der AfD einen lautstarken Ansprechpartner für Unbehagen, Zorn, Kritik und ihre Vorstellung von einer anderen Gesellschaft sehen.

Die Schlussfolgerungen, die sich daraus für die Zukunft der AfD und die Bedingungen demokratischer Politik ergeben, laufen darauf hinaus, dass nicht zuletzt Unsicherheit generierende Rahmenbedingungen, wie zuletzt die Corona-Pandemie oder aktuell der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit seinen Implikationen sowie globale Probleme ein vergleichsweise günstiger Resonanzboden sind, um Kontinuität und Stabilität der AfD zu flankieren und zu befördern. Die Partei hat sich über die für sie kritische Phase der Corona-Pandemie nicht nur gerettet, sondern durch ihre weiteren, wenn auch leicht schwächeren Wahlerfolge als konsolidierte Kraft im politischen System Deutschlands behauptet. Die Frage, ob die Partei in den Fängen von rechts

außen ersticken wird, muss derzeit negativ beantwortet werden. Rechtsextreme nehmen sowohl von innen wie auch von außen Einfluss auf die AfD. Das bedeutet bislang nicht, dass ihre parlamentarische Existenz bedroht wäre. Vielmehr wird die AfD als extrem-rechte politische Kraft auch in Zukunft nicht ignoriert werden können. Sie ist eine feste Größe und ein fester Faktor im Parteienwettbewerb Deutschlands geworden. Bei einer AfD-Wählerschaft von fast 5 Millionen Bürger:innen ist es für die etablierten Parteien und demokratischen Kräfte eine Herausforderung, eine resiliente Strategie zu entwickeln, um mit dieser politischen Kraft umzugehen. Die AfD hat eine mögliche Antwort auf die Repräsentationslücke etabliert, die auf der rechten Seite des politischen Spektrums besteht. Angesichts einer Wählerschaft, die aktuell überwiegend in den sozial schwächeren Segmenten der Gesellschaft verankert ist, besteht aber ein offensichtlicher programmatischer Widerspruch mit der nach wie vor eher neoliberalen Ausrichtung der AfD in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Denkbar ist deshalb, dass die Repräsentationslücke auch von links gefüllt werden könnte, z. B. wenn es einem politischen Projekt gelänge, zentrale Themen der AfD mit einem links-keynesianischen Ansatz zugunsten der Unterschichten zu verbinden, so wie sich dies in Ambitionen von Sahra Wagenknecht andeutet. Denkbar ist, dass die AfD als Partei der Metamorphosen bis zu einem gewissen Grad selbst für eine solche Entwicklung offen ist.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Wissenschaftliche Literatur

- Adorno, T. W. (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Backes, U.; Jesse, E. (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik. Berlin: ProPhyläen.
- Bebnowski, D.; Förster, L. J. (2014): Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen. OBS-Arbeitspapier Nr. 14. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Biskamp, F. (2021): Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD, in: Sehmer, J.; Simon, S.; Elsen, J.T.; Thiele, F. (Hrsg.): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden: Springer VS, S. 21–37.
- Decker, F. (2000): Über das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in Deutschland: Republikaner, Statt-Partei und der Bund Freier Bürger. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 29(2), S. 237–256.
- Decker, F. (2016): Die »Alternative für Deutschland« aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, A. (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 7–23.
- Decker, F. (2021): Die Alternative für Deutschland. Ein Porträt, in: Schroeder, W.; Trömmel, M. (Hrsg.): Rechtspopulismus, Zivilgesellschaft, Demokratie. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH.
- Decker, F. (2022): Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Bundeszentrale für politische Bildung, online unter: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/> (zuletzt abgerufen 04.05.2023).
- Decker, O.; Kiess, J.; Heller, A.; Brähler, E. (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Gebhardt, R. (2013). Eine ‚Partei neuen Typs‘?, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 26, S. 86–91.
- Giebler, H.; Meyer, T. M.; Wagner, M. (2021): The Changing Meaning of Left and Right. Supply- and Demand-Side Effects on the Perception of Party Positions, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties 31(2), S. 243–262.
- Grande, E.; Hutter, S.; Hunger, S.; Kanol, E. (2021): Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. WZB Discussion Paper ZZ 2021-601. Berlin: WZB.
- Häusler, A.; Roeser, R. (2015): Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“. Hamburg, VSA.
- Heinze, A. (2022): Dealing with the populist radical right in parliament: mainstream party responses toward the Alternative for Germany. European Political Science Review 14(3), S. 333–350.
- Hollasky, S.; Ludwig, C.; Staničić, S. (2018): Brandstifter. AfD. Pegida. Islamhass. Analysen & Gegenstrategien. Berlin: manifest.
- Keil, D. (2020): Der unterbrochene Rechtsruck in der Corona-Krise? Corona-Monitor, online unter: <https://coronamonitor.noblogs.org/tag/rechtsruck/> (zuletzt abgerufen 04.05.2023).

Kreis, J. (2007): Zur Messung rechtsextremer Einstellungen: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Berlin: Otto-Stammer-Zentrum.

Lange, M.; Monscheuer, O. (2021): Spreading the disease. Protest in times of pandemics. ZEW Discussion Papers, No.21-009, online unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp21009.pdf> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Lehmann, P.; Zehntner, L. (2022): The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic. Government and Opposition. Online first: doi:10.1017/gov.2022.5.

Lewandowsky, M. (2012): Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Krell, C.; Mörschel, T. (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 389–411.

Lewandowsky, M.; Giebler, H.; Wagner, A. (2016): Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. Politische Vierteljahresschrift 57(2), S. 247–275.

Lewandowsky, M. (2018): Alternative für Deutschland (AfD), in: Decker, F.; Neu, V. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden: Springer VS, S. 161–170.

Lewandowsky, M.; Leonhardt, C.; Blätte, A. (2023): The Alternative for Germany in the COVID 19 Pandemic, in: Ringe, N.; Rennó, L. (Hrsg.): Populists And The Pandemic. London: Routledge, S. 237–249.

Linden, M. (2022): Russische Propaganda in AfD und Linkspartei: Ein Vergleich. Dialog Forum. Perspektiven aus der Mitte Europas, online unter: <https://forumdialog.eu/2022/11/17/russische-propaganda-in-afd-und-linkspartei-ein-vergleich/> (zuletzt abgerufen 04.05.2023).

Melcher, R. (2019): Alternativer Wahlkampf? Social Media und individuelle Kandidat*innenkampagnen, in: Schroeder, W.; Weißels, B. (Hrsg.): Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, S. 200-220.

Otteni, C.; Weisskircher, M. (2022): Global warming and polarization. Wind turbines and the electoral success of the greens and the populist radical right. European Journal of Political Research 61(4), S. 1102–1122.

Overdieck, U. (2014): Männliche Überlegenheitsvorstellungen in der rechtsextremen Ideologie. Bundeszentrale für politische Bildung, online unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechts-extremismus/197016/maennliche-ueberlegenheitsvorstellungen-in-der-rechtsextremen-ideologie/> (zuletzt abgerufen 20.04.2023).

Reuband, K.-H. (2021): Regionale AfD-Milieus und die Dynamik der Corona-Ausbreitung – Eine Analyse auf der Basis kreisfreier Städte und Landkreise in Sachsen. Zeitschrift für Parteienwissenschaften 1/2021, S. 1–14.

Reuband, K.-H. (2022): AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. Zeitschrift für Parteienwissenschaften 1/2022, S. 67–94.

Salzborn, S. (2020): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos.

Sauer, B.; Penz, O. (2023): Konjunktur der Männlichkeit: Affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt: Campus.

Schroeder, W. (2020): Die Vor-Corona-AfD existiert nicht mehr. Perspektiven DS, 37(1), S. 46–56.

- Schroeder, W.; Weßels, B. (2019): Einleitung. Rechtspopulistische Landnahme in der Öffentlichkeit, im Elektorat und in den Parlamenten, in: Schroeder, W.; Weßels, B. (Hrsg.): *Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, S. 9–43.
- Schroeder, W.; Weßels, B.; Berzel, A. (2018): Die AfD in den Landtagen. Bipolarität als Struktur und Strategie: Zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1/2018, S. 91–110.
- Schürmann, B.; Gründl, J. (2022): Yelling from the sidelines? How German parties employ populist and crisis-related messages on Facebook. *Political Research Exchange* 4(1), S. 1–26.
- Schwarzbözl, T.; Fatke, M. (2016): Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. *Politische Vierteljahresschrift* 57(2), S. 276–299.
- Semsrott, A.; Jakubowski, M. (2021): *Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen. OBS-Arbeitspapier Nr. 51*. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Siegel, N. (2021): *Wahlen 26. September. Deutschland hat gewählt*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Trautmann, H.; Kumkar, N. C. (2021): *Alternative Fakten im Gespräch – AfD-Diskussionen auf Facebook. OBS-Arbeitspapier Nr. 49*. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- van Raden, R. (2016): Pegida-Feindbild „Lügenpresse“. Über ein massenwirksames verschwörungstheoretisches Konzept, in: Kellershohn, H.; Kastrup, W. (Hrsg.): *Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte*. Münster: Unrast, S. 162–179.
- Virchow, F. (2016): Rechtsextremismus: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen, in: Virchow, F.; Langebach, M.; Häusler, A. (Hrsg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 5–42.
- Wagner, A.; Lewandowsky, M.; Giebler, H. (2015): Alles neu, macht der Mai? Die AfD und die Europawahl 2014 in Deutschland, in: Kaeding, M.; Switek, N. (Hrsg.): *Die Europawahl 2014*. Wiesbaden: Springer VS, S. 137–148.
- Weisskircher, M. (2020): The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind ‘Populism’. *The Political Quarterly* 91(3), S. 614–622.
- Weßels, B. (2014): Wahlverhalten sozialer Gruppen, in: Schmitt-Beck, R.; Rattinger, H.; Roßteutscher, S.; Weßels, B.; Wolf, C.; Bieber, I.; Blumenberg, M.S. (Hrsg.): *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*. Baden-Baden: Nomos, S. 187–202.
- Weßels, B. (2019): Wahlverhalten sozialer Gruppen, in: Roßteutscher, S.; Schmitt-Beck, R.; Schoen, H.; Weßels, B.; Wolf, C. (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*, S. 186–206. Baden-Baden: Nomos.
- Zehnter, L.; Schwichtenberg, L. (2021): Das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland zur Bundestagswahl 2021. Wie „normal“ ist die AfD? *WZB Democracy Blog*, online unter: <https://democracy.blog.wzb.eu/2021/08/02/das-wahlprogramm-der-alternative-fuer-deutschland-zur-bundestagswahl-2021/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).
- Zick, A.; Küpper, B. (2021): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.

Zeitungsartikel, Medienbeiträge

Amann, M.; Heffner, S.; Knobbe, M.; Müller, A.-K.; Puhl, J.; Rosenbach, M.; Sarovic, A.; Schmitt, J.; Wiedemann-Schmidt, W.; Zeller, A. (2019): Wie Putin die AfD für seine Zwecke benutzt, in: Der Spiegel, 05.04.2019, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/wie-putin-die-afd-fuer-seine-zwecke-missbraucht-a-00000000-0002-0001-0000-000163279501> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Ayyadi, K. (2022): Rechtsextreme Allianz in Gera und andere Demos zum 3. Oktober, in: belltower.news, 04.10.2022, online unter: <https://www.belltower.news/hoecke-rede-rechtsextreme-allianz-in-gera-und-andere-demos-zum-3-oktober-139775/> (zuletzt abgerufen 13.02.2023).

Banholzer, L.; Flade, F.; Pittelkow, S.; Riedel, K. (2022): Gemeinsam für Russland. Verein mit AfD-Bezügen, in: tagesschau.de, 16.12.2022, online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-afd-oligarch-103.html> (zuletzt abgerufen 12.02.2023).

Becker, A.; Heil, G. (2020): Auf Kreml-Kosten auf die Krim, in: tagesschau.de, 12.06.2020, online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-russland-105.html> (zuletzt abgerufen 14.05.2022).

Becker, A.; Heil, G. (2022): Putins Propagandist im Bundestag, in: tagesschau.de, 10.03.2022, online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-ukraine-russland-101.html> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Bensmann, M.; Keller, G.; Sachse, J.; von Daniels, J.; Lenz, M. (2021): AfD-Spendenaffäre: Das doppelte Spiel, in: correctiv.org, 15.09.2021; online unter: <https://correctiv.org/aktuelles/afd-spendenskandal/2021/09/15/afd-spendenaffaere-dokumente-doppelte-spiel/> (zuletzt abgerufen 07.06.2023).

Bensmann, M.; Stoll, U. (2022): Der russische Angriffskrieg spaltet die AfD vor NRW-Landtagswahl, in: correctiv.org, 10.05.2022, online unter: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2022/05/10/afd-russland-ukraine/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Deutsche Welle (2021): AfD: Die Macht in den sozialen Medien, online unter: <https://p.dw.com/p/3zAJi> (zuletzt abgerufen 03.05.2023).

Fiedler, M.; von Salzen, C. (2019): Einflussnahme auf die AfD – Russlands Spiel mit den Rechten, in: tagesspiegel.de, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/einflussnahme-auf-die-afd-russlands-spiel-mit-den-rechten/24196526.html> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Focus Online (2018): AfD in den Ländern: Welcher Verband ist radikal, welcher eher gemäßigt, online unter: https://www.focus.de/politik/deutschland/bundesweiter-ueberblick-afd-in-den-laendern-welcher-verband-ist-radikal-welcher-eher-gemaessigt_id_9897237.html (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

FAZ/Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023): „Sie betätigen sich lieber als Propagandazwerge“. AfD-Antrag zu Ukrainekrieg, in: faz.net, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ukrainekrieg-bundestag-streitet-ueber-afd-friedensinitiative-18665999.html> (zuletzt abgerufen 13.02.2023).

Halder, A.; Khamis, S. (2022): Zum Teil auf Moskaus Linie?, in: tagesschau.de, online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-russland-109.html> (zuletzt abgerufen 14.05.2022).

Hoffmeister, H.; Müller, A.-K.; Röbel, S.; Wiedemann-Schmidt, W. (2022): Putins nützliche Idioten, in: Der Spiegel, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/russland-verbindungen-der-afd-putins-nuetzliche-idioten-a-64cfd8f3-2735-4047-857b-0249940ad8cb> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Holewik, Frederike (2023): Wagenknecht und Schwarzler fordern Verhandlungen mit Russland, in: Der Tagesspiegel, 10.02.2023, online verfügbar unter: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100126666/sahra-wagenknecht-und-alice-schwarzler-offener-brief-gegen-waffenlieferung.html (abgerufen am 24.05.2023).

Joswig, G. (2023): AfD kuschelt weiter mit Putin, in: taz.de, online unter: <https://taz.de/AfD-und-Russland/!5911068/> (zuletzt abgerufen 13.02.2023).

Klaus, Julia (2020): Rede auf AfD-Parteitag. Warum Meuthen die Systemfrage der AfD stellt, in: zdf.de, online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-afd-parteitag-meuthen-querdenken-100.html> (zuletzt abgerufen 20.05.2022).

Leister, A. (2021): Die gefährliche Methode der AfD, in: t-online.de, online unter: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/bundestagswahl/id_90849998/afd-in-sachsen-ihre-gefaehrliche-methode.html (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Leithäuser, J. (2022): Die AfD streitet über ihren Russland-Kurs, in: faz.net, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-streitet-ueber-ihren-russland-kurs-im-ukraine-krieg-17939777.html> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Monitor (2022): Wahlverlierer AfD: Vormarsch der Rechtsextremisten, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=GwX4ZpAnscA> (zuletzt abgerufen 17.02.2023).

Müller, Anna (2023): AfD-Nachwuchsorganisation. So rechtsextrem ist die „Junge Alternative“, in: Der Spiegel, 06.05.2023, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-nachwuchsorganisation-so-rechtsextrem-ist-die-junge-alternative-a-1e5721ed-491b-4bf1-ae04-8c5dc2044f60> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Müller-Neuhof, Jost (2019): Verfassungsschutz: Haldenwang will weiter vertraulich mit AfD-Politikern sprechen, in: Der Tagesspiegel, 30.01.2019, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/haldenwang-will-weiter-vertraulich-mit-afd-politikern-sprechen-5000578.html> (abgerufen am 24.05.2023).

Sächsische Zeitung (2019): Das schreibt Chrupalla an die AfD-Mitglieder, online unter: <https://www.saechsische.de/plus/das-schreibt-chrupalla-an-die-afd-mitglieder-5029479.html> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Schmidt, M. (2022): Wie hält es die AfD mit Russland?, in: tagesschau.de, online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-russland-115.html> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Spiegel, Der (2015): AfD-Vize Gauland: Flüchtlingskrise ist Geschenk für uns, online unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/vorab/afd-vize-gauland-fluechtlingskrise-ist-geschenk-fuer-uns-a-1067296.html> (zuletzt abgerufen am 07.06.2023).

Spiegel, Der (2018a): AfD-Vorstand distanziert sich von Parteijugend, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-vorstand-distanziert-sich-von-partiejugend-junge-alternative-a-1240424.html> (zuletzt abgerufen 03.05.2023).

Spiegel, Der (2018b): Gauland sprach mit Maaßen über mögliche Agenten in der Partei, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/alexander-gauland-sprach-mit-hans-georg-maassen-afd-und-verfassungsschutz-a-1222714.html> (zuletzt abgerufen 17.02.2023).

Spiegel, Der (2018c): Maaßen sieht keine Beweise für Hetzjagd in Chemnitz, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hans-georg-maassen-sieht-keine-beweise-fuer-hetzjagd-in-chemnitz-a-1226949.html> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Spiegel, Der (2020): „Beide sind Rechtsextremisten“. Haldenwang über Höcke und Kalbitz, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verfassungsschutz-begruendet-einstufung-des-fluegel-zum-beobachtungsfall-a-76afaa92-f62a-4781-8e95-81480e0d85c9> (zuletzt abgerufen 07.06.2023).

Spiegel, Der (2021): Ungeimpfte wählen vor allem die AfD und die Basis, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-und-die-afd-zwei-von-drei-ungeimpften-waehlen-rechte-parteien-a-da3157d2-c123-4796-898a-9f6bb35ee918> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Steinke, Ronen (2022): Was es für die AfD bedeutet, „Verdachtsfall“ zu sein, in: Süddeutsche Zeitung, 09.03.2022 online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-urteil-rechtsextratismus-verfassungsschutz-verdachtsfall-1.5544242> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Tagesschau (2018): Chemnitz: Maaßen bezweifelt Hetzjagd und sorgt für Diskussion über Video, online unter: https://www.youtube.com/watch?v=bLaWN4_cnJg (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Tagesschau (2020): Erwiesen rechtsextrem. Verfassungsschutz zu AfD-„Flügel“, online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/afd-fluegel-verfassungsschutz-101.html> (zuletzt abgerufen 07.06.2023).

Tagesschau (2021): Welche Themen entschieden die Wahl? Stand: 26. September 2021, online unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-wahlentscheidend.shtml> (zuletzt abgerufen 08.06.2023).

Tagesspiegel, Der (2020a): Wutrede gegen Provokateure, Pöbler, Radikale: AfD-Chef Meuthen bringt Parteifreunde gegen sich auf, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-chef-meuthen-bringt-partreifreunde-gegen-sich-auf-7690834.html> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Tagesspiegel, Der (2020b): „Hygiene-Demo“: Neonazis und Impfgegner vereint bei Corona-Demo, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin-und-impfgegner-vereint-bei-corona-demo-5062954.html> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Tagesspiegel, Der (2022): AfD-Bundessprecherin Alice Weidel: „Korruption gehört bei den Öffentlich-Rechtlichen zum System“, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/archiv/2022/08/24/2> (zuletzt abgerufen 10.9.2022).

Weiland, Severin (2022): Wie die AfD sich als rechte Friedenspartei inszeniert, in: Der Spiegel, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-der-krieg-in-der-ukraine-wie-sich-die-rechtspopulisten-als-friedenspartei-inszenieren-a-219f5655-0461-4e71-a1a2-fe842498aeeb> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Zeit Online (2018): Hans-Georg Maaßen weist Nähe zur AfD zurück, online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/verfassungsschutz-hans-georg-maassen-afd-treffen-sympathie> (zuletzt abgerufen 17.02.2023).

Zeit Online (2020a): Das Ende der alten Sicherheiten, online unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/afd-coronavirus-strategie-krise-migranten-covid-19?wt_zmc=sm.ext.zonaudev.mail.ref.zeitde.share.link.x (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Zeit Online (2020b): AfD spricht von „Corona-Diktatur“, online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/corona-beschluesse-angela-merkel-alexander-gauland-kritik-opposition> (zuletzt abgerufen 07.06.2023).

Sonstige Quellen

AfD (o.J.): Über Uns: Bundesvorstand, online unter: <https://www.afd.de/partei/bundesvorstand/> (zuletzt abgerufen 03.05.2023).

AfD (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, online unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf (zuletzt abgerufen 07.06.2023).

AfD (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, online unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

AfD (2018): AfD-Bundesvorstand setzt Arbeitsgruppe zum Thema Verfassungsschutz ein, online unter: <https://www.afd.de/afd-bundesvorstand-setzt-arbeitsgruppe-zum-thema-verfassungsschutz-ein/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

AfD (2019): Der Verfassungsschutz darf nicht zu einem Regierungsschutz werden, online unter: <https://www.afd.de/der-verfassungsschutz-darf-nicht-zu-einem-regierungsschutz-verkommen/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

AfD (2020): Corona-Positionspapier 2: Shutdown sofort beenden – Soviel Freiheit wie möglich, nicht mehr Einschränkungen als nötig!, online unter: <https://afdbundestag.de/corona-positionspapier-2-shutdown-sofort-beenden-soviel-freiheit-wie-moeglich-nicht-mehr-einschraenkungen-als-noetig/> (zuletzt abgerufen 04.05.2023).

AfD (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, online unter: <https://www.afd.de/wahlprogramm/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

AfD (2022): Alternative für Deutschland. Bundessatzung vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 19. Juni 2022, online unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2022/08/20220816_Bundessatzung_Stand-13.-BPT-Riesa.pdf (zuletzt abgerufen 07.06.2023).

AfD NRW (2022): Wahlprogramm der Alternative für Deutschland, online unter: <https://afd.nrw/wahlprogramm/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

AfD NRW (2023): Wir sind die Friedenspartei, online unter: <https://afd.nrw/aktuelles/2023/02/85297/> (zuletzt abgerufen 23.2.2023).

AfD Saarland (2022): Heimat ist wählbar! Wahlprogramm der AfD Saarland zur Landtagswahl 2022, online unter: <https://afd.saarland/landtagswahlprogramm/> (zuletzt abgerufen: 05.06.2023).

AfD Sachsen-Anhalt (2021): Alles für unsere Heimat! Programm der AfD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2021, online unter: <https://afd-lsa.de/landtagswahl-2021/wahlprogramm/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

AfD Thüringen (2019): Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019, online unter: <https://www.afd-thueringen.de/programm/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Alternative Mitte (2018): Pressemitteilung vom 14.10.2018, online unter: <https://www.facebook.com/Interessengemeinschaft.AM> (zuletzt abgerufen 21.06.2023).

- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2016): Verfassungsschutzbericht 2015. Berlin: ohne Verlag.
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. Berlin: ohne Verlag.
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin: ohne Verlag.
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2019): Verfassungsschutzbericht 2018. Berlin: ohne Verlag.
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019. Berlin: ohne Verlag.
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2021): Verfassungsschutzbericht 2020. Berlin: ohne Verlag.
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2022a): Exekutivmaßnahmen gegen Vereinigung aus „Reichsbürger“-Spektrum, online unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/reichsbuerger-und-selbstverwalter/exekutivmassnahmen-gegen-reichsbuerger-spektrum.html> (zuletzt abgerufen 10.2.2023).
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2022b): Verfassungsschutzbericht 2021. Berlin: ohne Verlag.
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2022c): Rechtsextremismus, online unter: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus_node.html;jsessionid=5785EE73C4661E1F313A1B75DFC00F60.intranet242 (zuletzt abgerufen 05.06.2023).
- BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz (2023): Bundesamt für Verfassungsschutz stuft „Institut für Staatspolitik“, „Ein Prozent e.V.“ und „Junge Alternative“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebungen ein, online unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/pressemitteilung-2023-2-ifs-ein-prozent-ja.html> (zuletzt abgerufen 07.06.2023).
- Bundeswahlleiterin (2021): Bundestagswahl, online unter: <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse.html> (zuletzt abgerufen 24.05.2023).
- Bundeswahlleiterin (2023): Repräsentative Wahlstatistik, online unter: <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/informationen-waehler/rws.html> (zuletzt abgerufen 07.06.2023).
- Der Flügel (2015): Erfurter Resolution, online unter: <https://gei-ge.de/node/157127040041474/erfurterresolution.pdf> (zuletzt abgerufen 04.05.2023).
- Forschungsgruppe Wahlen (2023): Projektion – Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, online unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_1/#Projektion (zuletzt abgerufen 23.4.2023).
- GLES (2022): GLES Querschnitt 2021, Nachwahl. GESIS Köln. ZA7701 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13858> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).
- Höcke, Björn (2019): Zukunft der AfD, in: Deutschland-Kurier, 4.–6. Februar 2019.
- Infratest dimap (2023): Sonntagsfrage Bundestagswahl. 01.06.2023, online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> (zuletzt abgerufen 07.06.2023).
- Murswiek, Dietrich (2018): Rechtliche Voraussetzungen für die Beobachtung einer politischen Partei durch den Verfassungsschutz. Kurzgutachten und Handlungsempfehlungen für die AfD, online unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/01/2018-10-22_vs-kurzgutachten_prof-murswiek_voraussetzungen-allgemein.pdf (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Statista (2022): Parteimitglieder der AfD nach Bundesländern. Stand 31. Dezember 2021, online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/897764/umfrage/parteimitglieder-der-afd-nach-bundeslaendern/> (abgerufen am 07.06.2023).

Weidel, Alice (2020): COVID19 – Nichtstun der Bundesregierung gefährdet Leib und Leben der Menschen, Presseerklärung am 12. März 2020, online unter: <https://www.afd.de/alice-weidel-covid19-nichtstun-der-bundesregierung-gefaehrdet-leib-und-leben-der-menschen/> (zuletzt abgerufen 05.06.2023).

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Zusammenhang zwischen AfD-Zweitstimmenanteilen und Corona-Geschehen	47
Tabelle 1:	Parteimitglieder der AfD nach Bundesländern im Jahr 2021.....	15
Tabelle 2:	Berufliche Qualifikationen von Wähler:innen der AfD und anderer Parteien in Prozent.....	23
Tabelle 3:	Mitgliedschaft von Wähler:innen der AfD und anderer Parteien in Vereinen, Verbänden, Organisationen in Prozent	24
Tabelle 4:	Politische Einstellungen von AfD-Wähler:innen im Vergleich in Prozent	26
Tabelle 5:	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und Vertrauen in Akteur:innen und Institutionen politischer Repräsentation in Prozent	27
Tabelle 6:	Corona-bezogene Orientierungen von AfD-Wähler:innen im Vergleich zu allen anderen Wählenden	44
Tabelle 7:	Wahlergebnisse der AfD in den Ländern und im Bund 2013–2023	49

Hinweise zu den Autoren

Wolfgang Schroeder, geb. 1960, ist Professor an der Universität Kassel und leitet dort das Fachgebiet ‚Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel‘. Seit 2016 ist er Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Von 2009 bis 2014 war er Staatssekretär in Brandenburg. Er ist Vorsitzender des ‚Progressiven Zentrums‘ in Berlin. Zusammen mit Florian Grotz hat er 2021 die umfassende Einführung in das ‚Politische System der Bundesrepublik Deutschland‘ geschrieben. Zudem ist er Mitglied im ‚Rat der Arbeitswelt‘, einem Beratungsgremium des Bundesministeriums für Arbeit.

Bernhard Weßels, geb. 1955, ist Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt Universität zu Berlin. Er ist seit 1989 Forscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und seit 1991 stellvertretender Direktor der Demokratieabteilung. Von 2020 bis 2022 war er deren kommissarischer Direktor. Er war von 1998 bis 2017 Leiter des deutschen Teils der ‚Comparative Study of Electoral Systems‘, von 2009 bis 2020 Ko-Direktor der deutschen Wahlstudie, leitet derzeit das DFG-Projekt ‚Manifesto Research on Political Representation (MARPOR)‘ und ist Ko-Direktor des EU-geförderten Projekts ‚Observatory of Political Texts in European Democracies (OPTED)‘.

- Nr. 58 Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern
(Michael Kraske)
- Nr. 57 Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien
(Siri Hummel, Laura Pfrirer)
- Nr. 56 Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen
(Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 55 Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben
(Burkhard Schmidt, Rainer Nübel, Simon Mack, Daniel Rölle)
- Nr. 54 Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs
(Lutz Mükke)
- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise
(Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD
(Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen
(Arne Semsrott, Matthias Jakubowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation
in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook
(Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode
(Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten
(Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen
(Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung
Deutschlands fest? (Lutz Mükke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von
Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storcks, Jana Faus, Rainer Faus)
- Nr. 43 Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung
(Hendrik Theine, Andrea Grisold)
- Nr. 42 Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel
(Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 111**
Janis Brinkmann
Journalistische Grenzgänger
Wie die Reportage-Formate von funk Wirklichkeit konstruieren
- **OBS-Arbeitsheft 110***
Henning Eichler
Journalismus in sozialen Netzwerken
ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?
- **OBS-Arbeitsheft 109***
Barbara Witte, Gerhard Syben
Erosion von Öffentlichkeit
Freie Journalist*innen in der Corona-Pandemie
- **OBS-Arbeitsheft 108***
Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto
Framing in der Wirtschaftsberichterstattung
Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105***
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104***
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 59

Radikalisiert und etabliert

Die AfD vor dem Superwahljahr 2024